



# Politische Berichte

Nummer 26 / 14. Jahrgang

17. Dezember 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

## Ist die Sozialhilfe gerettet?

**Zum „Sozialpaket-Kompromiß“  
ein Beitrag von Wolfgang Scherer**

Die Gesetzgebungsverfahren zum 1. und 2. Spar-, Wachstums- und Konsolidierungsprogramm (SKWPG) stehen kurz vor dem Abschluß. Der Bundestag beschloß gravierende Kürzungen: Beim Arbeitsförderungsgesetz (AFG) sollte u.a. die Arbeitslosenhilfe auf 2 Jahre begrenzt werden, bei der Sozialhilfe (BSHG) war u.a. geplant, die Regelsätze am 1. Juli des kommenden Jahres nicht zu erhöhen. Der Bundesrat lehnte beide Gesetze ab; während beim AFG keine Zustimmung erforderlich ist, muß diese beim BSHG erteilt werden. Das AFG wurde vom Bundesrat mehrheitlich zurückgewiesen und gemäß Artikel 77 Grundgesetz im Vermittlungsausschuß verhandelt, gleiches geschah mit dem BSHG.

Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuß ergaben, daß die Arbeitslosenhilfe weiterhin unbefristet gezahlt wird, bei den Regelsätzen wird es auch zum 1.7.94 eine prozentuale Erhöhung geben — dies alles vorbehaltlich der erneuten Abstimmungen im Bundestag und Bundesrat noch im Dezember dieses Jahres.

Ist damit die Welt wieder in Ordnung? Beileibe nicht! Die beiden genannten Gesetze (plus einige andere) werden in ihrem Leistungsniveau weiter heruntergeschraubt und die Ausgrenzung der Armutsbevölkerung geht weiter voran. Die aktuelle Politik steht in einer Tradition, die seit über 15 Jahren praktiziert wird: Die SPD/FDP-Regierung begann unter Bundeskanzler Schmidt im Jahre 1976 mit Kürzungen und anderweitigen Verschlechterungen im Rahmen der „Haushaltsstrukturgesetze“ (Nr. 1 und 2), des weiteren „Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetze“, „Haushaltsbegleitgesetz“, „Rentenanpassungsgesetze“, „Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzen“, die CDU/FDP-Regierung machte ab 1982 forsch weiter: mit Haushaltsbegleitgesetz, diversen AFG-Novellierungen, Rentenreformgesetz und anderen Rentengesetzen, Gesundheitsreformgesetz und Gesundheitsstrukturgesetz. Und auch die SPD war in dieser Zeit aktiv: Ihre Ministerpräsidenten beschlossen in unschö-

ner Eintracht mit den CDU-Kollegen Änderungen bei der Regelsatzverordnung und bei der Berechnung der Sozialhilfe („Statistikmodell“). Von Ausnahmen abgesehen war die Politik darauf ausgerichtet, Leistungen zu kürzen, Beiträge zu erhöhen, Leistungserhöhungstermine zu verzögern u.a.m. So sind die Kürzungen dieses Jahres (FKP und SKWPG) Teile einer langen Tradition altbundesrepublikanischer Sozialabbau-politik.

Betrachten wir aber gleichzeitig den Abbau von Leistungen wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildung und Umschulung, Orientierungsmaßnahmen, schulische und sprachliche Qualifizierung oder die Kürzung der finanziellen Absicherung bei diesen Maßnahmen, wird deutlich, daß immer weniger Anstrengungen darauf verwandt werden, die Reintegration in den Arbeitsmarkt zumindest potentiell sicherzustellen. Die gescheiterten Pläne der Bundesregierung, die Arbeitslosenhilfe generell zeitlich zu begrenzen, ist hierfür deutliches Indiz. Die finanzielle Absenkung der Hilfen nach dem AFG und dem BSHG und die gleichzeitige Ausweitung geringer bezahlter Tätigkeiten im Rahmen von ABM und §249h AFG sowie die Zunahme von mehrbedarfsaufwands-entschädigter „gemeinnütziger Arbeit“ nach dem BSHG (siehe unten) weisen eindeutig in eine Richtung: Alle Anstrengungen von Wirtschaft und Regierungspolitik, das Lohnniveau zu senken und die Arbeitsverhältnisse zu deregulieren, werden mit diesen Regelungen unterstützt.

Beim AFG werden voraussichtlich folgende Kürzungen durchgezogen: Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Eingliederungshilfe und Arbeitslosenhilfe werden um 3 % gesenkt. Das Arbeitslosengeld wird wohl stufenweise gekürzt werden, vierteljährlich um 1 %. Das Unterhaltsgeld wird durch Anpassung an das Arbeitslosengeld um bis zu 9 % gekürzt und von einer Pflicht- in eine Kann-Leistung umgewandelt.

Beim BSHG wurde beschlossen, daß „für Zeiträume vom 1. Juli 1994 bis zum 30. Juni 1995 und vom 1. Juli 1995



Mit zahlreichen Protestaktionen im gesamten Bundesgebiet setzten die kurdischen Vereine, unterstützt von deutschen Organisationen, ihren Widerstand gegen die Verbote ihrer Vereine und Institutionen fort. In Hamburg demonstrierten am 2. 12. 3500, in Stuttgart am 4. 12. 5000 Menschen. Auch in anderen Städten (unser Bild: Köln) fanden Protestaktionen statt. In mehreren Städten haben zudem Hungerstreiks begonnen. Die Regierung nahm keinen Millimeter ihrer Verbotsverfügungen zurück, erlaubte aber den örtlichen Behörden hier und da, den Kurden ihre Vereinsräume zurückzugeben — unter Auflagen, die das Verbot jeder politischen Betätigung im Sinne der verbotenen Vereine und Organisationen (PKK, ERNK) bekräftigen. Inzwischen haben auch die gerichtlichen Anfechtungsverfahren gegen die Verbote begonnen. — (rül) Foto: af/mz

bis zum 30. Juni 1996 ... die Regelsätze abweichend von Absatz 3 Satz 3 jeweils um bis zu 2 vom Hundert angehoben werden (können), höchstens jedoch jeweils in Höhe der voraussichtlichen Entwicklung der durchschnittlichen Nettolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer im Bundesgebiet ohne neue Bundesländer in den Jahren 1994 und 1995“ (§22 Abs. 4). Also: wie schon in diesem Jahr (und dies auf Vorschlag der SPD-Ministerpräsidenten) wird die Sozialhilfe nicht mehr entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten erhöht. Stattdessen werden erneut systemwidrig die Netto-Lohnerhöhungen maßgebend sein. Netto-Lohnerhöhung ist dabei nicht die Prozentzahl, wie sie die Tarifpartner vereinbaren und wie wir sie in der Zeitung lesen. Dies sind die Brutto-Lohnerhöhungen. Hiervon müssen abgezogen werden die steigenden Steuern und (Sozialversicherungs-)Abgaben sowie die Preissteigerungen. Wenn wir auch noch berücksichtigen, welche Entwicklung die Lohn- und Arbeitsmarktpolitik insgesamt nimmt (Arbeitszeitverkürzung mit Lohnkürzungen; steigende Zahl von Betrieben, die aus dem bisherigen Lohngefüge aussteigen), müssen wir davon aus-

gehen, daß die Netto-Lohnentwicklung tatsächlich nach Null tendiert. Zur Preissteigerungsrate für Sozialhilfehaushalte liegen derweil noch immer keine Zahlen vor. Die Einkommens- und Verbrauchsstatistik von 1988 steht noch aus und auch die aktuellere Entwicklung ist noch nicht bekannt. Die letzte veröffentlichte Zahl ist eine Preissteigerung bei 4-Personen-Sozialhilfehaushalten von 3,5 % im Jahr 1992. Diese Steigerung der Lebenshaltungskosten blieb schon diesen Sommer bei der Regelsatzerhöhung gemäß FKP unberücksichtigt. Sozialhilfeberechtigte werden also absehbar weiterhin immer weniger ihren Lebensunterhalt fristen können.

Dafür aber sollen sie in Zukunft mehr arbeiten: Die Änderung des §19 Abs.2 bleibt bestehen: Die „gemeinnützige Arbeit“ wird auch nach den Verhandlungen im Vermittlungsausschuß nicht mehr „zusätzlich“ sein müssen. Den Gemeinden wird in Zukunft offenstehen, Sozialhilfeberechtigte zu Pflichtarbeiten einzusetzen. Pflichtarbeit dahingehend, als daß die BezieherInnen, die Arbeit leisten müssen (andernfalls wird ihnen die Sozialhilfe gekürzt und/oder entzogen) und dahingehend, als daß sie nunmehr auch Aufgaben, die die Städte

und Landkreise pflichtgemäß erfüllen müssen, von den BezieherInnen erledigen lassen können. Es gibt hierfür die Variante, daß die SozialhilfebezieherInnen einen (tariflichen) Lohn erhalten oder die sog. Variante 2, die besagt, daß eine Mehraufwandsentschädigung (i.d. R. etwa 2 DM/Stunde) zusätzlich zur Sozialhilfe gezahlt wird. Nach unserer Beobachtung wird die Variante 2 in immer mehr Städten praktiziert. Den Kommunen eröffnen sich hier mehrere Sparperspektiven: Personal kann ganz abgebaut oder zumindest vorübergehend eingespart werden und die anfallenden Tätigkeiten werden trotzdem erledigt — dies gilt besonders für den ArbeiterInnenbereich in Ämtern wie Garten-, Bäder-, Sport-, Friedhofsamt. Oder aber die zur gemeinnützigen Arbeit Herangezogenen verweigern sich und dann wird in der Sozialhilfe gespart. Der Kampf gegen die Ausweitung der Gemeinnützigen Arbeit und die Streichung der „Zusätzlichkeit“ wird in den nächsten Monaten der Schwerpunkt der Sozialhilfeinitiativen als auch der Arbeitsloseninitiativen sein.

Wolfgang Scherer ist Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) in Frankfurt am Main.

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

## BRD-Balkanpolitik wird attackiert

**Griechischer Vizeaußenminister: „... Entwicklungen erinnern uns an die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen“**

Mit deutlichen und wahren Worten hat der griechische Vizeaußenminister Pangalos die expansionistische Balkanpolitik der Bundesregierung kritisiert. Auf einem politischen Forum, das die EU-Präsidentschaft Griechenlands im nächsten halben Jahr vorbereitete, sagte der für Europafragen zuständige Minister, Deutschland sei wie ein „Gigant mit bestialischen Kräften, aber dem Verstand eines Kindes“. Manche Leute in Bonn lebten „in der Vergangenheit und manche Entwicklungen erinnern uns an die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen“. Pangalos spielt hier auf die Politik des Deutschen Reiches auf dem Balkan vor und während des deutschen Faschismus an, die zur Besetzung großer Teile Jugoslawiens durch deutsche Truppen und der Errichtung des kroatischen Faschistenstaates führten. Die Regierung in Bonn gehe „großer-

manischen Träumen“ nach. Gleichzeitig kritisierte der Minister das türkische Regime, das „in Blut wate“.

Der international bekannte griechische Komponist Mikis Theodorakis ergänzte die Kritik des Vize-Außenministers: Die Bundesregierung sei „zu 100 Prozent“ für die „derzeitigen Massaker“ im ehemaligen Jugoslawien verantwortlich. Auch sei die Bundesregierung für eine Vielzahl der Konflikte mitverantwortlich, die in der letzten Zeit aus dem Zerfall der früheren Sowjetunion entstanden seien.

Heftige diplomatische Turbulenzen waren die Folge. Unmittelbarer Anlaß des Disputs war die Ankündigung der Bundesregierung, in Abstimmung mit der EU die ehemalige Republik Mazedonien noch vor der Übernahme der EU-Präsidentschaft durch Griechenland in nächsten Jahr staatlich anzuerkennen.

Der internationalen Anerkennung Mazedoniens widersetzen sich die griechischen Regierungen, ob konservativ oder sozialistisch, schon seit geraumer Zeit. Hintergrund sind Befürchtungen, daß der neue Staat Mazedonien Gebietsansprüche an Griechenland stellt. Die mazedonische Regierung verneinte dies wiederholt und schrieb in die Verfassung in Art. 3: „Die Republik Mazedonien hat keine territorialen Ansprüche gegen Nachbarstaaten.“ Damit war zumindest im formal-juristischen Sinne eine gewisse Klärung erreicht. Griechenland stimmte dann auch der Aufnahme Mazedoniens in die UNO zu und anerkannte damit den völkerrechtlichen Status des Landes. Umstritten ist weiterhin der Namen.

Wenn nun die Bundesregierung durch die Anerkennung der Republik Mazedoniens (unter diesem Namen und noch in

diesem Jahr) einen Streit mit Griechenland vom Zaum bricht, will sie verhindern, daß Griechenland als ausgewiesener Gegner der deutschen Balkanpolitik im nächsten Jahr die EU-Präsidentschaft zu einer solchen Oppositionspolitik nutzt. Als ersten Schritt dahin mußte sich jetzt die griechische Regierung auf dem Brüsseler Gipfel formell bei der Bundesregierung entschuldigen. Aber dabei bleibt es nicht. Der stellvertretende CSU-Vorsitzende und Europaparlamentarier Friedrich kündigte eine Initiative im Europaparlament an mit dem Ziel, die EU-Präsidentschaft Griechenlands zu verhindern. Griechenland sei nicht „reif“ und von den Grundsätzen der Verträge von Maastricht weit entfernt, so Friedrich. Den Herrn wird eher ein Los Angeles Times-Artikel des jetzigen Regierungschefs Papandreu stören, in dem dieser im Juni 1993 (noch als Oppositionsführer) von einer Verantwortung Bonn für die Jugoslawien-Tragödie gesprochen hatte. Auch werden die Kommentare in den griechischen Medien mißfallen, der Kurs des deutschen Außenministeriums werde „in Koordination“ mit der FAZ gestaltet, die antigrichische Thesen verbreite.

Quellen: Frankfurter Rundschau, 27. 11., Die Welt, 27. / 28. 11. und 29. 11. 93 — (hav)

## Aufruf zur „Solidarität mit Markus Wolf!“

„Die Solidarität lassen wir uns nicht nehmen“  
Markus Wolf, Schlußwort vor dem OLG Düsseldorf, 24. 11. 1993

Mit Markus Wolf wurde vom Oberlandesgericht Düsseldorf ein ehemaliger Hoheitsträger eines von der Bundesrepublik Deutschland unabhängigen, souveränen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik, verurteilt. Er wird für eine Tätigkeit bestraft, die im Einklang mit den Gesetzen seines Staates ausgeübt hat.

Markus Wolf hat als Teilnehmer am antifaschistischen Kampf seinem Land, das er wie viele andere für eine erstrebenswerte Alternative hielt, mehr als 30 Jahre als Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung pflichterfüllt und erfolgreich gedient. Er hat es im Bewußtsein getan, damit seinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens unter den Bedingungen des Kalten Krieges zu leisten. Jetzt wird diese Tätigkeit als Vorwand genommen, um ihn unter Verletzung des Völkerrechts wegen „Landesverrat“ abzuurteilen.

Der Prozeß in Düsseldorf und ähnliche Verfahren sind eine Strangulierung grundlegender rechtsstaatlicher Prinzipien. Das Ziel der gegenwärtig Herrschenden ist die Abrechnung mit den politisch Andersdenkenden, denen sie ihr Engagement niemals verzeihen wollen. Diese Strafverfolgung steht in der ungebrochenen Tradition politischer Prozesse der preußisch-deutschen Justiz, die — beispielhaft — bis heute verweigert, das 1931 gegen Carl von Ossietzky ergangene Urteil wegen Landesverrats aufzuheben.

Mit dem Urteil von Düsseldorf soll eine Welle neuer Verfahren eingeleitet und deren Entscheidung bereits vorweggenommen werden. Obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits seit Juli 1991 angerufen wurde, über die begründeten Zweifel zur Verfassungsmäßigkeit der Strafverfolgung von nach DDR-Recht legitimen Handlungen der Auslandsnachrichtendienste zu befinden, verzögert es in bedenklicher Weise die Entscheidung zu einer Frage, die das Schicksal tausender Menschen und ihrer Angehörigen berührt.

Die Unterzeichner rufen auf zur Solidarität mit Markus Wolf und unterstützen folgende Forderungen:

- \* *Aufhebung des Urteils gegen Markus Wolf!*
- \* *Einstellung der Strafverfahren gegen ehemalige Bürger der DDR, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen der DDR gehandelt haben, und gegen alle Bürger der BRD, die wegen der Unterstützung der Friedenspolitik der DDR vor Gericht gestellt werden.*
- \* *Einhaltung bzw. Schaffung verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen, um eine Gleichbehandlung aller Bürger des neuen Deutschland zu gewährleisten.*

Unterzeichner:

Prof. Dr. sc. med. Moritz Mebel; Prof. Dr. sc. med. Sonja Mebel, Berlin; Prof. Dr. Stefan Doernberg, Historiker, Berlin; Fred Dellheim, Vorsitzender des Interessenverbandes der Verfolgten des Naziregimes, Berlin; Prof. Dr. sc. med. Kurt Franke, Berlin; Peter Florin, Präsident der 42. UNO-Vollversammlung, Berlin; Werner Eberlein, Dipl.-Gesellschaftswissenschaftler, Berlin; Dr. Klaus Croissant, Rechtsanwalt, Berlin; Margot Goldstein; Kurt Goldstein, Vizepräsident des Internationalen Auschwitzkomitees, Berlin; Rudolf Hirsch, Schriftsteller; Rosemarie Schuder — Hirsch, Schriftstellerin, Berlin; Dr. Wolfgang Harich, Vorsitzender der Alternativen Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte, Berlin; Prof. Dr. jur. Bernhard Graefrath, Völkerrechtler, Berlin.

Wer diese Solidaritätsaktion unterstützen will, wende sich bitte an die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), Karl-Lade-Straße 26, 10369 Berlin, Tel. (030) 555 6355.

(Siehe auch unseren ausführlichen Bericht auf Seite 9 dieser Ausgabe.)

# Anhaltende Krise

## Rußland nach den Wahlen

Der Urnengang am 12. 12. brachte folgende Ergebnisse (Stand 14. 12.):

— Die Beteiligung an den Wahlen zur Staatsduma und am Verfassungsvotum war mit ca. 53 % denkbar schwach. In einigen Regionen, so im fernöstlichen Primorskij kraj, dem Gebiet um Wladiwostok, blieb sie sogar unter 50 %.

— Für die neue Verfassung stimmten rund 60 % der Wähler, also gerade ein Drittel der 107 Mio. Wahlberechtigten. Sie weist extrem zentralistische Tendenzen auf und sichert dem Präsidenten weitreichende Vollmachten sowohl gegenüber dem Parlament wie auch gegenüber den Regionen. Zu ihrer Billigung hatte neben Jelzins „Wahl Rußlands“ ausdrücklich nur Schirinowskis „Liberal-Demokratische Partei“ aufgerufen.

— Die Wahlen zur Staatsduma bestätigen, trotz des guten Abschneidens der Linkskräfte (KP und Agrarpartei erhielten zusammen knapp 19 %), die Rechtsentwicklung, die sich in den letzten Monaten immer deutlicher abgezeichnet hatte. Die „Liberal-Demokratische Partei“ vereinigte die Stimmen des rasch wachsenden extrem rechten und nationalistischen Lagers auf sich und wurde mit weit über 20 % stärkste Fraktion.

\*

Mehr als zwei Jahre nach dem „August-Putsch“ im Sommer 1991 ist ein Konzept der sog. „Reformer“ für die Entwicklung des Landes und für die Lösung der tiefgreifenden Krise nicht erkennbar.

Die Wirtschaftsbeziehungen der sowjetischen Zentralwirtschaft sind mit der Sowjetunion zerbrochen, ohne daß sich an ihrer Stelle bisher neue tragfähige Beziehungen entwickelt hätten. Das ist, auch nach Aussagen westlicher Wirtschaftsexperten, eine Hauptursache für den anhaltend desolaten Zustand der russischen Wirtschaft.

Monat für Monat stehen tausende Betriebe still — weil Energie- und andere Rohstoffe ausbleiben oder die Geschäftspartner zahlungsunfähig sind. Die industrielle Produktion ist auf 64 % der Produktion von 1990 abgesackt (1). Allein in diesem Jahr schrumpfte sie um über 18 %.

Erheblich gestört sind auch die Beziehungen zwischen Stadt und Land bzw. Landwirtschaft und Industrie. Die Anbaufläche für Sommersaat ging rapide zurück; die Fleisch-, Geflügel- und Milchproduktion ist teilweise regelrecht zusammengebrochen. Defekte Traktoren und Mähdrescher blieben aufgrund fehlender Ersatzteile zu 50 % unrepariert (2). Umgekehrt liest man zuneh-

mend von Lebensmittelblockaden ländlicher Gebiete gegen Industriegebiete (3).

Die positive Außenhandelsbilanz widerspricht den Zusammenbrucherscheinungen nur auf den ersten Blick. Die für 1993 erwarteten 20 Mrd. \$ Überschuss (1992: 3,1 Mrd.) gehen auf die Ausweitung des Rohstoff-Exports zurück, der ein solches Ausmaß angenommen hat, daß selbst westliche Beobachter von „Rußlands Ausverkauf“ (4) sprechen. Diese Verschleuderung der Ressourcen an den Westen hat mehrere Ursachen. Eine davon ist die horrenden Inflation — sie lag 1992 bei 2000 % und wird 1993 bei voraussichtlich knapp 1000 % liegen —, die die Tendenz beschleunigt, den immer wertloseren Rubel durch Dollar zu ersetzen und dazu eben den Export auszuweiten. Eine andere ist das — hoffnungslose — Bestreben verschiedener rohstoffreicher Regionen, ihre Wirtschaft durch Export und Integration in den Weltmarkt zu entwickeln, häufig gar in Konkurrenz untereinander.

Die arbeitende Bevölkerung spürt die Folgen der sog. „Reformpolitik“ gegenwärtig vor allem durch die Inflation. Die durchschnittlichen Realeinkommen sanken 1992 um 56 % und sinken seither weiter. Für die nächste Zukunft ist eine dramatische Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen Menschen zu erwarten. Bisher nämlich haben die wenigsten Betriebe Massenentlassungen vorgenommen, nicht selten schicken sie die Beschäftigten in meist unbezahlten, manchmal bezahlten Urlaub. Immer häufiger kommt es auch vor, daß sie monatelang keine Löhne auszahlen. Die relativ geringe Zahl von offiziell rund 1 % Arbeitslosigkeit dürfte sich rasant erhöhen, wenn Regierung und Präsident im nächsten Jahr Subventionen und verbilligte Kredite an die großen Staatsbetriebe streichen, wie dies die westlichen Gläubiger verlangen, und diese damit in den Konkurs oder zu Massenentlassungen treiben.

In krassm Kontrast zu den Zusammenbruchstendenzen der offiziellen Wirtschaft steht die Entwicklung der Schattenwirtschaft, die — niemals ganz zum Erliegen gekommen — heute ein gewaltiges Ausmaß erreicht. Es ist angebracht, diese Schattenwirtschaft, die eine schmale Schicht von Reichen und Superreichen hervorgebracht hat, als das Zupferd der Jelzinschen „Reformpolitik“ zu bezeichnen, trotz oder gerade wegen ihres kriminellen oder halbkriminellen Charakters.

Die Schattenwirtschaft hat viele Erscheinungsformen; ihr Umfang gräbt der offiziellen Wirtschaft vielfach schon

das Wasser ab und erschwert die Umgestaltung. In manchen Produktionszweigen verschwinden inzwischen weit mehr als ein Drittel oder gar die Hälfte der finanziellen und materiellen Ressourcen durch Diebstahl, Veruntreuung und Korruption in den Kanälen der Schattenwirtschaft. Zu einer wahren Goldgrube hat sich für deren Akteure die illegale Ausfuhr, gerade auch von Rohstoffen, entwickelt, deren Haupttransportroute über die baltischen Republiken erfolgt. Estland z. B., das keine Buntmetalle gewinnt, nimmt zur Zeit den 6. Platz in der Welt-Ausfuhr von Buntmetallen ein. (5) Die Profite aus der Schattenwirtschaft werden zunehmend bei westlichen Banken angelegt. Gegen Ende des letzten Jahres betrug der Umfang des ins Ausland transferierten „Schattenkapitals“ nach Schätzungen bereits über 20 Mrd. \$.

Die soziale Differenzierung, die sich in den letzten zwei bis drei Jahren rasant vertieft hat, geht ganz erheblich auf die Entwicklung der Schattenwirtschaft zurück. Die „Reformer“ sehen in der Schattenwirtschaft die Hauptquelle für Investitionen und Bereicherung und unterlassen alles, was sie eindämmen könnte. Deren Profiteure samt ihrem Anhang dürften zu großen Teilen Jelzins „Rußlands Wahl“ gewählt haben, die Opfer dieser Entwicklung, so ist zu befürchten, vielfach die „Liberal-Demokratische Partei“.

Schirinowski hat es anscheinend verstanden, Ängste und Widerstände gegen die von Jelzin betriebene Durchsetzung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse, verbunden mit der Verelendung breiter Massen, gegen die Unterwerfung auf westliches Diktat und Ausverkauf auf seine Mühlen zu lenken. Doch seine chauvinistische und durch Antisemitismus geprägte Politik enthält keinerlei Perspektive, weder für die Entwicklung noch für antiimperialistischen Widerstand gegen die westlich-imperialistische Politik der Durchdringung und Ausplünderung Rußlands. Sie beschwört die Gefahr blutiger Verfolgung nicht-russischer Minderheiten, von Pogromen, von Bürgerkrieg, von Krieg gegen die Nachbarn.

Findet die KP, finden die Linkskräfte den Weg aus ihrer Krise? Finden sie neue Antworten auf die alten und neuen Fragen? Davon wird der weitere Gang der Entwicklung ganz maßgeblich abhängen.

Quellen: (1) Blick durch die Wirtschaft, 26. 8. 93; (2) FAZ, 12. 7. 93; (3) Peter Kirkow, Regionale Politik und wirtschaftliche Ausdifferenzierung, in: Osteuropa, 8/93; (4) FR, 7. 7. (5) Alexej Schulus, Schattenwirtschaft in Rußland: Formen, Ausmaße und Bedrohungen, in: Osteuropa-Wirtschaft, 3/93 — (scc)

## Aktuell in Bonn

### EG-Gipfel-Beschlüsse

Senkung der Reallöhne und der Lohnnebenkosten der Kapitalisten und weitere „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit, sprich: Zerstörung des Normalarbeitstages und Ausdehnung der Arbeitszeit in die Nacht und ins Wochenende hinein sind, so der EG-Gipfel in Brüssel, unverzichtbar, um „bis Ende des Jahrhunderts“, also in den nächsten sieben Jahren, die Zahl der Arbeitslosen in den EG-Staaten merkbar zu senken. So die Presseberichte über das auf dem Gipfel gebilligte „Weißbuch“ von EG-Präsident Delors. Ebenfalls gebilligt wurde, in den nächsten sechs Jahren 240 Mrd. DM für „transeuropäische“ Verkehrs- und Daten-„Netze“ auszugeben, um die Transport- und Zirkulationskosten der großen EG-Konzerne zu senken.

### Waffenexporte bald unbegrenzt?

CSU und Rüstungsindustrie verstärken ihren Druck: Die letzten Beschränkungen beim Rüstungsexport sollen fallen. CSU-Landesgruppenchef Glos zur Zeitung Handelsblatt: „Es muß jetzt gehandelt werden“. Es müßten dringende „Ausnahmeregelungen“ für Waffenexporte her. Zuvor waren Glos und der bayerische Wirtschaftsminister Wiesheu

mit Vertretern der Rüstungsindustrie zusammengetroffen. Offenbar wollen sowohl die Rüstungsindustrie wie die CSU eine Rüstungsindustrie, die erheblich über den Bedarf der Bundeswehr hinausgeht. Sinn macht das nur, wenn man mittelfristig entweder die Bundeswehr wieder verstärken will und/oder Rüstungs-Industrie-Kapazitäten für einen Krieg will.

### „Sparpaket“: Unsoziale Einigung

Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Eingliederungshilfe und Arbeitslosenhilfe werden um 3 % gesenkt, das Arbeitslosengeld stufenweise gekürzt, jedes Vierteljahr um 1 %. Das Unterhaltsgeld für Umschüler/innen wird um bis zu 9 % gesenkt und von einer Pflicht in eine „Kann“-Leistung umgewandelt. Lediglich die Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf ein Jahr wurde von der SPD im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat bei den Beratungen über das sogenannte „Sparpaket“ der Regierung verhindert, eine weitere Mehrbelastung der Kommunen um 4 Mrd. DM damit gestoppt. Die IG Bau will aus Protest gegen die Angriffe auf das Schlechtwettergeld in allen Landeshauptstädten Mahnwachen durchführen, um die Verabschiedung des Pakets am 17. 12. im Bundesrat zu stoppen.

### Transrapid kommt doch

Zwei Milliarden Mark Steuergelder

wurden bisher in die Magnetbahn Transrapid investiert. Umweltverbände und Verkehrsexperten sehen in ihm ein Milliardengrab, das zudem auch heute im Testbetrieb nicht befriedigend betrieben wird. Doch am 8. 12. gab das Bonner Kabinett grünes Licht für die Magnetbahn-Strecke Hamburg-Berlin. Das Projekt soll 8,9 Milliarden Mark kosten. Die gesamten Fahrwegkosten mit 6 Milliarden Mark sollen Bund, Länder, Luftfahrt und Bundesbahn tragen. Bonn bestimmt, daß die ab 1994 formell unabhängige Bahn AG bis zum Jahr 2004 ein extrem risikoreiches Unternehmen mitfinanzieren darf, das in Konkurrenz zur Bahn steht und von dem allein Siemens/Thyssen/MBB profitieren. Die Strecke soll als „Referenz“ für den Export der Magnetbahntechnologie dienen.

### Telekom und France Telecom

Die beiden noch staatlichen Telefongesellschaften Frankreichs und der BRD gründeten ein Gemeinschaftsunternehmen (Eunetcom). Es soll 4000 Beschäftigte haben und in fünf Jahren bereits zwei Milliarden Mark investieren. Damit setzt sich ein Trend fort: Die zur Privatisierung vorgesehenen und noch profitablen Telefongesellschaften sollen sich von ihren Schwestern Briefdienst und Postbank ab und überlassen deren Defizite den Steuerzahlern. Gleichzeitig engagieren sie sich im ebenso profitablen wie risikoreichen Milliardenspiel,

das auf den weltweiten Telekommunikationsmärkten tobt.

### Pöhl: 1:1 war fatal

Der ehemalige Chef der Deutschen Bundesbank, Karl Otto Pöhl, hat erstmals unmißverständlich der Bonner Regierung die Schuld am wirtschaftlichen Desaster in der ehemaligen DDR gegeben. Mit der viel zu frühen Einführung der D-Mark in Ostdeutschland und bei dem gegebenen Umstellungskurs von 1:1 wären die formell hoch verschuldeten Ex-DDR-Unternehmen „nicht mehr wettbewerbsfähig gewesen“. Die Wirkungen der Währungsunion seien so gewesen, „als wenn man den österreichischen Schilling eins zu eins umstellen wollte. So eine Roßkur hält keine Wirtschaft aus.“

### Bahn AG-Posten verteilt

Erst am 1. Januar 1994 soll die Bahn AG existieren. Formell müssen dann die neuen Unternehmensgremien gewählt werden. Doch die wichtigsten Aufsichtsratsposten sind, so der Spiegel, bereits verteilt. Aufsichtsratsvorsitzender soll Friedel Neuber, SPD und Chef der Westdeutschen Landesbank, werden. MdB Roland Kohn, FDP, und MdB Manfred Schell, CDU, werden Aufsichtsratsmitglieder. Kohn hatte die Bahnreform massiv betrieben, Schell, zugleich Vorsitzender der Lokführer-Gewerkschaft, hat sie offiziell „be-

kämpft“. Ein Lohn der arbeitsteiligen Scheindemokratie.

### Diskussion um PDS-Verbot

Der bayerische Innenminister Günther Beckstein hat nach dem Brandenburger Wahlerfolg der PDS eine bundesweite Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz gefordert mit dem Ziel, die PDS noch vor den Bundestagswahlen 1994 zu verbieten. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestags, der CDU-Abgeordnete Eylmann, nannte die Forderung eine „große politische Dummheit“. Die psychologische Wirkung einer solchen Forderung, wenige Tage vor den Stichwahlen in Brandenburg, sei „verheerend“. FDP-Generalsekretär Hoyer nannte die CSU-Forderung „Unfug“, forderte aber seinerseits: „Die Maske der Unschuld muß der PDS heruntergerissen werden.“

### Was kommt demnächst?

Am 16. 12. treffen die Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler zusammen. Themen sind nicht bekannt. Am 17. 12. berät der Bundesrat über das sogenannte „Sparprogramm“ der Bundesregierung und über die vom Vermittlungsausschuß mit knapper Mehrheit gegen die SPD-Stimmen gebilligte Vorlage zur Pflegeversicherung. Am 19. 12. sind Stichwahlen in Brandenburg. Am 10. Januar 1994 nimmt der Bundestag seine Beratungen wieder auf.



# Türkischer Staat bombardiert Kurden mit Napalm und Giftgas

## BRD und NATO liefern immer noch mehr Waffen Gegenangriffe der ARGK auf türkische Kasernen

Das türkische Regime hat seine Ankündigung, den totalen Vernichtungskrieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung zu führen, wahr gemacht. Mit Einbruch des Winters haben die angekündigten „Vernichtungsaktionen“ des türkischen Staates begonnen. Die Angriffe erfolgen fast ausschließlich aus der Luft. Die türkische Luftwaffe bombardiert in den letzten zwei Wochen massiv die Gebiete rund um Lice, Kulp, Hani, Cudi, Ararat und Dersim.

Die Versuche der türkischen Armee, mit Bodentruppen in diese Gebieten vorzugehen, scheiterten an Winterbedingungen und dem Widerstand der ARGK-Guerillaeinheiten. Die türkische Armee war vor dem Wintereinbruch in Nordwest-Kurdistan auf 300.000 Mann für die „Vernichtungsoperation“ verstärkt worden. Diese Armee kann sich nicht bewegen und liegt im wesentlichen in den Kasernen fest.

Gegen die Pläne des türkischen Regimes hat die ARGK ihre militärischen Aktionen verstärkt. In größeren Operationseinheiten greift die ARGK Militärstationen und Kasernen an. Am 11. Dezember wurden alle Militärstationen im Gebiet Uzunlu im Grenzgebiet zum Irak angegriffen und zerstört. Das Militär hat das Gebiet räumen müssen. Am 10. Dezember griff die ARGK mehrere Stunden lang die Kaserne von Cizre an, in der etwa 8.000 türkische Soldaten stationiert sind. Tage zuvor hatte das türkische Militär Cizre mit Panzern beschossen. Auch am 10. 12., nach dem ARGK-Angriff, beschoss das Militär die Stadt.

Die ARGK hat sich nach Angaben ihrer Kommandantur gegen die „Vernichtungsoperationen“ des türkischen Staates in diesem Winter die Zerschlagung des Kolonialregimes und aller seiner Institutionen in Kurdistan vorgenommen. Im Frühjahr sollen große Siedlungsgebiete vom türkischen Kolonialismus befreit sein. Durch die Operationen der ARGK sind die stark konzentrierten tür-

kischen Militärkräfte in vielen Gebieten jetzt in eine Verteidigungshaltung gezwungen worden.

Das türkische Regime rächt sich an der Zivilbevölkerung und zwingt besonders die Dorfbewohner rund um Diyarbakir und in Botan im Winter aus ihren Dörfern. Die türkische Luftwaffe bombardiert in diesen Regionen in den letzten Wochen flächendeckend.

Der Kurdische Rote Halbmond berichtet, daß im Oktober das türkische Militär 62 Dörfer vollständig zerstörte. Die Kreisstadt Yüsekova wurde mehrfach mit Artillerie und aus Hubschraubern beschossen. Der Basar und ca. 150 Läden wurden zerstört. Beim dreitägigen Angriff auf die Stadt Lice wurden 402 Häuser und 369 Läden total zerstört. Über die Hälfte der Einwohner der Stadt flohen. Die Städte Hilal (Uludere), Balveren (Sirkak), Altinove (Mus) wurden ebenfalls durch Artillerie- und Panzerbeschuss zum größten Teil unbewohnbar gemacht. Im Dreieck Kulp-Mus-Bingöl bombardierte die türkische Luftwaffe drei Tage lang 45 Dörfer mit Napalm. Die Dörfer brannten aus, Felder und Weidetiere verbrannten. Über 15.000 Menschen wurden obdachlos. In Viranshir setzte das türkische Militär bei einem Gefecht mit der ARGK C-Waffen ein, was durch Spuren an den Leichen der getöteten Guerilla nachgewiesen wurde.

Die türkische Luftwaffe bombardiert seit Ende November täglich Gebiete in Südkurdistan (Irak). Besonders betroffen sind die Gebiete Haftanin, Behdina, Barzan und Xarxurke. Bombardiert wurden Dörfer. Nach Angaben der ARGK-Kommandantur hat die Guerilla keine Verluste. In Südkurdistan kommt es in den letzten Wochen zu schweren Kämpfen zwischen der gemeinsamen Front von türkischem Militär-KDP-Irak und ARGK-Einheiten. Das türkische Militär wollte die Bewegungen der ARGK im Grenzgebiet Türkei-Irak zer-

schlagen und errichtete Militärstationen im Grenzgebiet. Dort wurden KDP-Peshmergas und türkische Sicherheitskräfte stationiert, die das Grenzgebiet kontrollieren sollten. Das türkische Regime versuchte so, seine Staatsgrenze weiter nach Süden zu verschieben. Mehrere dieser Stationen wurden von der ARGK angegriffen und zerstört, sämtliche Stationen sind nicht mehr besetzt.

Das türkische Regime versucht, die legale Opposition und die Berichterstattung über den Völkermord und den Kriegsverlauf in Kurdistan zu vernichten. Türkische Polizeieinheiten überfielen am 10. Dezember die Zentrale der Tageszeitung *Özgür Gündem* und auch ihre zwölf Niederlassungen in der Türkei und in Kurdistan. In Istanbul wurden 160, in den anderen Redaktionen 40 Leute festgenommen. Ohne Gerichtsbeschluss wurden diese Überfälle und Festnahmen durchgeführt. Tags darauf gab das Staatssicherheitsgericht als Grund die Veröffentlichung der UN-Menschenrechtscharta auf der Seite 1 der Ausgabe vom 10. Dezember an. Gegen die Chefredaktion und den Herausgeber der Zeitung hat das Staatssicherheitsgericht in 200 Strafverfahren 150 Millionen DM Geldstrafe und 500 Jahre Gefängnis gefordert.

Am 12. Dezember wurde in Istanbul der größte Teil der Festgenommenen wieder aus der Polizeihaft entlassen. Die Leitung der Zeitung, unter ihnen die Chefredakteurin Gurbetelli Ersöz, ihr Stellvertreter Ferda Cetin und die Chefredakteurin der Nachrichtenabteilung, Gültan Kisanak, befindet sich aber weiter in der Polizeistation in Gayrettepe in Haft. Es wird befürchtet, daß sie schwer gefoltert werden. Die freigelassenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschlossen, die Zeitung wieder herauszugeben. Am Dienstag, 14. Dezember, erschien *Özgür Gündem* wieder in der Türkei, tags darauf auch wieder in der BRD. — (f., h., rub, s.)

Ich kann ganz deutlich sagen, daß die PKK prächtig in diesen Winter geht. Sie hat eine Phase großer Aktionen hinter sich. Die türkische Armee hatte in dieser Zeit einen Verlust von mindestens 10.000 Mann. Wir haben große Mengen Munition von ihnen erobert. Es gibt keinen Berg mehr, den die Guerilla nicht erobert hätte. Es gibt keine Stadt und kein Dorf mehr, in das wir nicht gekommen wären. Die Massaker, die der Staat am Volk anrichtet, sind der deutlichste Indikator dafür. Wir können sagen, daß wir eine enorme militärische und politische Position erkämpft haben. Wir haben zu Beginn dieses Winters nicht nur keine Positionen verloren, sondern unsere vorherigen Positionen um ein Vielfaches vergrößern können. Und während der Winterphase werden

wir unsere Positionen und Stellungen noch weiter ausbauen. Unsere Armee wächst quantitativ. Wir haben jetzt 15.000 Guerilleros und Guerilleras. Sie sind alle sehr gut bewaffnet und wir haben unsere Logistik für mindestens ein, zwei Jahre gesichert. Unsere Kämpfer und Kämpferinnen sind mit ihrer hohen Moral und starken Überzeugung in der Lage, unter allen Bedingungen einen starken Kampf zu führen. Mit unserer sehr intensiven Ausbildung schreitet unsere Armeebildung schnell voran. Im Frühjahr werden wir mit einer bis heute noch nicht gekannten Armee-Kraft unsere Ziele angreifen...

Auszüge aus einem Interview der Zeitung *Özgür Gündem* vom 4. 12. 93 mit PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan

### PRESSEERKLÄRUNG

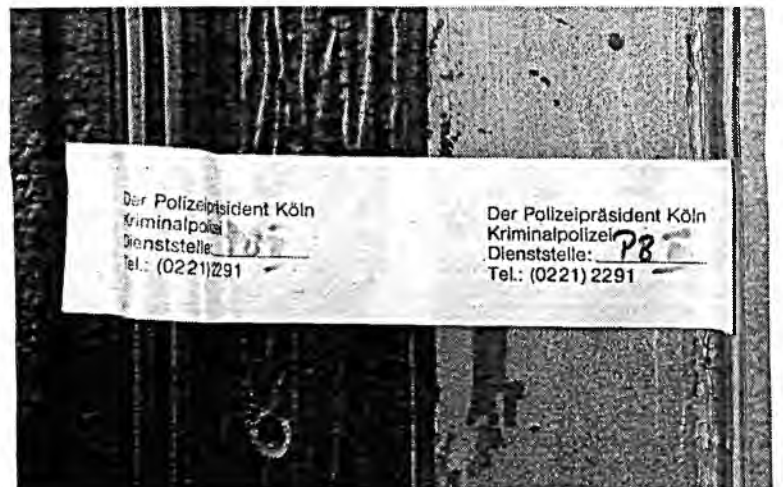
## „Die Angriffe des türkischen Staates gegen unsere Tageszeitung nehmen kein Ende“

Heute, am Freitag, um 17.00 Uhr, wurde das Zentralbüro unserer Tageszeitung in Istanbul seitens der türkischen Polizei gestürmt. Alle Mitarbeiter/innen sind festgenommen worden. Darunter befinden sich auch die Chefredakteurin Gurbetelli Ersöz und der 2. Chefredakteur Ferda Cetin sowie die Abteilungsleiterin Gültan Kisanak. Somit ist das Erscheinen der Zeitung praktisch eingestellt...

Unsere Tageszeitung, die sich von Anfang an für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des türkischen und kurdischen Volkes einsetzt und über die Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan berichtet hat, wurde

ständig zur Zielscheibe der türkischen „Sicherheitskräfte“ und Institutionen. Insgesamt wurden 9 unserer Journalisten und 11 Mitarbeiter in den letzten 16 Monaten ermordet. Die Zahl der festgenommenen und gefolterten Journalisten liegt um 100. Darüber hinaus wurden 200 Ausgaben beschlagnahmt und gegen uns Verfahren eingeleitet. Bis vor zwei Tagen war unser Herausgeber Yasar Kaya in Ankara inhaftiert. Nun sind demokratische Kräfte und Medien im In- und Ausland aufgefordert, Solidarität mit der oppositionellen *Özgür Gündem* zu zeigen.

(Presseerklärung, Köln, 10. 12. 93)



Ein Dokument der Militärschaft: Kurdische Vereine in Deutschland. Aufgebrochen, ausgeräumt — versiegelt. Foto: al/mz

### DOKUMENTIERT

## Die Bundesregierung weiß vom Einsatz deutscher Waffen gegen die Kurden

Aus einem Gespräch des Menschenrechtsvereins (IHD) Diyarbakir mit Werner Zierer, Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Ankara.

Im folgenden dokumentieren wir aus einem Gesprächsprotokoll des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir zwischen dem deutschen Botschaftsangehörigen in Ankara, Werner Zierer, und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir, Sedat Aslantas. Hintergrund dieses Gespräches waren Veröffentlichungen u.a. in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Frankfurter Rundschau* über den Einsatz deutscher Panzer, Typ BTR-60, bei der Zerstörung von kurdischen Dörfern am 9. August 1993. Die Bundesregierung ließ tags darauf in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vermelden, daß sie die deutsche Botschaft in Ankara zur Aufklärung dieser Vorgänge beauftragt habe.

Der Inhalt dieses Gesprächs sowie zweier weiterer zwischen dem IHD und Werner Zierer wurde einer Delegation aus der BRD am 22. September 1993 vom IHD in Diyarbakir bestätigt. Die beiden anderen Male war Werner Zierer ebenfalls auf den Menschenrechtsverein zugekommen nach Berichterstattungen über deutsche Panzerinsätze in Kurdistan und über Ausbildungsmaßnahmen der GSG-9 in der Türkei.

Zierer: Wir sind nicht die einzigen, die

Waffen an die Türkei liefern. Warum befaßt Ihr Euch immer mit Deutschland? Aslantas: Wir vertrauen auf die demokratische Haltung des deutschen Volkes, deshalb gehen wir an die deutsche Öffentlichkeit.

Zierer: Es gibt viele Menschen, die noch nie den Namen Diyarbakir gehört haben, aber jetzt rufen Leute bei uns an und fragen danach. Wir müssen an unsere eigenen Interessen denken und werden wegen dem kurdischen Volk unsere Politik nicht ändern.

Aslantas: In Kahraman-Maras wurden 19 Guerillas mit chemischen Waffen ermordet; das sollten Sie aufklären, dann werden wir über die Waffen nicht mehr sprechen. Die Türkei hat auch den Vertrag über die internationale Ächtung chemischer und nuklearer Waffen unterschrieben. Warum sind Sie nach Diyarbakir gekommen? Wollen Sie wissen, ob deutsche Waffen eingesetzt werden? Welchen Zweck hat unser Treffen?

Zierer: Wir wissen, daß deutsche Waffen eingesetzt werden. In Van hat die PKK 25 Leute umgebracht. Wir schlagen vor, aufzuklären, wer das war.

Aslantas: Wir glauben, daß das die Kontinguerilla war und die Sache der PKK in die Schuhe geschoben wurde. Vollständig in: *Kurdistan-Rundbrief* 26/93

26. 11. 93: Ein Militärkonvoi, der Soldaten von Cizre nach Sirkak brachte, wurde von der Guerilla angegriffen. Der Konvoi bestand aus zehn Bussen und 15 Kleinbussen. Zwei Busse wurden bei dem Angriff völlig zerstört, das Militär erlitt hohe Verluste. Nach diesem Vorfall griff die türkische Armee mit Panzern die Stadt Cizre an und beschoss die Häuser. Viele gingen in Flammen auf.

Gegen die seit dem 17. 11. 93 durchgeführten Operationen des türkischen Militärs in Besta (Botan) haben Guerillaeinheiten zahlreiche Angriffe, Umfassungsangriffe und Hinterhalte ausgeführt. Das Militär hat keine Möglichkeit gefunden, sich aus dem Gebiet von Besta zurückzuziehen und hat hohe Verluste. 50 Soldaten wurden getötet. Die Verluste der Guerillakräfte: fünf Gefallene und sieben leicht Verletzte.

Die Angriffe der türkischen Armee bei Ergani (Diyarbakir) wurden von der Guerilla zurückgeschlagen. Dem Militär wurden hohe Verluste zugefügt. Zwei Guerillakämpfer fielen in den Gefechten. Die türkischen Sicherheitskräfte griffen danach die umliegenden Dörfer an, zerstörten diese und vertrieben die Bewohner.

In Zaxo (Südkurdistan) nahm die ARGK zwölf Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT fest, als diese einen Wassertank sprengen wollten. Die MIT-Agenten hatten gefälschte Flugblätter mit der Unterschrift der PKK bei sich. Sie sollten verschiedene Sabotageakte in Südkurdistan im Namen der PKK durchführen, um die Bevölkerung gegen die PKK aufzuhetzen.

28. 11. 93: Die Gefechte zwischen der KDP/Irak und türkischen Sicherheitskräften und der PKK in Südkurdistan dauern seit dem 13. Oktober an. An der Seite türkischer Sicherheitskräfte hat die KDP Angriffe gegen die PKK in Semdilli und Cukurca begonnen. Die KDP brach damit das Abkommen zwischen den südkurdischen Kräften und der PKK vom 30. Oktober 1992.

1. 12. 93: Die türkische Luftwaffe bombardiert tief nach Südkurdistan hinein mehrere Stunden lang Dörfer. Der türkische Generalstab sprach von einer Luftoperation über 400 Quadratkilometer entlang des Grenzgebietes.

Die Armee beschoss Grenzgebiete in Armenien und Georgien unter dem Vorwand, ARGK-Kämpfer hätten von dort aus operiert. Ein russischer Grenztruppenkommandeur protestierte gegen die Angriffe und sprach von einer gespannten Situation.

2. 12. 93: Die Nationale Befreiungsfront ERNK hat in dem Gebiet Amed (türkisch: Diyarbakir) die türkischen Schulen geschlossen. Dies wurde in einem Flugblatt verbreitet. Die türkischen Bildungseinrichtungen wurden geschlossen, da sie der Unterdrückung der kurdischen Nation, ihrer Kultur und Sprache dienen und so den Zwecken des Kolonialkrieges der Türkischen Republik gegen das kurdische Volk dienen. Die Schließung ist mit einer eindeutigen Warnung an die Staatskräfte verbunden, falls die Schulen geöffnet würden.

4. 12. 93: Bei einem Angriff der ARGK auf eine Militärstation in Iğdır (Aralik) waren vier Soldaten festgenommen

worden. Sie wurden vor zwei Tagen freigelassen.

5. 12. 93: Die ARGK griff die Militärstation Pervari (Siirt) an. Bei dem Angriff wurden drei Soldaten getötet, vier Offiziere und fünf Soldaten verletzt.

Die Hinrichtung von vier Dorfbewohnern am 27. 11. in diesem Gebiet wurde aufgeklärt. Die Kontinguerilla hat sich in Kleidung der ARGK-Guerilla in das Dorf begeben und die vier Dorfbewohner getötet. Das haben die Angehörigen der Ermordeten bestätigt.

6. 12. 93: Aus den letzten drei Dörfern des Gebietes Erub sind jetzt auch die Bewohner vertrieben worden. Die Bewohner weigerten sich, Dorfschützer zu werden. Das Militär vertrieb sie daraufhin. Jetzt gibt es in diesem Gebiet in keinem Dorf mehr Bewohner.

9. 12. 93: In Iğdır (Aralik) haben sich 198 Leute der ARGK-Guerilla angeschlossen. Die Angehörigen erklärten: solange der Staatsterror nicht aufhört, werden wir in die Berge gehen und uns der PKK anschließen.

10. 12. 93: Nach einem Angriff der ARGK auf eine Militärkaserne bei Cizre griff das türkische Militär innerhalb weniger Tage zum zweiten Mal die Stadt Cizre an. Panzer beschossen Gebäude in der Stadt, schwere Panzer fuhren in Häuser hinein und zerstörten sie, andere verbrannten. Es hat eine unbekannte Anzahl von Toten unter der Zivilbevölkerung gegeben. Das Militär durchsuchte zahlreiche Häuser. Etwa 150 Personen wurden festgenommen und befinden sich immer noch in Haft.

## Briefbomben in Österreich

Nazis verharmlosen rächt sich

Die Briefbombenserie, die Anfang Dezember Österreich erschütterte, strafe führende Politiker und staatliche Sicherheitsexperten auf drastische Weise Lügen, die in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder betont hatten, in der Alpenrepublik drohe von Faschisten keine nennenswerte Gefahr. Vor allem Innenminister Löschniak hatte die Gefahr von rechts immer wieder heruntergespielt. Zehn professionell hergestellte Briefbomben, die innerhalb einer starken Woche mehrere zum Teil schwer Verletzte forderten, führten zu einem bösen Erwachen.

Adressaten waren Menschen, die sich öffentlich für die Rechte von Ausländern und Flüchtlingen einsetzen. Darunter befinden sich eine aus Kroatien stammende Moderatorin, die im ORF ein Minderheitenmagazin leitet, ein Pfarrer aus der Steiermark, der sich für Flüchtlinge engagiert, sowie als prominentestes Opfer der Wiener Oberbürgermeister Zilk, ein populärer Sozialdemokrat, der immer wieder gegen Ausländerhaß und Antisemitismus Stellung bezogen hat.

Die Absender gehören, das ist seit der Verhaftung von zwei mutmaßlichen Attentätern sicher, der faschistischen Szene des Landes an. Die Spur führt zu einer militanten neonazistischen Organisation, die unter dem Namen „Volkstreue außerparlamentarische Opposition“ (Vapo) ihr Unwesen treibt. Die 1986 gegründete Gruppe, die sich offen auf den Nationalsozialismus beruft, unterhält enge Verbindungen zu deutschen Neonazis, mit denen zusammen in den vergangenen Jahren unter anderem häufig Wehrsportübungen abgehalten wurden.

Über die Existenz der Vapo und die Zusammenarbeit mit deutschen Neonazi-Gruppen berichteten sofort nach den Anschlägen die Medien in Österreich und der BRD in aller Ausführlichkeit; das Fernsehen sendete gar Bilder von militärischen Übungen der Nazis. Den zuständigen staatlichen Instanzen müssen also Existenz und Gefährlichkeit dieser Gruppen längst bekannt gewesen sein. Vor allem Innenminister Löschniak muß sich deshalb jetzt die Frage gefallen lassen, warum erst Bomben hochgehen und Menschen verletzt werden mußten, bevor Polizei und Justiz etwas unternommen haben.

Vorsitzender der Vapo ist Gottfried Küssel, der Nachfolger von Michael Kühnen werden sollte. Küssel ist im September wegen Verstoß gegen das in Österreich geltende „nationalsozialistische Wiederbetätigungsverbot“ zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Ob nun deutsche Neonazis, wie in den Medien spekuliert wurde, direkt an den Briefbomben-Attentaten beteiligt waren oder nicht: Tatsache ist, daß deutsche und österreichische Faschisten vom 4. bis zum 11. Dezember eine „Solidaritäts-Woche“ für Küssel angekündigt und mit „verschärften Aktionen“ gedroht hatten — genau in dieser Zeit erreichten die meisten Briefbomben ihre Opfer. Tatsache ist auch, daß die beiden führenden Rechtsextremisten Worch und Priem kurz zuvor in Wien gesichtet wurden.

Antifaschistische Gruppierungen haben nach den Anschlägen gefordert, der österreichische Staat solle endlich entschiedener gegen die Neonazis vorgehen, bevor noch größeres Unheil angerichtet werde. Im Parlament haben Abgeordnete der Grünen und der SPÖ auf die Schreibtischtäter-Rolle von FPÖ-Chef Haider hingewiesen, der mit seiner notorischen Hetze gegen Ausländer unter anderem durch das Anti-Ausländer-Referendum den Boden für nazistische Gewalttaten bereitet habe. — (jüg)



Fotos: Studentendemonstration (links), „Siegesfeier“ der PDS in Neapel (rechts)



# Italianische Stichwahlen: Relative Mehrheiten der Linken

## Trotz starker Zugewinne scheitern die Kandidaten der Rechten

**R**om unter der Stadtverwaltung eines faschistischen Bürgermeisters? Viele Initiativen hatten sich in den Tagen vor der Stichwahl am 5. Dezember gegen diese reale Gefahr gebildet; ähnlich in den übrigen großen und kleineren Städten, wo die Entscheidung häufig zwischen Kandidaten von Linksbündnissen und solchen der äußersten Rechten fiel. Die spontane Erleichterung über den Ausgang in Rom wie auch in Neapel, Genua, Venedig und Triest war deshalb groß. Zwischen 53,0 und 59,2 % erhielten dort die Kandidaten der Bündnisse, zwischen 40,8 und 47 % die Kandidaten der Rechten. Viele feierten auf den Straßen, daß der Lega Nord und dem faschistischen MSI die Verwaltung dieser Großstädte verwehrt wurde.

Nach den Kommunalwahlen ist der 27. März 1994 als Termin vorgezogener Neuwahlen für das Parlament sehr wahrscheinlich geworden. Mit Blick auf diese Wahlen haben Medien und Parteien die äußerst vielgestaltigen und widersprüchlichen Kommunalwahlergebnisse auf die Landesebene hochgerechnet. Unter den Bedingungen des neuen Mehrheitswahlrechts und bei unterstellten gleichen politischen Konstellationen und gleichem Abstimmungsverhalten sind sie auf 60 bis 75 % der Parlamentssitze für die Reformbündnisse gekommen. Vor diesem Hintergrund erklärte der Vorsitzende der Demokratischen Partei der Linken (PDS), Achille Occhetto: „Es ist ein Ergebnis umfassender politischer Wende... Diese Wahlen bekräftigen den Satz, daß jetzt die Regierung der Fortschrittskräfte auf der Tagesordnung steht.“ (1) Diese Perspektive bestimmte auch die Kommentare vieler Medien in Italien und im Ausland, auch in der Bundesrepublik.

Vorsicht ist aber angebracht, denn hinter den Ergebnissen stecken sehr unterschiedliche Entwicklungen. Außerdem ist das Parteienspektrum nach wie vor in heftiger Bewegung. Und schließlich können Kommunalwahlergebnisse nicht umstandslos auf die Landesebene hochgerechnet werden.

**Die Rechte gewinnt prozentual und absolut dazu**

Die Beurteilungen beziehen sich häufig auf die Bürgermeisterwahlen, nicht auf die Gemeinderatswahlen, und auf die Prozentergebnisse, nicht auf die absoluten Stimmergebnisse. Die Bürgermeisterwahlen ergaben in vielen Fällen relative Mehrheiten für die Kandidaten der Linksbündnisse. Hinter den Prozentzahlen stehen aber oft gegenläufige Entwicklungen bei den absoluten Stimmen: So hat das linke Lager in den 99 beteiligten Kommunen mit mehr als 15000 Einwohnern zwar gegenüber der letzten Kommunalwahl von 1990 etwas dazugewonnen, gegenüber der Parlamentswahl

1992 aber etwas verloren. Die Rechten dagegen, Lega und MSI, haben ihre absoluten Stimmen gegenüber 1990 verdreifacht und gegenüber 1992 mehr als die Hälfte dazugewonnen. (2) Sie profitieren vom Niedergang der Regierungsparteien.

Die Lega hat zwar ihre Bürgermeisterkandidaten in Venedig und Genua nicht durchgebracht, dafür aber in mittleren und kleineren Städten. Ihre Gemeinderatsfraktionen sind weiter gewachsen. In der Lombardei wird die Lega als weitaus stärkste Partei mit 42,9 % beziffert. In den genannten 99 Kommunen hat sie ihre Stimmen gegenüber 1990 vervierfacht. (2)

Der MSI hat seine Stimmen auf Landesebene verdoppelt. Nach eigenen Angaben hat diese Partei 19 Bürgermeister gewonnen und leitet damit in Italien insgesamt 44 Kommunen, darunter jetzt vier Provinzhauptstädte. In Rom, Neapel und anderen Städten ist der MSI die stärkste Partei in den Gemeinderäten geworden. Der MSI-Vorsitzende Fini erklärte — und die Christdemokraten haben nicht widersprochen —, daß örtlich bis zu 80 % ehemaliger DC-Wähler für den MSI gestimmt hätten, der jetzt landesweit bei 16,4 % liege. (1)

Die Gründe für den Erfolg der Lega im Norden und des MSI vor allem in der Mitte und im Süden beschrieb *Liberazione*, die Zeitung von *Rifondazione comunista*, so: „Wenn die Lega das ‚Ergebnis‘ von ’92/93 war, so ist es der MSI für ’93/94. Es handelt sich nicht um ein einfaches Aufwallen von Nostalgie oder starken Launen, freigesetzt von der Krise der Christdemokratie und vorübergehend aufgeheizt von Tangentopoli (den Schmiergeldskandalen, rok). In beiden Fällen drückt sich ein tieferer Schub aus: Er entsteht aus der Verbindung zwischen reaktionären Werten, die von der konservativen Offensive der 80er Jahre wiederbelebt worden sind, aus institutionellen Reformen, die die politische Ansteckungsfähigkeit dafür vervielfachen, und aus einer sozialen Krise, die zur Hoffnungslosigkeit oder zur korporativen Revolte eines beachtlichen Teils der Bevölkerung drängt. Und die nicht zufällig nicht nur die Biedermänner und Gemäßigten betrifft, sondern auch das Volk, die Bewohner der zerstörten, entrechteten Vorstädte.“ (3)

**Berlusconi — Katalysator zwischen Lega und MSI?**

Hektisch suchen jetzt die bürgerlichen Kräfte nach einem erfolgreichen Sammlungskonzept für die 94er Wahl. Den Christdemokraten, die sich zur *Volkspartei* umgegründet haben, traut niemand mehr zu, den Kern einer erfolgreichen rechten bürgerlichen Allianz zu bilden. Das Interesse richtet sich auf MSI und Lega.

Der MSI hat sich zum eigentlichen politischen Sieger der Kommunalwahlen erklärt, an dem keine Anti-Links-Kraft mehr vorbeikomme. Er hat eine *Nationale Allianz* gegründet, die bis weit in die früheren christdemokratischen Reihen hinein Kräfte sammeln soll. Ein entscheidender Trumpf ist dabei die öffentliche Parteinahme des Multi-Medien-Unternehmers Berlusconi, der von den Regierungsparteien auf den MSI umgeschwenkt ist.

Berlusconi trachtet möglicherweise sogar nach einer Zusammenführung der bisher rivalisierenden Parteien MSI und Lega. Jedenfalls hat er mit der Lega neue Verbindungen aufgenommen und an den Lega-Parteitag am letzten Wochenende Signale gesendet, die auch angekommen sind. Der Lega-Chef Bossi ist erstmals davon abgerückt, daß sich die Lega nur allein gegen alle anderen Parteien durchsetzen könne, und hat eine „liberal-demokratische Koalition, bei der die Lega die vorherrschende politische Kraft ist“, propagiert. Der Lega-Bürgermeister von Mailand, Formentini, hat sich auf dem Parteitag folgendermaßen an Berlusconi gewandt: „Wenn seine Gegner (die Linken, rok) den Sieg davontrügen, würde Berlusconi weggerissen, wir dagegen können eine Übereinkunft herstellen. Die Lega würde Berlusconi gerne im gemeinsamen liberal-demokratischen Haus sehen.“ Wenn die Ziele gemeinsam seien, dann stelle die Lega die Stimmen und die Truppen, und Berlusconi solle die Mittel und die Fernsehstationen beisteuern. (4) Die Lega hat ihren Anhang in der Vergangenheit häufig mit wütenden Attacken des kleinen Kapitals gegen das monopolistische Kapital gesammelt — jetzt zeichnet sich ab, wie sie zur politischen Formation im Dienst monopolistischer Kapitalkreise wird.

**Ist ein linkes Regierungsbündnis möglich?**

Die Demokratische Partei der Linken (PDS) hat den Wahlerfolg weniger eigenem Zugewinn als dem Verfall der Regierungskoalition und der Uneinigkeit von Lega und MSI zu verdanken. Trotzdem stellt sie sich auf Regierungsübernahme oder -beteiligung ein. Der Parteichef Occhetto dämpft bürgerliche Befürchtungen: „Ich wiederhole, was ich den Zeitungen ganz Europas in diesen Wochen erklärt habe: Wir sind entschlossen, die Politik der finanziellen Sanierung weiter zu verfolgen, die Privatisierungen, die Stützung der Lira und der Ersparnisse sowie der internationalen Glaubwürdigkeit unseres Landes. Der Stabilitätsfaktor ist heute die Linke.“ Die Reformziele klingen demgegenüber sehr mäßig und undeutlich: „Die Bedürfnisse nach Stabilität stehen überhaupt nicht im Widerspruch zu der Suche nach einer neuen Politik für Be-

schäftigung, für die Verringerung und Veränderung der Arbeitszeiten, für die Verbindung von Leistungsfähigkeit und Solidarität, für die Änderung der Beziehung zwischen Öffentlichem und Privatem, indem die Eigentümerbasis unseres Wirtschaftssystems erweitert und aufgestockt wird, für die Reform der öffentlichen Verwaltung.“ (5)

Nicht alle Reaktionen aus dem bürgerlichen Lager sind PDS-feindlich. Aufmerksam wurde registriert, daß nach den Wahlergebnissen Lira- und Aktienkurse angestiegen sind. Ein Teil des Unternehmerlagers läßt erkennen, daß er mit einer PDS-geführten Regierung zu-rechtkäme. Als eine der Bedingungen zeichnet sich aber ab, daß *Rifondazione comunista*, die Partei der kommunistischen Neugründung (PRC), aus einer Regierungsbündnis auszuschließen sei.

Rifondazione hat bei den Kommunalwahlen gut abgeschnitten (z.B. bei den Gemeinderatswahlen in Rom mit 7 % in Neapel wurden mit 8,8 % die Stimmen absolut und prozentual etwa verdoppelt). Landesweit kann die Partei mit ca. 6–8 % der Stimmen rechnen. Damit ist Rifondazione knapp drei Jahre nach der Auflösung bzw. Spaltung der kommunistischen Partei Italiens als eine erklärmaßen antikapitalistische und dem sozialen Widerstand verpflichtete Kraft verankert.

Rifondazione weist darauf hin, daß der Erfolg der Bündniskandidaten. z.B. in Rom, ohne die Unterstützung von Rifondazione im zweiten Wahlgang nicht möglich gewesen wäre und daß die „Einheit der Linken“ auch für einen Erfolg 1994 unverzichtbar sei. Bis vor wenigen Monaten aber ist Rifondazione für eine entschiedene ausschließliche Oppositionspolitik aller linken Kräfte (auch des PDS) eingetreten. Jetzt stellt sich mit großer Wucht die Frage einer Beteiligung an einem Bündnis, das auf die Regierungsbildung abzielt: Sind überhaupt Voraussetzungen für einen solchen Schritt vorhanden? Können Forderungen nach sozialer Umgestaltung in einem Regierungsprogramm untergebracht und gesellschaftlich durchgesetzt werden, während derzeit Privatisierung, Deregulierung und Lohnsenkung dominieren? Wie kann mit sehr verschiedenen Kräften bis hin zu bürgerlich-demokratischen Kreisen ein Bündnis geschlossen und doch der soziale Widerstand der arbeitenden Klassen gefördert werden? Besteht nicht die Gefahr eines Scheiterns? Aber gibt es überhaupt eine Alternative zu dem Versuch angesichts einer drohenden rechten Regierungsübernahme, die verhindert werden muß? Viele Fragen, die in der Partei in der Vorbereitung des Parteitags im Januar 1994 diskutiert werden, stellen sich nach diesem Wahlergebnis mit ungehörter Schärfe.

Quellen: (1) *la Repubblica*, 6. 12. 93; (2) *Liberazione* 48/93; (3) *Liberazione* 47/93; (4) *l'Unità*, 12. 12. 93; (5) *l'Unità*, 7. 12. — (rok)



# Belgien: Streiks gegen wachsende Armut

Mit der größten Streikbewegung seit dem Generalstreik in Belgien 1936 haben die belgischen Lohnabhängigen Ende November auf die neuen „Sparpläne“ der von Christdemokraten und Sozialdemokraten gestellten belgischen Regierung unter Premier Dehaene geantwortet. Der öffentliche Verkehr wurde völlig still. Viele Krankenhäuser hatten nur Notdienst. In Antwerpen wurde der gesamte Hafenbetrieb bestreikt, die Zufahrtswege blockiert. Ein Großteil der Zeitungen erschien nicht, Schulen waren geschlossen, Rundfunk und Fernsehen strahlten nur ein Notprogramm aus.

Auch die Industriebetriebe wurden fast vollständig bestreikt. Bei Cockerill-Sambre (Stahlwerk) in Charleroi, in den Textil- und Elektrowerken im flandrischen Landesteil, bei VW in Vorst, wo 1500 Lohnabhängige des VW-Werks in den Streik traten und durch die Innenstadt demonstrierten: Überall wurde gestreikt, um das Programm der Regierung zu Fall zu bringen.

Mitte November hatte die Regierung ihren sogenannten „Globalplan“ vorgelegt. Sein Inhalt:

- Ab 1.1.94 wird die Mehrwertsteuer von 19,5 auf 20,5 Prozent erhöht.
- Die „Lohnindexierung“, d.h. die gesetzliche Anhebung der Löhne entsprechend der offiziellen Teuerungsrate, wird weiter durchlöchert, indem bei der Anrechnung der Teuerungsrate die Teuerung für Alkohol, Tabak, Benzin und Diesel nicht einberechnet wird. Da gleichzeitig die indirekten Steuern auf genau diese Produkte noch einmal angehoben wird, bedeutet dies de facto für die belgischen Lohnabhängigen in den Jahren 1994 und 1995/96 weitere Reallohnsenkungen.
- Für Haushalte ohne Kinder werden die Sozialversicherungsbeiträge erhöht, indem für diese Haushalte ein zusätzlicher „Sozialbeitrag“ eingeführt wird.
- Rentnerinnen und Rentner müssen in Zukunft ab einer monatlichen Rente von 2500 belgischen Franc (umgerechnet ab ca. 125 DM im Monat aufwärts!) von ihrer Rente Steuern zahlen.
- In der Arbeitslosenversicherung werden die Ansprüche auf Arbeitslosengeld weiter gekürzt, in der Krankenversicherung will die Regierung durch verschiedene „Kostendämpfungen“ weitere umgerechnet 1,3 Mrd. DM „einsparen“. Das Kindergeld wird mit steigendem Einkommen gesenkt. Alle Einsparungen bei den Sozialleistungen zusammen sollen sich auf 75 Mrd. bfr. belaufen, das sind umgerechnet ca. 3,75 Mrd. DM oder 375 DM pro Person der belgischen Bevölkerung im Jahr.
- Den Kapitalisten dagegen will die Regierung weitere Kostensenkungen verschaffen, zusätzlich zu den Lohnsen-

kungen infolge der Durchlöcherung der „Lohnindexierung“. So sollen die Beiträge der Kapitalisten zu den Sozialversicherungen bei der Einstellung von vorher arbeitslosen Jugendlichen drei Jahre lang um ein Viertel gesenkt werden. Noch stärker, um bis zu 50 %, sinken ihre Beitragspflichten, wenn sie Personen einstellen, die schon länger arbeitslos waren. Insgesamt plant die Regierung allein durch diese Beitragssenkungen bei der Sozialversicherung eine Entlastung der Kapitalisten um 30 Mrd. bfr, umgerechnet ca. 1,5 Mrd. DM.

— Wer als „Selbständiger“ erstmals einen Lohnabhängigen einstellt, bekommt ebenfalls die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt. Zeitarbeit, Job-Sharing und andere „Flexibilisierungs“-Vorhaben der Kapitalisten sollen ebenfalls gefördert und erleichtert werden.

Alles in allem dürfte das Maßnahmenpaket der Regierung für eine vierköpfige Lohnabhängigenfamilie eine Senkung des Realeinkommens im Jahr von 2000 DM und mehr bedeuten — je niedriger die Einkommen bisher schon waren, um so stärker die Einkommensenkung.

„Viele Belgier geraten in Not“, überschreibt deshalb die *Frankfurter Rundschau* ihren Bericht über die Folgen des Regierungspakets. „Ganze Regionen, vor allem die früher reiche Stahl- und Kohlindustrie im wallonischen Süden, sind zu Notstandsgebieten herabgesunken. Die Szenen in den Vorstädten, wo arme, kinderreiche Familien auf engstem Raum leben, erinnern an Bilder der Armut in den 30er Jahren... Für viele Familien bedeuten die Pläne der Regierung... inzwischen sogar eine Einschränkung im Speiseplan.“ (27. 11.)

Der schroffe Gegensatz zwischen dieser sich ausbreitenden Armut unter den Lohnabhängigen und dem protzenden Reichtum der Kapitalisten war ein wichtiges Thema in der Streikbewegung. „Zwingt die Konzerne, 40 Prozent auf ihre Profite zu zahlen, dann habt ihr 130 Mrd. bfr. für die Sozialversicherungen!“ und „Wir haben schon bezahlt, jetzt sollen die Reichen zahlen, und nur sie!“ — mit solchen Parolen riefen die Gewerkschaften zum Streik auf.

Beide großen belgischen Gewerkschaftsbünde, der (christliche) ACV und der (sozialdemokratische) ABVV, riefen gemeinsam zu der Streikbewegung auf. Die Regierung will dennoch hart bleiben. Sie sei nur bereit, über Zeitplan und Modalitäten der geplanten Maßnahmen zu verhandeln, hieß es Ende November. Die Gewerkschaften antworteten mit erneuten Streiks und Demonstrationen am 9. und 10. Dezember.

Quellen: *Solidair*, Zeitung der „Partei der Arbeit“ (PvdA), div. Ausgaben; *Kommunistische Arbeiterzeitung*, 10. 12. — (rül)

## Degussa, Antwerpen, 26. November 1993

Eine Augenzeugin berichtet vom Generalstreik in Belgien

Ab 5 Uhr wurden alle großen Zufahrtsstraßen zum Hafen und insbesondere zu den Chemie-Betrieben blockiert. Gegen 8 Uhr kam die Gendarmerie. Ihre Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf die 150—200 Kollegen bei Degussa. „Die hatten den Auftrag, diese Straße unbedingt freizuhalten“, vermutet einer der Beteiligten, „weil das eine sehr wichtige Eingangsstraße für die Chemie ist.“ Als die Kollegen trotz Aufforderung die Autobahn nicht freigaben, wurden Wasserwerfer eingesetzt. „Wir sind laufen gegangen, aber hundert Meter weiter haben wir wieder blockiert. Dann kamen sie nach dort, und wir sind wieder hundert Meter nach vorn, und so haben wir mit denen Katz und Maus gespielt.“ Bis fast halb zehn ging das so. „Mit dem ganzen Hin- und Herlaufen und den Wasserkanonen und allem waren wir am Ende noch so dreißig, vierzig Personen. Da haben sie uns dann attackiert und alle gegriffen.“ Mehr als vier Stunden also hatten sie die Blockade gehalten, viel länger, als sie selbst erwartet hatten! — Und was war mit dem Revolver an der Schläfe, nur ein Gerücht? „Nein, das geschah, als die Gendarmerie zum er-

sten Mal den Tunnel freimachte. Der Kollege war mit dem Wagen im Tunnel. Er ist fortgefahren, ganz langsam. Ein bißchen zu langsam. Da sind sie zu viert oder fünft auf seinen Wagen. Er mußte rauskommen, und einer hat den Revolver gegen seinen Kopf, und so haben sie ihn mitgenommen.“

Auf dem Weg zur Gendarmeriekaserne konnten die Festgenommenen den Funk mithören. „Da war ganz große Panik bei der Gendarmerie. Sie hatten Verstärkung angefordert, aber die Zentrale hat geantwortet, wir kommen nicht durch, es ist alles blockiert.“ Auch der Zeiserlswagen mit den Kollegen mußte dreimal umkehren, weil Streikposten und brennende Autoreifen den Weg versperrten. Von den Gendarmen in der Kaserne erfuhren sie mehr. „Die ganze Stadt Antwerpen sei ein Chaos, sagten die. Da gibt es eine Demonstration und dort eine, und oft ist da nur eine Gruppe von 50 Leuten, die irgendwo entlangziehen, und plötzlich sagen sie, okay, diese Brücke hier blockieren wir, oder da sind zwanzig, dreißig Demonstranten, die sagen, hep, wir nehmen diese Kreuzung.“

Dann erzählen sie, wie sie wieder

rausgekommen sind. Die Streikposten bei FINA und die Hafenarbeiter erfuhren als erste von der Festnahme. „Die sind dann alle zusammen zu der Gendarmerie-Kaserne gegangen und haben gedroht: Laßt unsere Kameraden frei, sonst greifen wir die Kaserne an.“ Das wirkte. „Wir saßen da im Saal so am Reden, und plötzlich kam, zusammen mit zwei Leuten von der Staatssicherheit, einer rein mit so einer orangenen Regenjacke von den Hafenarbeitern, mit Helm auf. Der hat gesagt: Kameraden, wir haben eine Aktion gemacht für euch, und ihr seid frei. Es wird auch keine Strafen hinterher geben.“ Auch, daß noch andere Hafenarbeiter und Demonstranten am Marktplatz warteten, erfuhren die Kollegen jetzt. „Und dann kam der Bus, und mit der Sirene ging's quer durch die Stadt bis zum Marktplatz. Das war eine Stimmung im Bus! Wir hatten auch verabredet, wenn wir aussteigen, die Fäuste hoch, und dann werden wir klatschen für die anderen, weil alle für uns gekämpft haben.“

aus: *Kommunistische Arbeiterzeitung*, 10. 12. 93



## Balkan: Deutsch-französische Initiative wird abgelehnt

Neuer Versuch der BRD, doch noch nach Serbien zu marschieren

Fast genau zwei Jahre ist es her, das die Regierung Kohl mit einer putschartigen Aktion gegen die übrigen EG-Staaten die beiden ehemaligen jugoslawischen Republiken Slowenien und Kroatien staatlich anerkannte. Eine Eskalation des Balkankrieges war die Folge.

In den letzten Wochen trat die Bundesregierung erneut mit zwei Initiativen hervor, die einigen Wirbel verursachten. Es waren die deutsch-französische Initiative und die Debatte um eine Anerkennung Mazedoniens noch in diesem Jahr, was zu einen grundsätzlichen Zerwürfnis mit Griechenland führte (zu letzterem siehe auch Seite 1).

Kernpunkt der deutsch-französischen Initiative ist eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), wenn im Gegenzug in Bosnien der Gruppe um den Moslemführer Izetbegović 3—4 % der Gebiete zurückgegeben werden, die bisher von den bosnischen Serben eobert sind. Zudem wird in der Initiative gefordert, daß die UN-Truppen gegen sogenannte „unkontrollierte Elemente“ alle Mittel nutzen, einschließlich der Luftunterstützung; der Flughafen von

Tuzla soll unter UN-Aufsicht gestellt werden, und zuletzt werden Kroaten und Serben in Kroatien aufgefordert, einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, der den derzeitigen Status der serbisch besiedelten Gebiete in Kroatien vorläufig regelt.

Zunächst war man von der Offerte überrascht. Gerade das Angebot einer schrittweisen Aufhebung der Sanktionen durch die Bundesregierung war nicht erwartet worden. Wurde doch gerade die Regierung Milošević in Belgrad als Hauptfeind stilisiert, dem man keinen Schritt nachgeben darf. Es blieb daher nicht aus, daß vor allem die kroatische Regierung und die Bosnier in Sarajevo der Bundesregierung Frontenwechsel und Unterwerfung unter die Interessen Frankreichs vorwarfen. Gerade gegen Frankreich und Großbritannien richtet sich der geballte Zorn der rechten Kroaten und Bosnier. Diesen Staaten wird seit Beginn des Krieges vor gut 20 Monaten Kungelei mit der serbischen Regierung vorgeworfen. Zunächst hätten sie sich anders als die deutsche Regierung für den Erhalt Jugoslawiens ausgesprochen, dann verhinderten sie alle Initiativen — auch hier wieder gegen das

Votum der Regierung Kohl — die auf eine Aufhebung des Waffenembargos für die bosnische Gruppe um Izetbegović hinausliefen.

Bei genauer Betrachtung der deutsch-französischen Initiative, die durch einen Beschluß der EU-Minister als europäische Friedensinitiative übernommen wurde, zeigen sich gewaltige Fußangeln, die eine Umkehrung der Position der BRD-Regierung im Bosnienkonflikt relativieren.

Gerade bei der Forderung nach einer militärischen Aktion bis hin zur Luftunterstützung gegen „unkontrollierte Elemente“ ist der Bundesregierung ein Durchbruch gelungen. Militärische Aktionen, gleich welcher Art, wurden zwar oft diskutiert, in der Beschlußfassung bisher aber immer abgelehnt. Sicher gibt es eine Unzahl solcher Banden, und diese umhermarodierenden Söldnerhaufen werden ein großes Problem werden, sollte es zu einer Friedensregelung kommen. Aber gerade die Bekämpfung dieser Banden — dies wurde schon längst festgestellt — erfordert einen Großeinsatz personeller und materieller Kriegsmittel. Dieser wird aber von der BRJ wie sowieso von den bosnischen Serben ab-

gelehnt. Also wenn Konsequenzen aus der Initiative folgen sollen, gibt es Krieg gegen die Serben, was aber zumindest folgt ist eine Gleichschaltung auf europäischer Ebene über die Waffenlage im Sinne der Bundesregierung.

Als zweite Bedingung für eine schrittweise Aussetzung der Sanktionen gilt eine befriedigende Lösung der Probleme zwischen Serben und Kroaten in Kroatien. Aber gerade die Verknüpfung der Situation in Kroatien mit den Bedingungen in Bosnien wird von Belgrad als unzulässig abgelehnt. Diese Ablehnung wird noch verstärkt durch die Ankündigung der EU-Vermittler, die Frage des künftigen Status der Albaner im Kosovo, der Muslime im Sandschak und der Ungarn in der Wojwodina (alle Gebiete von Belgrad kontrolliert) auf die Tagesordnung zu bringen. Der serbische Präsident Milošević wies dieses Ansinnen prompt zurück und kritisierte es als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des serbischen Staates. Dies kann man unterstützen. Man muß aber gleichzeitig darauf hinweisen, das es eine Unterdrückung der drei genannten Minderheiten in Serbien gibt. Denn im Unterschied zum sozialistischen Jugoslawien, in dem

der Kosovo und die Wojwodina quasi einen Republikstatus hatten, wurden unter der Regierung Milošević alle Rechte, die damit verbunden waren, wieder rückgängig gemacht.

Es zeigt sich also, daß von einem „Umkippen“ der BRD keine Rede sein konnte. Der weitere Verlauf bestätigte dies. Auf Grundlage der Initiative wurde wieder einmal eine Friedenskonferenz nach Genf einberufen. Wie zu erwarten, wurde tagelang diskutiert und gestritten. Ergebnislos wurde die Konferenz auf den 22.12.93 vertagt. Beim folgenden Gipfeltreffen der EU wurde daraufhin Serbien erneut verurteilt und: eine Verschärfung der Sanktionen angedroht. Dies war das Ziel der sogenannten „Friedensinitiative“. Es war von vornherein nicht die Absicht, Sanktionen zu lockern. Ziel der Initiative, deren Ausformulierung im übrigen im bundesdeutschen Außenministerium vorgenommen und von den Franzosen nur gegengezeichnet wurde, war von Seiten der Bundesregierung, in den vergangenen Monaten verlorenes Terrain bzgl. der Initiatoren der Balkankrise wieder zu erlangen. Dies ist ihr sicherlich gelungen. — (hav)

# „Kein Vergessen: Handeln!“

Bericht vom Solinger Kongreß

**K**ein Vergessen: Handeln! war das Thema des Kongresses gegen Rassismus und Neofaschismus vom 3. bis 5. Dezember in Solingen. Der „Solinger Appell“ als Veranstalter hatte sich viel vorgenommen. Ursachen, Auswirkungen und Perspektiven sollten diskutiert werden.

Ca. 700 Menschen aus recht unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen wie Gewerkschaften, Autonome, MigrantInnen, Menschenrechtsbewegungen, Kirchen, Parteien, Frauenbewegung und antifaschistischen Bündnissen nahmen an dem Kongreß teil. Die unterschiedlichen Ansätze in der antifaschistischen Arbeit zur produktiven Auseinandersetzung zusammenkommen zu lassen, war ein wichtiges Anliegen der VeranstalterInnen. Die Eröffnungsreferate wurden von Walid Nakschbandi (Journalist), Fatima Hartmann von Rom e.V. und Oliver Tolmein (Journalist) gehalten. Walid Nakschbandi und Fatima Hartmann setzten sich u.a. mit der Rolle der Stadt Solingen im Vorfeld und nach dem Anschlag auseinander und wiesen auf ausländerfeindliches Verhalten — wie in anderen deutschen Städten — hin, daß mit der „liberalen und weltoffenen Stadt“ kontrastiert. Oliver Tolmein schlug einen Bogen von Mißhandlungen an Asylsuchenden durch die Polizei, der systematischen sicherheitsstaatlichen Diskriminierung von MigrantInnen, der Begründung des großen Lauschangriffes mit „ethnischen Gruppen“, der Ausweisungsandrohung des NRW-Innenministers Schnoor gegen die angeblich türkischen „Rädelführer“ z.B. der Autobahnblockaden nach dem mörderischen Brandanschlag von Solingen, der Standard ED-Behandlung und Zwangs-Aids-Tests an MigrantInnen bis zur umfassenden Datensammlung über MigrantInnen.

Er folgte, daß wir zur Zeit „die Einrichtung einer totalitären Willkürherrschaft mitten im demokratisch verfaßten Rechtsstaat“ erleben.

Am Samstag wurde in 19 Workshops das Thema beleuchtet: Ein paar Streiflichter aus den AGs:

Im Workshop „ImmigrantInnen ohne politische Rechte“ wurde die rassistische Definition der deutschen Staatsbürgerschaft angegriffen und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen gefordert. Hier geborene jugendliche ImmigrantInnen empfinden sich oft als nirgendwo vertreten. Die Deutschen diskutieren aus einem „deutschen Haus“ heraus, wie man sie behandeln soll. Auch links-liberale deutsche Organisationen sehen die Minderheiten als Problemfall. In der Frage der Zusammenarbeit von Deutschen und MigrantInnen wurde ein großes Defizit festgestellt.

Auch im Workshop „Sexismus und Rassismus“ (Referentin der Initiative Schwarze Deutsche/Schwarz in Deutschland lebende — ISD) war dies ein Thema. Die Bewußtwerdung des eigenen Rassismus, von dem sich in einer Gesellschaft, in der Rassismus herrscht, niemand freimachen kann, wurde hier versucht. Aggressionen zwischen deutschen „weißen“ Frauen und Männern, die etwas gegen Rassismus tun wollen, und vom Rassismus Betroffenen kamen zutage.

Im Workshop „Flüchtlingsfrauen“ wurde ausgeführt, daß die Aufhebung der weitgehenden Abwesenheit von MigrantInnen in der „weißen deutschen“ antifaschistischen Bewegung den Aufbau persönlicher Beziehungen erfordert, mit Einladungen ist es nicht getan. In dieser Arbeitsgruppe wurde die Kampagne gegen den § 19 des Ausländergesetzes, der gerade für Frauen die Aufenthaltssituation verschärft, vorgestellt. Als pragmatische Handlungsansätze wurden u.a. genannt: Lebensmittelgut-scheine abkaufen, regelmäßige Kontakte zu Heimen, Frauenflüchtlingshäuser initiieren und Netzwerke mit anderen Städten bilden. Die Referentin kam aus

## Kein Vergessen!

## Solingen davor und danach



### ZU BESTELLEN

Broschüre, 40 Seiten DIN A4  
Preis: 6,00 DM. Zu beziehen über:  
Solinger Appell,  
Werwolf 47 a,  
42651 Solingen.

### Dokumentation des Solinger Appells

der AG gegen internationale rassistische und sexuelle Ausbeutung — agisra.

Im Workshop „Rechtsextremismus im Wahljahr 1994“ (Referent von der VVN/BdA) wurde die Vernetzung rechtsextremer Parteien sowohl mit terroristischen Neonazis als auch mit rechtskonservativen Kreisen beleuchtet. Es ist zu befürchten, daß sich die Rechts-extremisten stärker zusammenschließen. Der Sozialabbau fördert die Bereitschaft, rechten Parolen zu folgen. Von den Gewerkschaften wird dem zu wenig entgegengesetzt. Als Strategie gegen Rechts werden Koordinationsstellen auf lokaler Ebene, stärkere Zusammenarbeit linker und demokratischer Kräfte, die Bekämpfung von neofaschistischer Literatur und der Zusammenarbeit von etablierten Parteien mit den Republikanern empfohlen. Offene Briefe gegen die Zulassung rechtsextremer Parteien, Verhinderung der Vermietung von Werbeflächen und Räumen an NeofaschistInnen sowie Aufklärungsarbeit und die finanzielle Unterstützung antifaschistischer Gruppen wurde beispielhaft für Forderungen an die Kommunalpolitik genannt. Es wurde festgestellt, daß es notwendig ist, stärker zu agieren als zu reagieren: Ein positiver Gegenentwurf sollte geschaffen werden.

Im Workshop „Neofaschismus“ referierte die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe. Schwerpunkt war die Definition des Faschismusbegriffes und die Unterscheidung zwischen bürgerlicher und faschistischer Herrschaft. In der Diskussion wurde die Schere zwischen Anspruch und Realität, die auch in der autonomen Linken klafft, thematisiert. Auch autonome Strukturen sind weitgehend „weiß“, es gibt teilweise Macho-Strukturen. Es wurde festgestellt, daß es wichtig bleibt, das, was wir wollen, auch ein Stück zu leben. Der Versuch, in der direkten Aktion anders miteinander umzugehen, ist entscheidend. Weiterhin wurde das Verhältnis von Staat und faschistischen Gruppen diskutiert. Sind letztere immer noch Helfershelfer des Staates oder haben sie inzwischen eine Eigendynamik entwickelt, die dem Staat über den Kopf wächst und die bürgerlichen Parteien veranlaßt, durch eine Rechtsverschiebung der Programme die WählerInnen wieder an sich zu binden?

Die anderen Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit den Themen:

- Grundrechte und Asylgesetzgebung
- Kunst und Rassismus
- Antisemitismus heute
- Jugend und Gewalt
- Die Rolle der Medien
- Sozialpsychologische Hintergründe von Rassismus
- Militarismus und Rechtsradikalismus
- Rassismus in der Festung Europa
- Rassismus in Erziehung und Schule
- Christliche Kirche — was tun?
- Betrieb, Gewerkschaft — was tun?
- Politik — was tun?
- Bevölkerungspolitik und Rassismus
- Rassismus und deutsches Großmachtsstreben

Die ReferentInnen kamen von ISD (Initiative Schwarze Deutsche/Schwarz in Deutschland lebende), Deutsches Jugendinstitut, IG Medien, VVN-BdA, DFG/VK, AG Kritische Wissenschaft der Uni Wuppertal, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Publik Forum, autonome L.U.P.U.S. Gruppe, AG gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung e.V. (agisra), Rhein/Main Ratten gegen Gen- und Reproduktionstechnologien und es referierten profilierte Einzelpersonen wie z.B. Horst Eberhard Richter und Thomas Ebermann.

Am Sonntag sprach nach einem zusammenfassenden Bericht aus den Workshops Prof. John Galtung.

Auf der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten VertreterInnen der verschiedenen Gruppierungen. Von einem türkischen Teilnehmer wurden die Deutschen aufgefordert, die MigrantInnen als Menschen ernst zu nehmen und nicht nur als Objekte ihrer Politik zu sehen. Auch bei MigrantInnen gebe es Faschismus und Rassismus. Eine Teilnehmerin berichtete von der Schwierigkeit „schwarzer“ Frauengruppen, die oft wegen des versteckten Rassismus lieber mit „schwarzen“ Männern zusammenarbeiten als mit „weißen“ Frauen. Probleme der Zusammenarbeit zwischen Autonomen, die ein militantes Verhindern von Naziveranstaltungen für notwendig halten und Gruppen z.B. aus dem kirchlichen Bereich wurden thematisiert. Das direkte Gespräch zwischen diesen Gruppen brachte natürlich keinen Konsens, kann aber zum Abbau von „Feindbildern“ beitragen. Es zeigte sich, wie ungeklärt die Frage ist, wie wir uns gegen faschistischen Terror schützen sollen, wo es der Staat offensichtlich nicht für nötig hält.

Der Beitrag eines Teilnehmers aus dem Publikum vom Münchener Bündnis gegen Rassismus machte deutlich, wie zugespitzt die politische Lage heute schon ist. Neben den anhaltenden Morden an MigrantInnen gibt es heute wieder Sammellager und Abschiebekäste. Er berichtete von einem Abschiebeknast auf dem Münchener Flughafen mitten in der Lärmschutzzone 1 — ein Beispiel für praktizierte Folter.

Ein Beitrag des Vertreters der VVN sollte zu denken geben. Er sagte sinngemäß, wenn wir damals gewußt hätten, wie gefährlich der deutsche Faschismus ist, hätten wir mit allen Gegnern des Faschismus zusammengearbeitet.

Der Kongreß brachte vielen TeilnehmerInnen neue Gedanken und Anregungen und war ein notwendiger Beitrag zu einer verstärkten Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppierungen.

Eine weitere Broschüre mit den Referaten und Protokollen aller Workshops wird derzeit erstellt und kann beim Solinger Appell bestellt werden: Werwolf 57a, 42651 Solingen, Fax 02 12/1 24 04.

— (mls)

### BAD RAPPENAU

## Grünalternativer Wahlkampf gegen Schwarzbraun

Klaus Harder (Bild) ist linker Gewerkschafter, seit Jahren Betriebsratsvorsitzender der Vulpius-Klinik und seit 1989 einziger Stadtrat der Grünalternativen Liste (GAL). Wir sprachen mit ihm über den Ausgang der Bürgermeisterwahlen. — (Jom/Kommunaler ALLtag Heilbronn)



■ Klaus, warum hast Du kandidiert?

Ja, es waren mehrere Gründe. Zum einen sah es bis kurz vor Ende der Bewerberfrist danach aus, daß außer dem Amtsinhaber, dem CDU-Landtagsabgeordneten Gerd Zimmermann, nur der NPD-Bundesvorsitzende Günther Deckert kandidieren würde. Die SPD hat keinen Kandidaten gestellt. Der Gedanke wäre unerträglich gewesen, daß ein Rechter mit einem Rechtsradikalen kandidiert. Dies war der eine Grund, hier als Opposition beiden entgegenzutreten. Der zweite Grund war der, daß Wahlen auch im Vorfeld der nächsten Kommunalwahlen im Juni 1994 eine gute Möglichkeit sind, eigene Forderungen und Themen bekannt zu machen und die Standpunkte der Gegner zu kritisieren. Der dritte Grund war die Kandidatur des NPD-Vorsitzenden Deckert. Es ist heute enorm wichtig, dem Programm des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit auch mit Standpunkten und Personen entgegenzutreten.

■ Konntet Ihr diese Ansprüche im Wahlkampf umsetzen?

Es hat sich rasch gezeigt, daß wir als GAL bei diesem Wahlkampf eigentlich nur gewinnen konnten. Das wurde klar, nachdem die Kandidatur über die Presse bekannt gemacht wurde, und wurde spätestens ganz deutlich mit der öffentlichen Bewerbungsvorstellung. Diese war verbunden mit einer Aktion gegen den Auftritt des NPD-Vertreters Deckert. Es wurden seitens der GAL Flugblätter verteilt, die aufriefen zum Widerstand gegen Deckert, und die GAL hat im Saal diese Rote-Karte-Aktion durchgeführt.

Es war dann ziemlich spannend. Zunächst hat der Amtsinhaber Zimmermann gesprochen. Deckert war noch gar nicht anwesend. Und kurz vor Ende der Redebeiträge von Zimmermann kam dann Deckert. Er hat gesprochen, es haben sich dann Leute mit einem Transparent vor die Bühne gestellt: „Wir wollen keine Nazis in Bad Rappenaun“. Es gab kleinere Tumulte. Es haben einige die Rote-Karte-Aktion unterstützt; auch wenn es nicht viele waren. Es hat eine gute Außenwirkung über die Presse gehabt. Das war mit das Entscheidende. Durch meine Rede dort war auch spätestens seit dem Zeitpunkt klar, daß es mit meiner Kandidatur nicht um einen bunten Tupfer im Reigen dieser Außenseiterkandidaten ging, sondern auch in der Presse ist es so bewertet worden, daß es hier um eine Gegenkandidatur gegen den Amtsinhaber geht.

■ Wie hat sich die SPD während des Wahlkampfes verhalten?

Die Kandidatur wurde bekannt bei einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung, und da war es so, daß Teile der Fraktion sofort auf mich zugegangen sind und es begrüßt haben, daß ich kandidiere. Andere haben sich da zurückgehalten. Der SPD-Ortsvorstand hat mir daraufhin angeboten, auf der Titelseite des „Roststiftes“, der ortseigenen Zeitung der SPD, ein Interview zu machen. Dieses Interview wurde dann ein paar Tage später durchgeführt und auch in einer Auflage von 6000 verteilt. Nach diesem Zeitpunkt, und das ist zusammengefallen mit der öffentlichen Bewerbungsvorstellung, ist die SPD zurückhaltender geworden. Es gab dann kaum noch Kon-

### Stadt Köln weist Jugendlichen aus

Köln. Der aus Mazedonien stammende 19jährige Mustafa S. erhielt am 6. 12. vom Ausländeramt Köln die Aufforderung, die Bundesrepublik binnen drei Tagen zu verlassen. Der 1975 in Köln geborene Mustafa lebt seit 1989 bei seinem Vater. Dieser arbeitet seit 21 Jahren bei KHD. Aus Krankheitsgründen nahm die Mutter die Möglichkeit der Familienzusammenführung nicht wahr. Mustafa, der schon eine Lehrstelle in Aussicht hatte, wird jetzt ausgewiesen, obwohl er wahrscheinlich sofort zum Wehrdienst eingezogen wird. Mustafas Lehrerin wandte sich bereits im Juni 1993 an den Petitionsausschuß des Landtags. An den Innenminister wurde eine Eingabe gemacht. Beides wurde bis heute nicht beantwortet. Stattdessen jetzt die Ausweisungsverfügung der Stadt Köln, Begründung: durch Mustafas Anwesenheit „werden Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt“ (!) — (u.b.)

### WK-II-Deserteur: Dienstaufsichtsbeschwerde bei Rüge

Mannheim. Der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann hat bei Minister Rüge eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Standorttesten der Bundeswehr in Mannheim, Oberstleutnant Schneider, eingereicht. Er bezieht sich dabei auf dessen Verhalten während der Feierstunde zum Volkstrauertag auf dem Hauptfriedhof — in Mannheim fand diese zum vierten Mal in entmilitarisierter Form statt. Als am Soldatenehrenmal der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und die vierköpfige Delegation der Bundeswehr ihre Kränze niedergelegt hatten, trat, dem offiziellen Programmablauf folgend, Baumann ans Mikrofon, um der toten Deserteure zu gedenken. In diesem Augenblick verließen die vier Soldaten unter Führung von Schneider den Platz und begaben sich in Richtung des KZ-Ehrenmals, wo anschließend noch der KZ-Opfer gedacht werden sollte. Später zur Rede gestellt,

gab Schneider an, er habe die Ehrung der Deserteure als Diffamierung der Soldaten der Wehrmacht empfunden. Baumann hierzu in seiner Beschwerde: „Nun fühle ich mich nicht befugt, anderen Soldaten der Wehrmacht eine Schuld zuzusprechen oder anders gefragt: Wer konnte denn bei dem Grauen dieses Krieges ohne Schuld bleiben? (...) Wenn die Bundeswehr in Mannheim aber nur die toten Soldaten ehren will, welche Hitlers Krieg mitgemacht haben, und unseren Toten demonstrativ diese Totentrauer verweigert, so ist dieser Skandal für die Angehörigen der Opfer und uns wenigen Überlebenden eine tiefe Demütigung.“ — (tht)

### Waigel rechnet mit den REPs

München. Was nach Gauweilers OB-Wahlkampf sich schon abzeichnete, wird nun immer offensichtlicher. Die CSU will einen strammen rechten Wahlkampf führen. Bei einer CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth nannte Waigel unter anderem das Ausländer- und Asylproblem. Die Frage der nationalen Identität und die „Angst vor Überfremdung“ sollen als „harte Themen“ im Wahlkampf herausgearbeitet werden. In der *Süddeutschen Zeitung* vom 6. Dezember schreibt Hans Holzhaider: Den Vorhalt, daß die CSU mit einer besonderen Betonung der Ausländer- und Asylpolitik im Wahlkampf Wasser auf die Mühlen der rechtsradikalen Parteien schütze, wies Waigel zurück. Wenn Herr Schönhuber zufällig mal sagen sollte, daß zwei mal drei sechs ist, kann ich nicht umhin, ihm zuzustimmen“, sagte Waigel. — (dit)

### Versicherungen: Aktionen gegen das 2%-Angebot

Hamburg. 2 % ab 1. 2. 94 bei insgesamt 15 Monaten Laufzeit lautete das letzte Angebot des Arbeitgeberverbandes Versicherungen am 30. 11. 93. Für die Monate November, Dezember 93, die Sonderzahlungen zum Jahresende sowie Januar 94 wurden insgesamt 600 DM geboten. Die Arbeitgeberseite bewegte sich of-



Die Zeitung wurde verteilt, das war klar, aber es wurde der SPD dann schlagartig klar, welche Dimension ihr Fehler gehabt hat, dort keinen eigenen Kandidaten zu stellen. Ein Teil war wohlwollende Unterstützung. Es gab dann noch interessante Diskussionen. Ich wurde zum Beispiel zum SPD-Seniorenrat eingeladen. Das war eine sehr gute und wichtige Diskussion. Überhaupt hat es für die politische Kultur am Ort einiges gebracht, daß einfach über Jahre gewachsene Fronten aufgeweicht worden sind und Gespräche möglich waren.

Wie sind die Wahlen ausgefallen?

Zimmermann hat mit 71,4 % gewonnen, ich hab 22,1 %. Deckert hat 3,1 % bekommen und Tereba 1 % oder so was. Die Wahlbeteiligung lag knapp über 50 %. Ein Großteil der SPD-Wähler ist offensichtlich nicht wählen gegangen. Bei der Untersuchung der absoluten Stimmen wird deutlich, daß das konservative Lager zum Großteil gewählt hat. Zimmermann hat 1000 Stimmen mehr bekommen im Vergleich zur Landtagswahl vor eineinhalb Jahren. Ich gehe davon aus, daß das im wesentlichen die Stimmen sind, die damals die Republikaner gewählt haben.

Wieviele waren das?

Die Republikaner hatten etwa 1200 Wähler, die NPD hatte 66. Zimmermann hat jetzt 4400, also 1000 mehr als bei der Landtagswahl. Ich gehe davon aus, daß von den knapp 1300 REP- und NPD-Wählern zweihundert Deckert gewählt haben, der braune Bodensatz der Rechten. Der Rest hat in großer Zahl Zimmermann gewählt.

Von den vergangenen Wahlen nun zu den zukünftigen. Hat die GAL in Bad Rappenau ihre Liste zu den Kommunalwahlen bereits beschlossen?

Wir sind dabei. Es spricht viel dafür, daß wir eine Liste hinbekommen. Wir wollen eine Liste, die es uns auch ermöglicht, die Zahl der Sitze von bisher einem auf drei zu steigern. Das ist unser erklärtes Ziel, um damit Fraktionsstärke zu erreichen, was nicht auszuschließen

ist. Wir haben nicht einfach nur die herrschende Politik punktuell kritisiert, wir sind dabei, auch von der inhaltlichen Seite her ein gesamtes Konzept für eine andere Stadtpolitik zu entwickeln. Das sind mit die besten Voraussetzungen, in diese Wahlen erfolgreich einzusteigen. Mit drei Sitzen müßte es möglich sein, bei der Gesamtkonstellation des Gremiums (CDU 15 Sitze, SPD 12, GAL 1) die absolute Mehrheit der CDU zu brechen. Das geht natürlich nicht allein mit uns. Wenn man sich aber mit der SPD darauf einigen kann, daß dies eine gemeinsame Zielsetzung sein kann für die Wahlen 1994, dann ist schon viel erreicht.

Wir bedanken uns und wünschen Euch viel Erfolg.

## NORDERSTEDT

### Kinder, Alte und Tote sanieren die Stadt!

Die Stadtvertretung hat in ihrer vorweihnachtlichen Sitzung kräftig zugeschlagen: Nach Theaterbesuchern und SchülerInnen der Jugendmusikschule müssen nun Kinder, Alte und sogar die Toten einen Beitrag zur Sanierung der durch Prestigeobjekte wie U-Bahnbau und Kulturpalast geleerten Stadtkasse leisten.

Weil man gerade so schön am Zuge war, hat man auch gleich noch die Gebühren der Abfallentsorgung erhöht.

Trotzdem: Für die Stadt sind die auf diese Weise gewonnenen Mehreinnahmen ein Tropfen auf den heißen Stein. Für die Betroffenen aber ein erheblicher Einschnitt in die Lebensbedingungen. Und Ausgleich ist kaum in Sicht: In den bevorstehenden Tarifrunden wird nicht annähernd im gleichen Maße das Einkommen gesichert werden, wie diese Stadtvertretung ihren BürgerInnen in die Taschen greift.

Zum Beispiel die neue Satzung für die Kindertagesstätten: SPD, CDU und FDP waren sich einig. Mit großer Mehrheit wurde eine neue Satzung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt beschlossen. Der bisherige Einheitssatz von 75 DM pro Kind wird ab 1. Januar

1994 von einer einkommensabhängigen Gebührenstaffel abgelöst. Die Regelgebühr für einen Ganztagsplatz beträgt dann monatlich 270 DM. Diese Regelgebühr von 270 DM für die Ganztagsbetreuung ist von Eltern zu bezahlen, deren anrechenbares Einkommen über 3000 DM liegt. Zur Festlegung dieses anrechenbaren Einkommens wird das Nettoeinkommen der Familie bei einem Zweipersonenhaushalt um einen Freibetrag von 1000 DM, für jede weitere unterhaltsberechtigte Person um 500 DM und für Alleinerziehende zusätzlich um einen Freibetrag von 250 DM bereinigt. Bei einem anrechenbaren Einkommen bis 1500 DM wird keine Betreuungsgebühr erhoben werden.

Für die Alten- und Pflegebedürftigen wird 1994 das Leben erheblich teurer. SPD und Grüne haben gegen die Stimmen von CDU und FDP in der gleichen Sitzung eine erhebliche Gebührenerhöhung für das städtische Alters- und Pflegeheim zum 1. März 1994 beschlossen. Die Verteuerung beträgt zwischen 14,4 % und 30 %. Für einen Platz müssen künftig in einem Monat DM 2659,80 bezahlt werden. Für die Pflege Klasse I sind 3515,40 DM und für die Pflege Klasse II sind 4553,90 DM aufzubringen. Wie „einfühlsam“ diese Stadtvertretung mit den alten Menschen umgeht, mag daraus zu ersehen sein, daß der Sozialausschuß beauftragt wurde zu überprüfen, ob Mineralwasser den alten Leuten werden gereicht werden darf, ohne dafür extra zu kassieren.

Weiter hat die Stadtvertretung mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen eine Anhebung der Gebühren auf den kommunalen Friedhöfen Friedrichsgrube, Glashütte und Harksheide um durchschnittlich 8 % beschlossen. Die Gegenstimmen der SPD rühren daher, daß sie eine Erhöhung von 20 % gefordert hatte. Danach belaufen sich beispielsweise die Bestattungskosten in einem Grab auf 486 DM statt bisher 450 DM. Zugleich mit der Gebührenerhöhung wurde beschlossen, gärtnerische Pflege der Anlagen und Gräber auf diesen städtischen Friedhöfen möglichst von privaten Firmen verrichten zu lassen.

Was hier berichtet wird, geschieht derzeit landauf und landab. Bestürzend bleibt die mitleidslose Unverfrorenheit aller vier Parteien. — (hel)

# Chemie in der Schlichtung

Nächste Verhandlungen am 10. Januar

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat am Ende der dritten Verhandlungsrunde für die 137000 Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie im Bezirk Nordrhein das Scheitern der Tarifverhandlungen erklärt. Am 10. Januar 1994 werden jeweils drei Vertreter von Unternehmen und Gewerkschaft in einer Schlichtungsrunde tagen. In der Chemieindustrie gibt es keinen unabhängigen Schlichter. Ergebnisse müssen mit Mehrheit beschlossen werden und können dann sofort in Kraft treten.

Die Chemiekapitalisten hatten erneut einen für sie „kostenneutralen“ Tarifabschluß gefordert. Nach mehreren Nullmonaten — der Chemietarif im zum „Pilotbezirk“ ausserkorenen Nordrhein ist seit dem 1.11. offen — wollten sie Lohnsteigerungen vereinbaren, die durch Kürzung anderer tariflicher Leistungen „ausgeglichen“ werden sollten. Die IG Chemie, die in allen Tarifbezirken eine Erhöhung der Entgelte in Höhe der Inflationsrate sowie Vereinbarungen über Beschäftigungsgarantie verlangt, spricht zurecht von einer Provokation.

Die Forderung nach Ausgleich der Preissteigerungsrate ist in vielerlei Hinsicht unbestimmt. Erstens sichert eine Erhöhung der Bruttolöhne um die Inflationsrate nicht Kaufkraft und Lebensstandard, denn die Steuerprogression mindert den Prozentsatz der Nettolohn-erhöhung und die Erhöhung der Versicherungsbeiträge (Renten, Pflege) senkt den Nettolohn direkt. Zweitens stellt sich nach dem letztjährigen Abschluß von 5,1 Prozent auf 16 Monate die Frage, welche Preissteigerungsrate denn in Anschlag zu bringen ist? Ist der Kaufkraftverlust der letzten 16 Monate zu berechnen? Oder doch nur der des letzten Jahres von knapp vier Prozent? Und drittens bringt jetzt das für Tarifpolitik zuständige Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Chemie, Hans Terbrack, als Größe die voraussichtliche zukünftige (!) Preissteigerungsrate für 1994 von 3,0 bis 3,5 Prozent ins Gespräch und deutet an, daß die IG Chemie nicht um Zehntelprozente feilschen wolle.

Wenn somit die tatsächliche Sicherung des Lohnstandards als Ziel in weite Ferne gerückt ist, bleibt als Ziel dieser Tarifrunde Schadensbegrenzung. Hier hatten sich die zuständigen Gremien der IG Chemie in frischer Erinnerung des letzten Tarifvertrags 1992/93 mit 16-monatiger Laufzeit frühzeitig festgelegt gegen Nullmonate, gegen eine längere Laufzeit als 12 Monate und gegen Tariföffnungs-klauseln. Bleibt zu hoffen, daß diese Positionen Bestand haben. Denn es besteht wirklich kein Grund, den Chemiekapitalisten, die vor ein paar Wochen gerade wegen der 16 Monate Laufzeit die tarifliche Jahresleistung (13 Monatslohn) nur in gleicher Höhe wie in 1992 zahlen mußten, beispie-

weise mit Nullmonaten entgegenzukommen.

Zur Begrenzung von weiterem drohenden Arbeitsplatzabbau fordert die IG Chemie, bestehende Möglichkeiten des Manteltarifvertrages zur Beschäftigungssicherung zu nutzen. Die Chemiekapitalisten konnten nicht wie im Metallbereich demonstrativ bestehende Tarifverträge beispielsweise über Jahresleistung und/oder Urlaub bzw. Urlaubsgeld kündigen, weil hier die Verträge bis Ende 1997 festgelegt sind. Die IG Chemie hat allerdings ihre Bereitschaft erklärt, im Rahmen der bestehenden Verträge unterschiedliche und flexible Arbeitszeiten zuzulassen. Als mögliche Punkte wurden angesprochen:

- \* Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit für bestimmte Arbeitnehmergruppen um maximal 2 Stunden ohne Lohnausgleich (von 37,5 auf 35,5 Wochenstunden) gemäß den Möglichkeiten des MTV (nur durch Betriebsvereinbarung möglich)
- \* Ausgleich von anfallender Mehrarbeit in Freizeit
- \* Prüfung und stärkere Nutzung von Kurzarbeit oder Teilzeitarbeit, um Beschäftigtenabbau zu verhindern
- \* Forcieren betrieblicher Weiterbildungsmaßnahmen
- \* Übernahme der Auszubildenden mit zu vereinbarenden, ggf. abweichenden Arbeitszeiten.

Die IG Chemie drängte hier bei der dritten Verhandlungsrunde im Bezirk Nordrhein auf eine verbindliche Absprache, die einen zusätzlichen Arbeitsplatzabbau weitestgehend ausschließt. Es ging dabei nach Gewerkschaftsangaben um einen Katalog von Maßnahmen, die dann je nach Bedarf in den Unternehmen von den Betriebsräten und Unternehmensführungen umgesetzt werden könnten. Die Chemiekapitalisten erklärten unter der Bedingung der „Kostenneutralität“ Verhandlungsbereitschaft. Trotz erfolgter „Annäherung“ in einigen Punkten, so heißt es bei der IG Chemie, seien die Arbeitgeber nicht zu verbindlichen Absprachen bereit gewesen.

Werner Bischoff, Verhandlungsführer der IG Chemie in Nordrhein, betonte gegenüber der Presse, das „Angebot“ der Chemiearbeitgeber sei eine Zumutung. Die Arbeitgeber müßten daran erinnert werden, daß Sozialpartnerschaft keine Einbahnstraße sei. „Eine Nullrunde kommt mit uns nicht in Frage.“ Es ist höchst unwahrscheinlich, daß der Appell an die Sozialpartnerschaft fruchtet in einer Tarifrunde, in der auch die Chemiekonzerne trotz vorhandener Gewinne und hoher Dividenden Breschen schlagen wollen in erkämpfte Standards bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. Die IG Chemie muß mit einem Scheitern der Schlichtung rechnen, wenn sie einen erträglichen Tarifabschluß durchsetzen will. — (mio)

fenbar auf einer Leitlinie der bundesdeutschen Arbeitgeberverbände, keinen Millimeter über 2 % zu gehen, und bewegte sich in 10 Stunden „Verhandlung“ nicht einmal um ein zehntel Prozent. Während die HBV dies „Angebot“ schließlich einstimmig zurückwies, die Verhandlungen für gescheitert erklärte und der DAG empfahl, auch auszusteigen, nahm die DAG das Diktat mit der denkbar knappsten Mehrheit an (12 : 10 Stimmen in der Tarifkommission) und unterschrieb einen der schlechtesten Tarife des ganzen Jahres 1993. (Dieser neue Tarif gilt jetzt für DAG-Mitglieder.) Mit Sonder-Betriebs-

versammlungen und Kundgebungen haben die Beschäftigten einiger Betriebe gezeigt, daß die Tarifrunde nicht zu Ende ist. Ob mehr als der DAG-Abschluß erreicht wird, hängt von der Stärke der kommenden Aktionen ab. — (res)

### Stadt. Haushaltsloch — RWE schwimmt im Geld

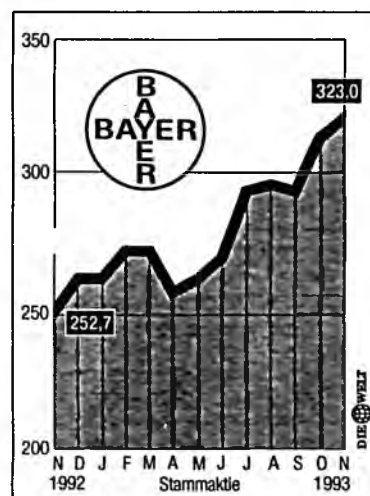
Essen. Mit den Stimmen der SPD-Mehrheit hat der Essener Stadtrat am 8. Dezember den Haushalt für 1994 verabschiedet. Die IHK polemisierte gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer und forderte eine schärfere Kürzung sozialer

Leistungen, um das Defizit von 237 Mio. DM zu decken. Das Forum Soziale Stadt Essen, ein Zusammenschluß von Selbsthilfegruppen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften, wies dagegen bei einer Pressekonferenz auf den ohnehin immer krasserem Gegensatz zwischen Arm und Reich hin. Die Gewinne allein des RWE, des größten Essener Konzerns, betrugen im letzten Geschäftsjahr ein Vielfaches des Haushalts-Defizits. In Zahlen: Der ausgewiesene Konzernüberschuß nach Steuern stieg im Geschäftsjahr 1992/93 auf 881 Mio. DM, der cash-flow, die flüssigen Mittel, lag bei 7,349 Mrd. DM! — (wof)



Stuttgart. Rund 4000 Menschen demonstrierten am 4. 12. gegen das Verbot der PKK und der kurdischen Kulturvereine. Auf der Kundgebung wandten sich u. a. der Sprecher des baden-württembergischen AK Asyl, Werner Baumgarten, und Gerhard Dürr, SPD-Stadtrat und Mitglied im Ausländerausschuß, gegen das Verbot und forderten die Bundesregierung auf, ihre Unterstützung für die Türkei einzustellen. — (rac)

Der Bayer-Konzern ist größter Käufer der Ware Arbeitskraft im Chemie-Bereich Nordrhein. Nach immensen Gewinnsteigerungen in den 80er Jahren hält sich Bayer auch in der sog. Rezession glänzend und läßt die beiden anderen IG-Farben-Nachfolger Hoechst und BASF mit einem Gewinn vor Steuern von über 1,8 Milliarden DM in den ersten drei Quartalen 1993 (minus 19 % — 1992 über 2,2 Mrd. DM) weit hinter sich. Der entscheidende Unterschied liegt im florierenden Sektor Gesundheit (Pharma) und im vergleichbar besseren Pflanzenschutzgeschäft. Hinzu kommt, daß die Ausgaben für Forschung und Entwicklung jahrelang stets über denen der Konkurrenten lagen. Die aktuell höheren Gewinne sind zudem Ergebnis des scharfen Rationalisierungskurses, den der Bayer-Vorstand gegen die Belegschaft fährt. Kosteneinsparungen von 750 Mio. DM seit Jahresanfang insbesondere auch durch Abbau von 6900 Arbeitskräften weltweit verdanken die Aktionäre die voraussichtliche Beibehaltung des Dividendensatzes von 11 DM pro 50-DM-Aktie und steigende Aktienkurse. Obwohl klar ist, daß Bayer überproportionale Gewinne einfahren wird,



sobald die Auftragslage sich bessert, obwohl die Nettoverschuldung um 55 Prozent auf 846 Mio. DM abgebaut werden konnte und obwohl die Liquidität hervorragend ist, will Bayer 1994 nochmal 1500 der zuletzt 153200 Stellen abbauen. Tarifierhöhungen zahlen will auch Bayer wenn möglich nicht.

## Kurz berichtet

## Nun auch Berliner „Gehälter-Affäre“?

Klammheimlich haben sich die drei Ostberliner Senatoren Christine Bergmann (SPD), Thomas Krüger (SPD) und Peter Luther (CDU) eine deftige Gehaltserhöhung genehmigt. Aus „Solidarität mit ihren ostdeutschen Landsleuten“ hatten sich die drei bisher freiwillig mit 80 Prozent von immerhin rund 200 000 DM Jahresgehalt eines West-Senators (bzw. rund 220 000 DM für Bürgermeisterin Bergmann) begnügt. Seit 1. Juli dieses Jahres erhalten sie die vollen 100 Prozent.

Die übrigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dürfen noch ein bißchen länger warten.

Übrigens: Eine im Juli 1991 beschlossene Kürzung der Gehälter um 5 Prozent wurde nie umgesetzt. Die Senatoren (West) verzichteten dafür eineinhalb Jahre auf Tarifierhöhungen; dieses „Gesetz zur Festschreibung der Amtsbezüge“ lief Mitte des Jahres aus, eine Verlängerung wurde von den Senatoren nicht gewünscht. Stattdessen wird das Dieppen-Kabinett wieder voll in das bundesweite Tarifgefüge eingegliedert, konkret: Die Bezüge der Westsenatoren steigen ab 1.1.94 um 11 % und das Gehalt des Regierenden um 9 %.

Nach Auskunft des Senatssprechers ist „rechtlich alles in Ordnung“. Das haben Münch & Co. auch immer gesagt. Quellen: Tagesspiegel, 5.12. und 7.12. — (har)

## Große Mehrheit gegen Regierungsumzug

Eine repräsentative Umfrage in den alten Bundesländern hat ergeben, daß 69,8 Prozent der Befragten gegen einen Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin sind. Dabei findet sich diese Mehrheit gegen einen Umzug in allen statistischen Untergruppen wie Alter, Bildung, Einkommen oder Parteizugehörigkeit. Insbesondere die 25- bis 34-Jährigen sowie Wähler von SPD und Grüne gehören zu den Ablehnenden; auch bei CDU/CSU-Wählern gibt es doppelt so viele Gegner wie Befürworter. Lediglich in Westberlin überwiegen mit 67,1 Prozent die Befürworter. — (har)

## Ostverlage ohne Autorenrechte?

Nach Auffassung westdeutscher Verlage hat die DDR über Jahre hinweg Lizenzbetrug begangen. Verlage wie Kiepenheuer & Witsch oder S. Fischer klagen deshalb gegen ostdeutsche Verlage auf Entschädigung. Das Berliner Landgericht prüft nun, ob die ehemaligen SED-eigenen Verlage zu Recht in GmbHs mit Rechts- und Haftungsnachfolge umgewandelt wurden. Folge wäre zwar einerseits, daß nicht sie für Entschädigungen aufkommen müßten, sondern das Sondervermögen der Treuhand. Andererseits würde dies gleichzeitig bedeuten, daß alle ostdeutschen Verlage keine Autorenrechte aus der Zeit vor dem 3.10.1990 mehr besitzen würden und somit seit diesem Datum nur noch Raubdrucke produziert hätten. — (har)

## GBM gegen politische Strafverfolgung

Der Vorsitzende der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“ (GBM), Prof. Wolfgang Richter, teilte Anfang Dezember 1993 auf einer Pressekonferenz in Berlin mit, daß die auf Initiative von Pastor Dr. Dieter Frielinghaus und Prof. Fritz Vilmar im Herbst 1993 an Persönlichkeiten und Parlamente im In- und Ausland übersandte Erklärung „Gegen politische Strafverfolgung und Diskriminierung“ u. a. von den Schriftstellern Dieter Lattmann und Martin Walser, dem Germanisten Gilbert Badia (Frankreich), den Theologen Maria-Klemm-Herbers (Schweiz) und Friedrich Schorlemmer, zahlreichen Rechtsanwälten und dem Maler Willi Sitte unterstützt wird. Die bisher eingegangenen Antworten offizieller Stellen des Bundes und der Länder verdeutlichen, daß es keinen Verzicht auf eine politische Strafverfolgung in Ostdeutschland geben wird. Nach Einschätzung der GBM wird das das Zusammenwachsen Ost- und Westdeutschlands in erheblichem Maße behindern. Eine „Versöhnung“ werde durch den erklärten Willen der Regierenden sehr erschwert, wie das auch das Urteil im Prozeß gegen Markus Wolf zeige. — (abe)

## Prechtel „mistet Augiasstall“ in Mecklenburg aus

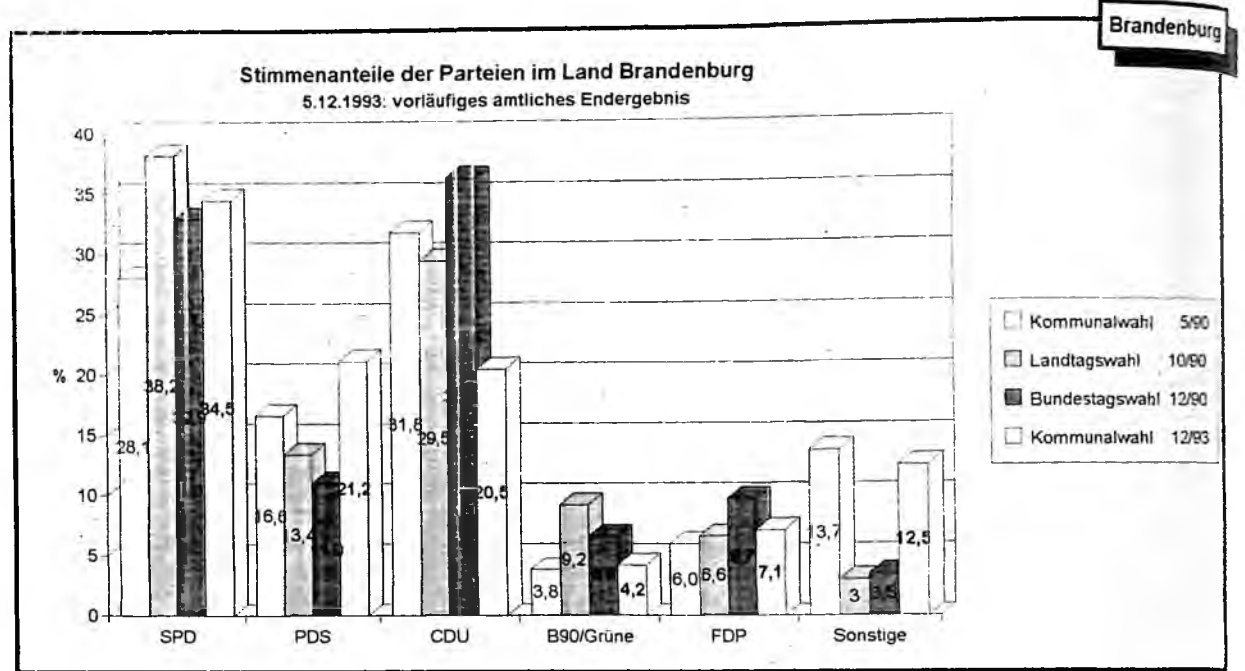
Generalstaatsanwalt Prechtel, von der Bundesanwaltschaft aus Karlsruhe, wo er eine Zeitlang Sprecher von Ex-Generalbundesanwalt war, nach Mecklenburg importiert, will in Mecklenburg-Vorpommern einen „Augiasstall“ ausmisten.

Er leitete bisher 2000 Ermittlungsverfahren gegen frühere DDR-Funktionsträger ein. In 1000 Fällen wird gegen ehemalige Richter und Staatsanwälte wegen „Rechtsbeugung“ ermittelt. Im öffentlichen Dienst wurde politisch gesäubert, indem die frühere DDR-Bürokratie abgebaut werden sollte. Von Oktober 1990 bis März 1993 wurden in Ministerien und Behörden fast 18 000 Dienst- und Beschäftigungsverhältnisse beendet.

Dafür wurden 56 722 neu begründet bzw. fortgesetzt. Dazu zählen rund 3000 Beamte und Angestellte, die aus den alten Bundesländern „abgeordnet“ und in den Staatsdienst eingestellt wurden. Sie besetzen vor allem die Spitzen der Landesbürokratie. Eine neue (alte) Elite wurde installiert.

Diese Feststellungen wurden auf einer Rechtskonferenz der Landtagsfraktion Linke Liste/PDS getroffen. Juristisch erfolgreich gegen politische Diskriminierung vorzugehen, forderten einige Teilnehmer der Konferenz und wiesen dabei Erfolge nach. Gegen einen Kabinettschluß der Landesregierung, nach dem 4279 Lehrern gekündigt wurden, haben etwa 2000 geklagt. Die „Erfolgsquote“ des Kultusministeriums in den Prozessen sei bescheiden, obwohl sie das Land bisher fast 700 000 DM kosteten. Von 5300 Kündigungsklagen hat die Regierung bisher nur 159 gewinnen können. Viele Verfahren würde man durch Vergleiche ab-, töten.“

Quelle: Neues Deutschland, 26. November 1993 — (abe)



## Die PDS Brandenburg ist „Gut's Mut's“ und bringt Kompetenz

## Nachbetrachtung zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Brandenburg

Brandenburg wählte gleichzeitig mit den haupt- und nebenamtlichen Bürgermeistern die Gemeindevertretungen und Kreistage, so daß der in Demokratie „ungeübte“ Brandenburger auf drei Wahlzetteln insgesamt sieben Kreuze machen mußte.

Die SPD ging als Sieger aus den Kommunalwahlen hervor. Überraschungszweiter wurde die PDS, die die CDU auf den dritten Platz abrutschen ließ und z. B. auf Anhieb mit 19 Bürgermeistern in die Rathäuser einzieht. Die CDU verlor in allen Teilen des Landes Wähler, sowohl in den Städten als auch auf dem flachen Lande. Auswertungen belegen, daß 25 % ehemaliger Wähler der christlich-demokratischen Partei lieber den zweiten Advent zu Hause feierten und 15 % vorzogen, nun die sozialdemokratische Variante der etablierten Parteien zu wählen. Von den übrigen Bewerbern wurden Stimmengewinne örtlich begrenzt erreicht (Bauernverbände mit über 10 %).

Von den in der Statistik unter „Sonstige“ rangierenden rechten Parteien sind detaillierte Ergebnisse offiziell nicht ausgewiesen worden. Stolpe meinte, daß die rechte Gefahr für das Land Brandenburg nicht existiere, sondern sich alles im „demokratischen Rahmen bewege“. Ja, nur nicht in der Stadt Cottbus, wo der Vertreter der „Deutschen Alternative“, Frank Hübner, 1489 Stimmen, also 2,75 % der gültigen Stimmen, erhielt. Dahinter verbirgt sich ein gefährliches Potential, denn wer seine Stimme einem Nazi gibt, will, daß seine Partei mehr zu sagen bekommt. In der Gemeinde Peitz (nahe Cottbus) gelang es einem Kandidaten der rechtsextremen „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, ein Mandat im Gemeinderat zu erringen. Bisher das einzige in Brandenburg!

Bei näherer Betrachtung sind die Kommunalwahlen in Brandenburg nicht die ersten Wahlen mit Testcharakter. Der Vergleich mit den Kommunalwahlen vom Mai 1990, die noch vor der Währungsunion, vor dem Abschluß des Staatsvertrages usw. stattfanden, hinkt. Richtiger ist schon ein Vergleich mit den Landtagswahlen im Herbst 1990. Werden sie zur Grundlage genommen, so „verlor“ die SPD sogar an Stimmen, denn mit 33,5 % im Dezember 1993 erhielt sie fünf Prozent weniger als zu den Landtagswahlen im Herbst 1990 (38,2 %). Im Vergleich mit dem Herbst 1990 erhielt die PDS dagegen glatte 8 % mehr. Selbst der Vergleich zwischen den Kommunalwahlen im Mai 1990 und im Dezember 1993 bringt der PDS — in absoluten Zahlen gerechnet — rund 3000 Stimmen mehr. Bei einer Wahlbeteiligung von 59,2 % (d. h. von 1,9 Mio. Wählern gingen 1 124 800 an die Wahlurne) sind das rund 239 000 Wähler. Das spricht durchaus für eine Trendwende, wie der PDS-Landesvorsitzende Helmut Markow feststellte. Bekam die SPD zwar Stimmen ehemaliger CDU-Wähler in den Randgebieten, so konnte die PDS ihr Profil weiter ausprägen und

ihren Wählerstamm halten. Dort, wo sie bereits stark war, legte sie noch zu. Infas charakterisiert die PDS als „städtische Partei der Intelligenz, der alten Kader“. (Süddeutsche Zeitung, 7.12.93). Besonders auch in den großen Städten konnte sie ihren Wähleranteil wesentlich erhöhen. Auffällig sind die Ergebnisse der PDS im unmittelbaren Berliner Umland: In Städten wie Bernau (plus 6,4 %), Strausberg (plus 5,2 %), Oranienburg (plus 9,8 %) und Königs Wusterhausen (plus 6,9 %) erzielte die PDS Rekordergebnisse mit mehr als einem Drittel der Wählerstimmen (Strausberg 42,9 %) (Angaben aus BZ vom 7.12.93). So gesehen wird der SPD-Erfolg mit 33,5 % von Politikern und Medien überbewertet.

Der eigentliche Verlierer der Wahl in Brandenburg ist aber die CDU: Im Vergleich zu den Wahlen 1990 verbuchte sie ein Drittel Stimmenverluste. Politische Beobachter sprechen deshalb von einem Niedergang der CDU, der schon zur Landtagswahl 1990 begonnen hat.

In ersten Reaktionen von Politikern und der Öffentlichkeit breiteten sich Überraschung und noch viel mehr Ärger über das gute Abschneiden der PDS aus. Die politisch blaß wirkende neue CDU-Landtagsvorsitzende Carola Hartfelder in Brandenburg beschimpfte die Wähler, weil sie die „gewaltigen Transfersummen“ aus den Altbundesländern nach Ostdeutschland nicht honorieren würden. Auch andere Reaktionen aus der CDU/CSU-Ecke sind inzwischen bekannt: Sie reichen von rigorosen Aufforderungen an die SPD, keine Verbrüderung mit der PDS zu beginnen, bis hin zur Forderung nach dem Verbot der PDS. Erstmals in der Geschichte der BRD sehen sich Politiker einer ernsthaften linken Opposition, die von einem nicht unbedeutenden Teil der ostdeutschen Bevölkerung unterstützt wird, gegenüber. Werden die Demokratie und politische Kultur ausreichen, um mit diesem Phänomen fertig zu werden?

So verwundern auch kaum die Äußerungen des Vertreters der Bürgerbewegung der 89er DDR, Konrad Weiß (MdB, Bündnis 90/Grüne), gegenüber dem Neuen Deutschland (7.12.93) von einer politischen Katastrophe, weil die PDS die Nachfolgerin der SED ist. „Wer politisch verantwortlich gewesen ist in der SED, in den Blockparteien oder in der Staatssicherheit, darf natürlich keine Politik mehr machen. Das wäre wie nach 1945, als ehemalige Angehörige der NSDAP oder der SS wieder in Verantwortung gekommen sind“. Weiß verwechselt offenbar die DDR mit der BRD oder betreibt nicht nur bewußt Ausgrenzung und Sippenhaft, sondern will mit 89-er Einmaligkeitsanspruch den Wähler für seine Entscheidung rügen. Leute wie Weiß sind nicht fähig, die eigentlichen Ursachen für die Misere in Ostdeutschland zu erkennen.

Brandenburgs Wahl mag eine Testwahl gewesen sein. Fest steht, daß das Wählervotum nicht schlechthin Protest

darstellt, sondern näher an eine Systemkritik des Wählers herankommt, trotz Ersetzen des Trabis durch den VW oder Opel, trotz Mallorca oder Aldi und Plus. Der Brandenburger Wähler verdeutlichte, daß er sich nicht mehr demütigen lassen will und nicht mehr hinnimmt, daß Industrie und Landwirtschaft durch Kapital und Treuhand im Osten beseitigt werden. Vielleicht sieht er in der PDS die Partei und politische Kraft, die fast als einzige diesem Zerstörungskurs entgegenwirkt. Das heißt noch lange nicht, daß der Brandenburger PDS-Wähler eine „sozialistische Insel“ im alten Preußen schaffen will oder „Altkader“ von einer Wiedergeburt der DDR träumen. Es signalisiert aber sicher eine Wiedergeburt des Selbstbewusstseins und den Versuch, einer weiteren Ausgrenzung durch eine konstruktive Kommunalpolitik entgegenzuwirken.

Nicht zu übersehen ist jedoch nicht, daß der Anteil an Wählerstimmen für die PDS in traditionellen Arbeiterzentren wie Ludwigsfelde, Schwedt und Eisenhüttenstadt nicht wesentlich erhöht wurde. Nicht zu sprechen von ländlichen Gebieten, in denen die PDS kaum vertreten ist und in denen sich auch der Wähleranteil nicht verändert hat.

Die Brandenburger Wahl bleibt aber ein Zeichen — auch für andere, es gleich zu tun und sich in die weitere Gestaltung des Lebens in Ostdeutschland einzubringen und den Alltag zu bewältigen, ohne daß Systemveränderungen aktuell auf der Tagesordnung stehen.

Der Brandenburger Wähler hat pragmatisch entschieden: Er hat seine Stimmen geschickt verteilt (z. B. Wahl des parteilosen Bürgermeisters Pohl in Frankfurt/Oder mit knapp 61 % und einer Erhöhung der PDS-Stimmen von 27,1 % 1990 auf 33,9 %) und sich sowohl an Personen als auch an Listen orientiert. Die PDS-Wähler erwiesen sich „am treuesten“, denn mehr als 58 % gaben ihre drei Stimmen den Listen der PDS.

Die Wahl des Potsdamer Oberbürgermeisters wurde in letzter Minute noch durch die SPD mit der „Aufdeckung“ der Staatssicherheitsverbindung des PDS-Kandidaten Rolf Kutzmutz „bereichert“. Dieser Schlag ging voll ins Wasser, denn Kutzmutz' Wahllosigkeit war: „Mein Lebenslauf beginnt nicht erst 1989“, womit er sowohl seine Tätigkeit als ehemaliger Stadtsekretär der SED in Potsdam als auch seine schon vorher offenen gelegte Verbindung zur Staatssicherheit meinte, sich als kompetenter Kommunalpolitiker den Wählern stellte und durch sein offenes Bekenntnis eher noch an Wählerstimmen zugelegt hat.

Nicht zu übersehen ist die „Partei“ der Nichtwähler (mit 40 % die größte „Partei“). Wohin tendieren diese Wähler, die zu den Bundes- und Landtagswahlen wieder aktiv sein können? Das Brandenburger Ergebnis ist für die PDS ermutigend, sie kann „Gut's Mut's“ sein, aber überschätzen darf sie es nicht. — (abe)



Protestzug mit Fackeln: Rund 350 Kindergärtnerinnen demonstrierten Anfang Dezember in Chemnitz gegen die geplante Schließung von Einrichtungen für Kinder. Der Deutsche Städtetag, so eine nur noch zynisch zu nennende Mitteilung des Bundesinnenministeriums, hat jetzt eine Vermittlungsstelle für (im Osten entlassene) Kindergärtnerinnen eingerichtet, um diese leichter in West-Kommunen vermitteln zu können. — (sta)



# Der Buchhalter des Kalten Krieges hat gerechnet und gerichtet

Zum Urteil vom 6. Dezember 1993 gegen Markus Wolf  
ein Beitrag von Klaus Eichner

Meine Erinnerungen an den 6. Dezember in Düsseldorf sind durch zwei Elemente geprägt: Ich erlebte die preußisch-deutsche Klassenjustiz in einer Pose, in der fast vier Stunden Banalitäten hergesagt — aber doch Ungeheuerliches entschieden wurde. Aber ich erlebte auch die Zeichen der Solidarität im Gerichtssaal und vor dem Gerichtsgebäude, die das Urteil von Düsseldorf mit Rufen wie „Pfui!“ und „Schande!“ quittierten.

Der Vorsitzende des 4. Strafsenats im OLG Düsseldorf, Dr. Wagner, sich selbst als Fachmann in Staatsschutzsachen bezeichnend, war sichtlich stolz darauf, mit diesem Urteil seine Laufbahn zu krönen. Aber diese Krone, die er sich aufsetzte, besteht aus Unrecht und politischer Strafjustiz in der unseligen Tradition der preußisch-deutschen Justiz.

Dr. Wagner sah sich zu Beginn seiner Urteilsverkündung sofort gezwungen zu erklären, daß er kein politisches Urteil gesprochen habe, sondern nur die persönliche Schuld des Angeklagten nachweisen werde. Er betrachte es auch als ein starkes Stück, wenn dieser Prozeß als Rache- oder Siegerjustiz eingeordnet werde. Jedoch zeigen Inhalt und Verlauf des letzten Prozeßtages, daß Markus Wolf recht hatte, als er erklärte: „Für jeden objektiven Beobachter wurde dieser Prozeß zur Farce. Es wäre ehrlicher gewesen, namens der Gewinner der deutschen Vereinigung offen zu sagen: „Jetzt haben wir euch, nun wird die Rechnung präsentiert und ihr müßt büßen.“ Gerade aus diesen Gründen wurde versucht, die Tätigkeit der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) der DDR und ihres Leiters zu kriminalisieren. Hierzu gehören die lachhaften Bemühungen von Dr. Wagner, mit buchhalterischer Pedanterie die Finanzplanungen der HVA darzustellen, den Anteil von Markus Wolf dabei vorzurechnen und

der führenden westlichen Staaten, deren Geschichte durch Unterstützung von Staatsstreichen, Ermordung von Repräsentanten anderer Staaten (wie bei der CIA), durch massive Unterstützung von Geheimdiensten und Polizeien terroristischer Regimes (wie beim BND), durch unzählige Ermordungen politischer Gegner (wie beim israelischen MOSSAD) oder durch Sprengstoffanschläge gegen Demonstrationen zum Schutz der Umwelt (wie der französische Geheimdienst 1985 beim Attentat auf das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“) gekennzeichnet ist.

Gleich zu Beginn stellte Dr. Wagner die Standhaftigkeit des Angeklagten, der sich geweigert hatte, auch nur einen seiner Mitstreiter zu benennen oder zu belasten, dem kläglichen Häuflein jener gegenüber, die, egal aus welchen Motiven, die Angebote der Bundesanwaltschaft genutzt hatten, sich durch Offenbarungen frei- und damit ihr Gewissen zu verkaufen. Es war in der Tat so, daß Dr. Wagner seine „Beweise“ für die nachrichtendienstliche Tätigkeit von Markus Wolf, die dieser nie bestritten hatte, vorwiegend auf die belastenden Aussagen einiger Verräter stützte. Mit einer Handbewegung wurde abgetan, daß alle als Zeugen vernommenen früheren Quellen der HVA auch in diesem Prozeß für ihre Gesinnung und für ihre Entscheidung zur Unterstützung der Politik von Frieden und Entspannung eintraten.

Ja, an zwei Stellen entschlüpfte Dr. Wagner das Eingeständnis, daß die HVA Dokumente über die aggressiven Planungen der NATO, einschließlich atomarer Bedrohungen, erhalten hatte. Das hinderte ihn nicht, die friedenssichernde Tätigkeit der Aufklärung der DDR zynisch und abwertend zu kommentieren.

Der Senat wies alle Anträge der Verteidigung von Gewicht zurück. Diese hatte u. a. beantragt, ebenso wie die Generalbundesanwaltschaft Einsicht in das von der HVA archivierte Material über die Tätigkeit westlicher Geheimdienste zu erhalten, menschenrechtswidrige Praktiken der anderen Seite an Hand mehrerer konkreter Fälle zu erheben oder den Zeugen Kinkel über konkrete Aktivitäten des BND im Inland bzw. über die BND-Unterstützung für den Irak zu befragen.

Besonderes Gewicht erhält die Ablehnung des Antrags der Verteidigung, W. Schäuble und L. de Maiziere als Zeugen zu vernehmen. Diese können und wollten bestätigen, daß Vertrauensschutz und Zusagen der Strafreistellung der Tätigkeit der Auslandsaufklärung der DDR sehr wohl Bestandteil des Einigungsvertrages sind. Dieser Sachverhalt wird z. B. vom Bundesgerichtshof in mehreren Entscheidungen einfach bestritten, und der 4. Strafsenat in Düsseldorf macht sich natürlich diese falsche Rechtsauffassung zu eigen. Mit den genannten Zeugen wird bewiesen, daß die Vertreter der DDR-Seite in den Verhandlungen zum zweiten Staatsvertrag auf eine Regelung zu diesem Thema bestanden. W. Schäuble hatte Befürchtungen (vgl. auch sein Buch „Der Vertrag“, S. 268 ff.), daß auf Grund des zu erwartenden Widerstandes der SPD gegen eine solche Regelung der Einigungsvertrag nicht die erforderliche Mehrheit erreichen könnte. Er stellte daher na-

mens der Bundesregierung in Aussicht, rechtzeitig ein Gesetz zur Strafbefreiung im Bundestag einzubringen. Diese Zusage wurde auch eingehalten, die Behandlung im Bundestag jedoch durch die SPD-Führung infolge ihrer verfälschenden öffentlichen Darstellung dieses Gesetzes als allgemeine „Stasi-Amnestie“ verhindert. Trotz alledem ist diese Zusage der Bundesregierung nach grundsätzlichen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Einigungsvertrages.

Was charakterisiert den Prozeß von Düsseldorf und ähnliche Verfahren als politische Strafjustiz?

1. Weder die Verantwortlichen in der Politik, noch die Vertreter der Justiz sind bereit, die historisch einmalige Situation der Vereinigung zweier souveräner Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung mit neuen politischen Denksätzen zu bewältigen. Die gesamte Praxis der Vereinigung ist eine Fortsetzung des Kalten Krieges, wird von dieser Mentalität beherrscht. Die Weigerung des BGH und des OLG Düsseldorf, den politischen Inhalt des Art. 31 der Haager Landkriegsordnung zu erfassen — einer Regelung, die für Besiegte nach einem verlorenen Krieg gilt — und diesen Inhalt auf die aktuelle Situation zu projizieren, ist Beweis für diese Denkhaltung.

2. Mit den Verhandlungen zum Einigungsvertrag hatte die Bundesregierung faktisch die Sorgfaltspflicht der Regierung der DDR auf diesem Gebiet übernommen und eine Situation geschaffen, daß die Mitarbeiter der Auslandsnachrichtendienste in Treu und Glauben auf eine gerechte Lösung dieses Problems vertrauen konnten. Jeder Prozeß gegen sie bricht dieses Versprechen!

3. Wenn ein deutsches Obergericht, wie das KG Berlin, nun bereits zum zweiten Male prinzipielle verfassungsrechtliche Bedenken zur Strafverfolgung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit der DDR äußert und die Entscheidung des BVerfG anruft, dann kann und darf es nicht mehr in der Entscheidung der unabhängigen Justiz liegen, daß ein anderes Obergericht weiter Tatsachen schafft, die eine mögliche Richtung der Entscheidung des BVerfG vorwegnehmen. Dann ist es eine grobe Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien, wenn Dr. Wagner diese Bedenken des KG Berlin einfach als „nicht stichhaltig“ abtut.

Es ist auch rechtlich und politisch bedenklich, daß das BVerfG diese Entscheidung immer weiter verzögert.

4. Die Strafverfolgung wird vor allem auf jene Personen konzentriert, die in der DDR und besonders in der Wendezeit Hoffnungsträger für eine Erneuerung, auch der linken Bewegung waren (z. B. Modrow, Wolf). Damit sind Landesverrat oder Wahlfälschung oder „Meinid“ nur Vorwände der Verfolgung ernstzunehmender oppositioneller Kräfte, Versuche ihrer Einschüchterung und Disziplinierung.

Mit dem Urteil von Düsseldorf werden, im vollen Einklang mit dem BGH, die Tore endgültig aufgestoßen für umfangreiche politische Strafprozesse gegen alle DDR-Bürger, die im Bereich der Auslandsnachrichtendienste tätig waren. Das Urteil über Generaloberst a. D. Markus Wolf soll eine Welle weiterer Verfahren einleiten und nimmt zugleich deren Ergebnis im Prinzip vorweg. Auch wenn es in Einzelfällen zu scheinbar humanen Entscheidungen kommen sollte, es bleibt eine Verfolgungsjagd und sie zielt zumindest darauf ab, die betroffenen Menschen und ihre Familien zu demütigen und sie außerdem materiell so zu schädigen, daß sie in der Regel in das soziale Aus gedrängt werden.

Dieser Prozeß beweist nochmals sehr drastisch die Unmöglichkeit einer Bewältigung der Vergangenheit mit juristischen Mitteln: Alle Strafverfahren blockieren eine kritische politische Bewertung der Vergangenheit. Auch das ist ein Ziel der Verantwortlichen für diese Art des Umgangs mit der deutschen Nachkriegsgeschichte.

(Siehe auch die Dokumentation einer Solidaritätsaktion mit Markus Wolf auf Seite 2!)



Dezember 1992: SKET-Beschäftigte protestieren gegen den Abriß eines Thälmann-Denkmal

## MAGDEBURG

### Treuhand betreibt Auflösung der SKET

Anfang November hat das Landgericht Magdeburg eine einstweilige Anordnung aufgehoben, die der Treuhand untersagte, ihr Konzept zur Zerschlagung des SKET-Konzerns durchzuführen.

Das ehemalige Schwermaschinenkombinat Ernst Thälmann (jetzt SKET AG) hatte 1990 noch einen Umsatz von 2 Mrd. DM und 19000 Beschäftigte. Inzwischen geht es nur noch um die Erhaltung von etwa 3000 Arbeitsplätzen. Nach dem Treuhandkonzept, gegen das sich Belegschaft und Betriebsrat wehren, sollen Tochtergesellschaften abgegeben werden und die Geschäftstätigkeit auf die Bereiche Walzwerkstechnik und Kabel- und Drahttechnik eingeschränkt werden. Dafür sind dann nur noch unter 1800 Leute erforderlich. Die Bereiche Zementanlagen, Krane und Industrieöfen sind bereits eingestellt. Dem Betriebsrat geht es darum, daß wenigstens das zukunftssträchtige Geschäftsfeld der Aufbereitungs- und Umwelttechnik mit der Entstaubungstechnik weitergeführt wird. Aus Gutachten zur Lage des Konzerns geht hervor, daß vergleichbare Konzerne im Westen ebenfalls auf mehreren Geschäftsfeldern agieren. Das ist nötig wegen der Fluktuation bei Großanlagenaufträgen, wegen der Finanzkraft, die zur Abwicklung solcher Aufträge nötig ist (einschließlich Kreditwürdigkeit) und wegen des Risikoausgleichs.

Die hastige Zerschlagung der SKET läßt also die Befürchtung aufkommen, daß das ganze Unternehmen abgewickelt werden soll, da die verbleibenden Einzelteile zumindest nicht allein überlebensfähig wären. Besondere Verbitte- rung hat auch ausgelöst, daß der Aufsichtsratsvorsitzende Bernd Kosegarten, Unternehmensberater aus Hamburg, mit seiner Zweitstimme im Aufsichtsrat gegen die Stimmen der Beschäftigtenvertreter durchsetzt, daß die Aktien der SKET an die Treuhand übertragen werden. Damit wäre dann auch die Mitbestimmung umgangen und die Treuhand würde noch freier schalten und walten können. Ein Rechtsgutachten, das zu dem Prozeß erstellt worden ist, hinsichtlich der Vorteile der westdeutschen Konzerne durch das Vorgehen der Treuhand zu dem Urteil: „Eine Politik, die zu einer umfangreichen Vermögensverschiebung von Ost nach West führt, ist unzulässig; die Schaffung abhängiger und fremdbestimmter Wirtschaftsgebiete ebenso.“

Quellen: Die Mitbestimmung, Nr. 11/93, Neues Deutschland vom 4. 11. 93 — (chk)



Bildokument FAZ, 7. 12. 93

die Auslagen für jene Quellen der HVA, die Gegenstand der Anklage waren, aufzulisten und zu addieren.

Viel ernster zu nehmen sind jedoch die Versuche der Bundesanwaltschaft, Beweise für Anschläge, Morde oder Entführungen zu konstruieren. Der blinde Gehorsam des 4. Strafsenats zeigte sich nicht zuletzt darin, daß eine im Verlauf des Verfahrens durch einen Zeugen unter Eid widerlegte Konstruktion der Bundesanwaltschaft, die HVA hätte die Aufstellung eines speziellen Killerkommandos geplant, von Dr. Wagner doch wieder in die Urteilsbegründung aufgenommen wurde. Lakonisch teilte der Vorsitzende Richter mit, der Senat könne den Angaben des Zeugen nicht folgen, seine Aussagen seien falsch.

Eindeutig festzustellen ist: Nachrichtendienstliche Arbeit unter Verletzung von Menschenrechten hat es in der HVA nicht gegeben. Das steht im Gegensatz zur Tätigkeit fast aller Geheimdienste



Rund 4000 Gewerkschafter nahmen nach Angaben der IG Metall an der zentralen Kundgebung am 6. Dezember vor dem Berliner Roten Rathaus teil. Die lange vorbereitete Zusammenfassung von bezirklichen Aktivitäten galt dem Thema „Berlin als Industriestandort sichern“. Der Regierende Bürgermeister Diepgen stellte sich zusammen mit Senator Meißner nach langer Zeit erstmals wieder persönlich den protestierenden Metallern. Unter dem Eindruck neuer Rekordzahlen über die Schließung und Verlagerung von Berliner Industriebetrieben aller Größenordnungen in den letzten Monaten und einer sprunghaft steigenden Arbeitslosenquote versprach er einerseits mehr Einsatz des Berliner Senats für Industrieansiedlungen und gab andererseits dem Management der großen Konzerne die Schuld für die trostlose Situation der Berliner Metall- und Elektroindustrie. Konkrete Zusagen seinerseits allerdings blieben aus. Lediglich bezogen auf die aktuelle Diskussion um die mögliche Schließung des AEG-Standortes in Spandau stellte er, allerdings vage, das Vorziehen einiger Aufträge des Senats für S-Bahn-Züge in Aussicht. — (br)

# „Junge Freiheit“: Zeitungsprojekt der Neuen Rechten

**W**ir haben beschlossen, uns intensiv mit der *JF* zu beschäftigen, weil uns dies überfällig erschien. Die *JF* hat es in den letzten Jahren geschafft, die Auflage ihres Blattes kontinuierlich zu steigern und auch den Herausgabemodus zu verkürzen, d.h. aktueller zu werden. Im kommenden Jahr will sie statt monatlich sogar wöchentlich erscheinen.

## Die „Junge Freiheit“ im rechten Publikationsnetz

Im Vergleich zu anderen faschistischen Zeitungen wie *Nation* und *Europa* oder *Europa Vorn*, die ähnliche Schwerpunkte setzen, betreibt die *JF* eine relativ konsequente und erfolgreiche Aufbauarbeit. Sie vermeidet irgendeinen eindeutigen Partei-Stallgeruch. Dieser kommt bei *Nation* und *Europa* und *Europa Vorn* unüberhörbar von der Deutschen Liga für Volk und Heimat.

Die *JF* gibt sich ein sogenannt konservatives Image. Anders als andere entsprechende Zeitschriften wie z.B. *Criticon*, ein traditionelles Theorieorgan der Neuen Rechten — oder das *Deutschland Magazin*, — Organ der Union-Stahlhelmfraktion — verfolgt die *JF* nicht nur einen theoretischen, sondern auch einen pragmatischen Ansatz. Sie gruppiert um ihr Zeitungsprojekt verschiedene Lesekreise und Denkkreise. Desweiteren strebt sie eine offensive Verbreitung an, d.h. sie versucht, flächendeckend in den Kioskverkauf reinzukommen. (Während die anderen genannten Blätter über den öffentlichen Handel so gut wie keine Verbreitung finden).

In dem umrissenen Spektrum übernimmt sie eine Brückenfunktion vom äußeren rechten Rand der Union (konservative Gesprächskreise etc.) hin zu den Kampagnen bekennender Nationalsozialisten. Diese Funktion ließ sich z.B. anhand einer Revisionismuskampagne nachzeichnen, die u.a. über den sogenannten Leichter-Report initiiert wurde. (Kongress „Wahrheit macht frei“ in München 1990) Hierzu kamen in der *JF* international bekannte und verurteilte Leugner des Holocaust wie David Irving aus England oder Robert Faurisson aus Frankreich neben sattem bekannten Geschichtsrevisionisten wie Ernst Nolte zu Wort.

## C. Pagel: Von der JU zum Nazi-Protegé

Dieses Spektrum läßt sich auch an Personen in der Redaktion festmachen: es sei dazu nur der Verantwortliche für die Hauptstadtseite in der *JF* vorgestellt. Dies ist der sicherlich vielen bekannte ehemalige Berliner Landesvorsitzende der REPs, Carsten Pagel (Rechtswalt).

Er hat seine Laufbahn bei der Jungen Union begonnen und sich nach seinem Abschied von den REPs den Deutschen Liga angeschlossen. Unter anderem ist er Mitglied des Bildungswerkes Hoffmann von Fallersleben und wurde dort 1991 zum Vorsitzenden des Vorstandes gewählt. Dieses Bildungswerk hat in Berlin die Brückenfunktion zwischen bekennenden Nationalsozialisten und sogenannten Konservativen. Dies wurde im Januar dieses Jahres deutlich, als es eine gemeinsame Veranstaltung des Bildungswerkes mit der Kulturgemeinschaft Preußen e.V. zum Jahrestag der Reichsgründung gab. Diese „Kulturgemeinschaft“ ist seit Jahren Veranstalterin der Nazi-Aufmärsche in Halbe. Diese wurden und werden von deren Vorsitzender Dr. Ursula Schaffer angemeldet. Sie wird vor Gericht von Pagel verteidigt, womit sich der Kreis dann schließt.

Gleichzeitig treten bei dem Bildungswerk honorare Leute wie Dr. Klaus Motschmann auf, der Professor an der Berliner Hochschule der Künste, Redaktionsmitglied von *Criticon* und natürlich auch Autor in der *JF* ist.

Schon aus diesen kurzen Ausführungen ist ersichtlich, daß es sich bei der *JF* nicht nur um ein Theorieorgan handelt, sondern daß sich in ihrem Umfeld diverse Denkkreise, Lesekreise etc. gruppieren. Für weitere Informationen zu diesem Komplex sei auf die Broschüre verwiesen.

Im folgenden sollen drei Grundlinien der Konzeption der *JF* dargestellt werden und danach zu den Themenkomplexen, Rassismus, Nationalismus und Europadiskussion in der *JF* einiges angemerkt werden. Aber zuerst zu den drei Grundlinien oder auch Pfeilern, auf die

dieses Zeitungsprojekt im wesentlichen aufbaut.

## Über den Sozialisten Gramsci ...

Wie schon erwähnt, enthält sich die *JF* eines parteipolitischen Bekenntnisses, allerdings ist eine propagandistische Unterstützung für die REPs unübersehbar. Die *JF* verfolgt ein Konzept in Anlehnung an die Theorien des italienischen Sozialisten Gramsci, um kulturelle und politische Hegemonie (Vorherrschaft) zu erlangen. Das heißt, sie will ihren Einfluß durch die Verbreitung entsprechender kultureller und politischer Ideen und Konzepte ausbauen. Das Ineinandergreifen politischer und kultureller Argumentation ist allgemein eine Strategie der Neuen Rechten, deren Einfluß in den vergangenen Jahren in fast allen reaktionären und faschistischen Zirkeln und Organisationen deutlich nachzuzeichnen ist. Dies läßt sich an einer Unmenge von Organisationen nachweisen: ob es neofaschistische Gruppen sind oder Parteien aus dem traditionell orientierten Spektrum der Faschisten wie die NPD.

## ... und andere den Marsch ...

Als zweite Grundlinie betreibt die *JF* eine sogenannte Querfrontstrategie, — sie umgeben sich mit einem scheinbar pluralistischen Mantelchen, weil bei ihnen auch „Linke“ zu Wort kommen. Dies sind bspw. Leute wie die Folgen-

— Eike Henning (Gesamthochschule Kassel und auch Mitarbeiter einer Beratungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema Rechtsextremismus, Interview in der *JF* 6/89: „Ich habe Antifaschismus immer für Quatsch gehalten!“) — Günter Maschke als regelmäßiger Interviewpartner („Wortführer“ der APO in Wien, dann Kuba-Exilant, heute lebt er in Frankfurt und ist u.a. ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift *Etappe*. *JF* Juni 91: „... in Wahrheit leben wir in einer totalen Demokratie ...“, „solange sie (die Vergangenheitsbewältigung) nicht ausgerottet wird, wird es keine deutsche Politik geben“). — Alfred Mechttersheimer (Von der CSU zum Grünen Bundestagsabgeordneten, heute Sprecher des Friedenskomitees 2000), in der *JF* von Juni 91 gratuliert er der *JF* zum fünfjährigen Bestehen, unter der Überschrift „Befreiung vom nationalen Komplex“.

— Wolfgang Kowalsky (IG-Metall Grundsatzkommission, in der *JF* von November 92 plädiert er dafür, „Nation, Nationalgefühl, Heimatgefühl zu koppeln mit modernen Vorstellungen von Demokratie“. Also vorwärts in die Vergangenheit. Wer ihm folgen möchte, kann sein Buch „Rechtsaußen, die verfehlten Strategien der deutschen Linken“ über den *JF*-Buchdienst beziehen). — Johann Scheringer, Fraktionsvorsitzender der PDS im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. In der *JF* 9/93 antwortet er auf die Frage, „ob Nationalgefühl etwas grundsätzlich Schlechtes sei“: „Nein. Wir haben ja sehr nationalbewußte Nachbarn. Im Osten die Polen, im Westen die Franzosen“. Tja, und da müssen wir wohl mitmachen.

## ... für einen völkischen Nationalismus antreten?

Diese Aufzählung von Leuten mit einem linken oder fortschrittlichen Anspruch bzw. Image ist nicht vollständig. Sie lassen sich sicherlich nicht alle mit den politischen Absichten der *JF* über einen Kamm scheren. Aber bei der Analyse der Interviews oder der Beiträge ist eine Gemeinsamkeit festzustellen: Sie vertreten alle keine konsequent antinationalen Positionen. Und damit begeben sie sich in den nationalistischen Diskurs, wie er von der *JF* vorgegeben und angesteuert

wird. Desweiteren erfährt die *JF* durch solche Beiträge eine ungemeine Aufwertung, um ihren völkischen Nationalismus unter die Menschen zu bringen. Dies u. a. unter dem Vorzeichen, es gäbe keine Widersprüche zwischen links und rechts, wir seien alle national, so wie es z.B. in Frankreich zur Mode geworden ist.

## Heute gehört uns die Lüge ...

Drittens ist dann da noch die historische Orientierung der *JF*. Es gibt kaum einen längeren Beitrag darin, in dem nicht Bezug genommen wird auf Carl Schmitt. Schmitt war von April 1933 bis Dezember 1936 Mitglied der NSDAP. Er war einer derer, die die theoretischen Grundlagen für die Staatsverfassung im Nazi-Reich formuliert haben. Er war ein Apologet von Hitler und hat mehr als vierzig Beiträge veröffentlicht, die von begeisterter Zustimmung zum Rechts- und Verfassungswandel unter der NS-Herrschaft getragen waren. Schmitt wurde 1936 von seinen politischen Ämtern entbunden, allerdings nicht, weil er sich zum Gegner des Faschismus entwickelt hatte. Er wurde von Konkurrenten um die Macht im NS-Staat aus dem Rennen gestoßen.

## ... und morgen wieder die Welt

Schmitt und die Jungkonservativen in der Weimarer Republik sind zentraler

der Zerstörung des eigenen Volkes“, was er u. a. als „pathologischen Selbsthaß“ bezeichnet. Dies ist ein immer wiederkehrendes Stilmittel in der *JF*, Untergangsstimmung zu erzeugen und heraufzubeschwören: solange noch Flüchtlinge in dieses Land gelangen können bzw. hier leben, solange ist das deutsche Volk existenziell bedroht. Gleichzeitig wird das Volk oder die Nation in den Bereich des sinnlichen emporgehoben, es werden ihnen menschliche Eigenschaften angedichtet, wie „Selbsthaß“ etc. Folgerichtig werden rassistische Übergriffe und Morde in der *JF* als etwas nicht außergewöhnliches behandelt. Es wird ihnen allerhöchstens das Attribut „feige“ zugeordnet, so geschehen zu den Morden von Solingen in der *JF* 8/9-93.

## ... zum „konsequenten Antirassismus“ in der *JF*

Einer ihrer Experten in der Umdeutung von Begriffen ist Alain de Benoist, dem sie den Rang eines Philosophen gegeben haben. In einem Interview in der *JF* bringt er es auf die griffige Formel: „Ein konsequenter Antirassismus setzt die Anerkennung der Differenz voraus.“ Er führt dann weiter aus, daß diese „Differenz ... auf einer Ungleichheit“ beruht. Für Benoist ist die „Vorstellung von der Überlegenheit einer Nation, eines Volkes, einer Rasse ... absurd“. Er baut das rassistische Weltbild der „Neuen Rechten“ auf der Grundlage der „Andersartigkeit“ auf. Sie gehen grundsätzlich davon aus, daß Menschen in ihren Anlagen ungleich sind. Demgegenüber gilt es festzuhalten, daß von einer Gleichheit aller Menschen auszugehen ist.

Damit ist nicht gemeint, daß sie alle die gleiche Schuhgröße, Augenfarbe oder ähnliches haben, sondern daß allen Menschen die gleichen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten gegeben sind. Es gibt tatsächlich sehr große Unterschiede, aber diese liegen nicht in der Natur der Menschen geschweige denn der Nation, sondern in der sozialen Stellung, den persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten, dem politischen Umfeld und der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung und Entwicklung begründet.

## Über „Mittel-europa“ zur ...

Zum immanenten Rassismus durchzieht die *JF* auch ein damit verbundener expansiver völkischer Nationalismus. Dies führen wir hier anhand der Europadiskussion in der *JF* bzw. ihren Vorstellungen für eine Neuordnung Europas aus. Die *JF*-Autoren sind ebenso wie bekannte faschistische Parteien, wie DVU oder Republikaner, eindeutige Europa-Befürworter und natürlich Maastricht-Gegner. In ihrer Zeitung wird unter der Rubrik Mitteleuropa seit geraumer Zeit eine Verortung des Begriffs „Mitteleuropa“ vorgenommen. Interessant ist dabei der Sprachgebrauch: Die neuen Bundesländer, also die ehemalige DDR, wird durchgängig als Mitteldeutschland bezeichnet. In diesem Zusammenhang wird versucht, den Begriff Mitteleuropa mit entsprechendem Inhalt zu besetzen.

## ... Etablierung alt-deutscher Expansion

Im April 1992 schreibt Markus Klein, daß es sich dabei um kein konkretes Raumbild, sondern um ein „geschichtsphilosophisch untermauertes Wertesystem“ handelt, und im November 1992 bringt er klar zum Ausdruck, „daß Mitteleuropa als Begriff und politische Kategorie untrennbar mit Deutschlands Ort in Europa verbunden ist“. Wie dies im großen und ganzen aussehen soll, bringt Ernst Jendra in den Ausgaben März und April 93 auf den Punkt: „Das geschlossene Gebiet Mitteleuropas ist historisch am knappsten (!) umrissen als das Herrschaftsgebiet des Deutschen Ordens bis

zum Livländischen Krieg (1558-1561), das des Doppelstaates Polen-Litauen bis zu den polnischen Teilungen (1772), die gesamte Habsburgermonarchie vor der Annexion Bosnien-Herzegowinas (1908) und im Westen das Gebiet bis zur Ostgrenze des Frankenreiches unter Karl des Großen“. Dies ist wahrlich eine „knappe“ Grenzziehung. Sie umfaßt über ein Jahrtausend deutscher Expansion, angefangen von der Hanse bis zum Heiligen Römischen Reich. Alles, was einmal an Ländern okkupiert wurde, wird in die zukünftigen Grenzen Mitteleuropas oder — wie sie es bezeichnen — in das zukünftige deutsch/mitteleuropäische Reich einbezogen.

Diese Vorstellungen sind natürlich nur zu verwirklichen, wenn der bestehende Status Quo, wie er z.B. mit dem 2+4-Vertrag festgelegt wurde, negiert wird. Schon bei dessen Ratifizierung hatte die *JF* deutlich gemacht, daß sie sich damit niemals abfinden wollen. (Sie ließ in Bonn zwei Flugzeuge kreisen, u.a. mit der Aufschrift „Verzicht ist Verrat“).

## Mit der Neuordnung Europas ...

Hier ist im gesamten revanchistischen und faschistischen Spektrum eine Vereinheitlichung in der Art festzustellen, daß die Angliederung der sogenannten Ostgebiete über eine Neuordnung Europas betrieben werden soll. Aus Platzgründen kann hier nicht auf die subversive Wühlarbeit der *JF* in diesen Gebieten eingegangen werden, sondern es muß auf die Broschüre verwiesen werden.

In der *JF* wird offen darüber diskutiert, daß im Zuge einer Neuordnung Europas Deutschland zur Militärmacht und auch Kriegsmacht ausgebaut werden soll. U. a. soll dies über einen europäischen Militärpakt einschließlich Rußlands geschehen. Die NATO unter Vorherrschaft der USA sowie der Sicherheitsrat sind ihnen ein Dorn im Auge, denn eine Vorherrschaft der Bundesrepublik scheint für sie innerhalb dieser Konstellationen nicht erreichbar zu sein. Außerdem sind dies für sie Instrumente der alliierten Umerziehung.

Die *JF*-Autoren geben sich dennoch schon heute kriegsentschlossen. Allen voran der ehemalige NATO-Kommandant und regelmäßige *JF*-Autor General a.D. Dr. Franz Uhle-Wetzel, der unter der Überschrift „Die Demontage der Bundeswehr“ klare Bedingungen für zukünftige „Kampfeinsätze, also Kampf und Tod deutscher Soldaten“ aufzählt. Diese sind für ihn: „Angemessener Einfluß auf die Politik, die verwirklicht werden soll, und angemessener Einfluß auf den militärischen Oberbefehl über die eingesetzten Truppen.“

## ... zur „Großraumpolitik“

Dies ist kein Ausrutscher, sondern ein Konsens bei den Autoren der *JF*. So fordert Hans-Ulrich Kopp in der Mai-Ausgabe 1993, daß die „deutsche Rechte ... sich Neigungen zur Verschiebung versagen und Großraumpolitik ins Auge fassen“ muß. Bei der Großraumpolitik hält er dann auch „Abwehrmaßnahmen“ für nötig, „um den überlebensnotwendigen Welthandel zu schützen und Zugang zu den strategischen Ressourcen zu gewährleisten.“ Das heißt also Made in Germany, und die dazu notwendigen „Ressourcen“ sollen an jedem Fleck der Erde verteidigt werden.

Zusammengenommen wird mit der Orientierung auf eine Neuordnung Europas die Hoffnung verbunden, daß die Bundesrepublik wieder zur Weltmacht emporsteigen kann. Entscheidend sind für die weitere Entwicklung im faschistischen Lager die Europa-Wahlen im kommenden Jahr. Diese finden im Juni 1994 statt und sind die ersten bundesweit stattfindenden Wahlen in diesem sogenannten Superwahljahr.

An dieser Stelle muß angemerkt werden, daß viele fortschrittliche und auch sozialistische Kräfte ihre Position zu Europa überdenken bzw. wirklich revidieren sollten. Es wird immer noch die Hoffnung gehegt, mit Europa nationalstaatliches Denken oder nationalistische Tendenzen und Entwicklungen zu überwinden. Dies ist mittlerweile als ein gewaltiger Irrtum anzusehen. Denn chauvinistische Tendenzen werden auf einer übergeordneten Ebene, nämlich auf der europäischen, neu installiert werden und dies mit der Tendenz, einen globalen Führungsanspruch geltend zu machen. Desweiteren wird politisch und

## Mit der „Jungen Freiheit“ erhält der Faschismus neue Kleider!

Der nachfolgende Beitrag stammt von einem Redaktionskollektiv, das an einer Broschüre zur Jungen Freiheit (JF) arbeitet. Dieser Artikel ist die schriftliche Fassung eines Referats, das auf der PDS-Tagung am 23. 10. 93 „Argumente gegen Rechts“ in Berlin gehalten wurde. Die Broschüre wird voraussichtlich Anfang 1994 erscheinen. Das Redaktionskollektiv setzt sich aus Menschen verschiedener Antifa-Gruppen zusammen.

Seite 15-22: Literaturbeilage zur Frankfurter Buchmesse

## JUNGE FREIHEIT

10/93 Oktober 1993 8. Jahrgang Nr. 4084 DM 3,80/GS 30,-

Scheuch will die bundesweite Stadt-Partei

**Der Protest in Maßen**

ALFA 1000 (Motor) (1993) ...

Der Putsch von Boris Jeltsin in Rußland

**Die Legitimität der Diktatur**

Ein Kontakt zum Redaktionskollektiv ist möglich über: Antifaschistische Initiative Moabit, Postfach 210235, 10502 Berlin; Hochschul-Antifa, c/o AStA Uni HH; Von-Melle-Park 5, 20146 Hamburg.

historischer Bezugspunkt. Auf sie wird verwiesen, wenn heute in der *JF* über die Wiederherstellung autoritärer Gesellschaftsverhältnisse nachgedacht wird. Unter den Stichworten der Krise des Parteiensystems, des Versagens der herrschenden Elite usw. wird darüber diskutiert, ob dieses System noch reformierbar ist, oder letztendlich faschistische Verhältnisse gegen dieses System durchgesetzt werden müssen.

Auf diesen skizzierten drei Grundlinien behandelt die *JF* mehrere Schwerpunkte in ihrer Zeitung. Dafür sind entsprechende Rubriken eingerichtet, Mitteleuropa, Nationalitätsfragen, Zeitegeschichte, Kultur und mittlerweile ist auch eine Wirtschaftsseite dazugekommen. Wir haben zum einen die *JF* anhand ihrer eigenen Schwerpunkte analysiert, sie aber auch unter anderen Gesichtspunkten betrachtet: Dies z.B. an dem Frauenbild, das sie vermitteln, oder ihrem latenten Antisemitismus.

Es läßt sich insgesamt eine konsequente politische Linie in ihren Beiträgen feststellen: Diese ist geprägt von immanentem Rassismus und expansivem völkischen Nationalismus.

## Vom „pathologischen Selbsthaß“ in Deutschland ...

Die *JF*-Autoren beweisen auch Geschick, Begriffe umzudeuten: So spricht Klaus Kunze in einem Beitrag über den „totalen Parteienstaat“ von einem „in Deutschland grassierenden umgekehrten Rassismus“, nämlich „der Lust an



ökonomisch eine völkisch ausgerichtete Anschlussbewegung an die Bundesrepublik betrieben. Dies läuft unter dem Motto des Regionalismus und bedeutet nichts anderes als die Los- und Abtrennung von sogenannten Regionen der wirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit. Entscheidender Faktor sind hier die staatlich geförderten Vertriebsunternehmen, die einen lebendigen Garantien für die Einverleibung der sogenannten deutschen Ostgebiete darstellen.

Weiter muß allen, die in der positiven Besetzung einer europäischen Identität eine Perspektive sehen, klar sein, daß das, was die politische Union der EG darstellt, nicht einmal den minimalsten Ansprüchen einer bürgerlichen Demokratie genügt. Sondern es besteht mit dem Rat der EG bzw. der EU ein unkontrolliertes Führungsgremium, das global agiert und es ist zu befürchten, daß mit der Option, weltweit zur imperialen Führungsmacht zu wachsen, entsprechend nach innen und außen hemmungslos agiert wird. Hierbei ist der entsprechende repressive Machtapparat schon vorhanden und wird weiter ausgebaut.

Es bleibt zu fragen, ob der Bestand und Ausbau autoritärer Strukturen und Mechanismen sich gar nicht mehr vorwiegend nach bundesrepublikanischen, sondern nach europäischen Erfordernissen entwickelt bzw. vorangetrieben wird. (Soll das internationale Krisenmanagement weiter den USA überlassen werden?) Hier hat die Diskussion um den sogenannten Asylkompromiß schon eindeutige Fakten dargelegt, unter anderem zeigte sich dies daran, wie mit den sogenannten sicheren Drittstaaten umgegangen wurde. Die Staaten östlich der Bundesrepublik wurden zu ausführenden Organen der hier herrschenden Politik. Ihnen wurden Grenzschaufgaben diktiert.

Zu diesem Themenkomplex ist noch festzuhalten, daß alle, die sich auf den Diskurs der Identitätssuche und/oder -gestaltung einlassen, sich vor den Karren übergeordneter Interessen spannen lassen. Es ist im Gegensatz dazu überfällig, klar zu sagen, daß die Behauptung von nationaler Identität den größten Schmarren in der augenblicklichen Zeitperiode darstellt. Denn er ist nur dazu gut, Vorbehalte und Wertigkeiten zu etablieren und zu funktionalisieren: sei es, um soziale Ansprüche zu negieren, Standards zu beseitigen oder Menschen gegeneinander aufzuhetzen bis dahin, daß sie sich gegenseitig den Schädel einschlagen. Hier ist einfach festzuhalten, daß kein Mensch mit einer nationalen Identität geboren wird, sondern diese wird ihm anezogen, beigebracht und fortlaufend eingeträufelt. Und nun heißt es dann, wie so häufig, von allen Seiten: „Wir sind doch Deutsche!“ Dazu können wir nur sagen, stimmt, das ist auch in unsere Personalausweise hineingedruckt worden!

Deshalb braucht niemand „deutsch“ zu denken oder „deutsch“ zu handeln!

Abschließend ist noch etwas zur aktuellen Situation der JF zu sagen. Bekannterweise will sie ihren Redaktionssitz nach Potsdam verlegen und im kommenden Jahr wöchentlich erscheinen. In der Septemberausgabe verkündet Dr. Götz Meidinger (Geschäftsführer des Junge-Freiheit-Verlags), daß das Projekt mit der Umstellung auf wöchentliches Erscheinen ohne große finanzielle Unterstützung Ende 1994 bankrott sei. Desweiteren verweist er auf das Superwahljahr 1994, wo sich die Chance bietet, politisch zu intervenieren.

Wir sind der Meinung, daß alle fortschrittlichen und linken Kräfte nach ihren Möglichkeiten dafür sorgen sollten, daß dieses Zeitungsprojekt scheitert. D.h. zum Beispiel, dort, wo die JF auftaucht, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Es ist aus der Berliner Zeitung bekannt geworden, daß die JF-Redaktion sich erstmal in Berlin niedergelassen hat. Und zwar zur Untermiete bei einer Firma mit dem Namen AMS (Allgemeine Mietsysteme). Was die Berliner Zeitung nicht verraten hat, ist der Sitz der Firma: Diesen hat sie in der Lehrter Str. in Tiergarten. Aus diesem Grund wird die 4. Antifa-Demo zum 9. November in Moabit diesen Ort berücksichtigen. Sie steht unter dem Motto: „Kein Vergessen, kein Vergeben — Eingreifen!“

Aus den Erfahrungen der Nazi-Zeit darf es heute keinen Platz für Faschismus, Antisemitismus und Rassismus in dieser Gesellschaft geben. Deshalb ist es unsere gemeinsame Aufgabe, unter welcher Maske sie sich verstecken, mit welcher Organisationsstruktur sie sich verkleiden, diese aufzudecken und sie in ihrer Substanz zu zerschlagen.

# „Wir wollen, . . . daß der deutsche Staat sich nicht zum Werkzeug des Völkermords macht“

Übersetzung eines Interviews von Abdullah Öcalan mit der Zeitung Özgür Gündem zu den Verboten kurdischer Institutionen und Vereine in Deutschland, 4. 12. 1993

**A**m 4. Dezember veröffentlichte die in der Türkei erscheinende oppositionelle, prokurdische Tageszeitung Özgür Gündem ein Interview mit dem PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan. Das Interview ist vollständig im neuen Kurdistan-Rundbrief veröffentlicht. Wir dokumentieren die Passagen zu den Verboten gegen kurdische Organisationen in der Bundesrepublik. — (rül)

**Wie bewerten Sie die Verbote und Angriffe auf die kurdischen Vereine in Deutschland und in Frankreich?**

Die Angriffe Europas in der letzten Zeit gegen die kurdische Bewegung sind Versuche, die Regierung Tansu Ciller auf den Beinen zu halten und ihr eine Verschnaufpause zu verschaffen. Bei dem Treffen Tansu Ciller mit dem französischen Präsidenten Francois Mitterrand in Österreich wurde ihr versprochen: „Wir werden Ihren Stern zum Leuchten bringen“. Vor ihrem Parteikongreß war sie in einer schwierigen Lage, und in der DYP (Partei des rechten Weges) begab sich die stärker werdende innerparteiliche Opposition sogar auf die Suche nach einem neuen Generalsekretär. Sie hatte es nötig, ihrer Umgebung zu vermitteln, daß sie bezüglich der PKK viel getan habe. Vor allem ihre Bemühungen auf diplomatischer Ebene waren nicht erfolgreich. Sie reiste nach Europa und in die USA und brachte ihre grundlegenden Wünsche zum Ausdruck. Einen Tag vor dem am 20. November durchgeführten Parteikongreß der DYP kam es zu Verhaftungen gegen die kurdische Bewegung seitens der französischen Regierung. Von Deutschland wurde verlangt, daß solche Maßnahmen auf noch ausgedehntere Weise durchgeführt werden. Außerdem wurde immer stärker verlangt, daß die EG einen gemeinsamen Beschluß in diese Richtung fällt. Die hinter diesen Auffassungen steckende Realität ist die Initiative für eine unter ihnen auszumachende Lösung der kurdischen Frage ohne die PKK. Das ist das Gegenstück zu der seit langem gegen uns entwickelten These „Ja zur kurdischen Frage, nein zur PKK“, die sie erneut aufwärmen wollen.

Mit großer Wahrscheinlichkeit kann es bis zu den für das Frühjahr angesetzten Kommunalwahlen (in der Türkei und in Kurdistan) weitere solche Verbote und Verhaftungen geben, um die Ciller-Regierung zu unterstützen und auf den Beinen zu halten. Die von den europäischen Staaten als Begründung für die Verbote vorgebrachten, gegen die Märsche in Kurdistan gerichteten Aktionen von Kurden und Kurdinnen in Europa und das In-Zusammenhang-Stellen mit der Politik der inneren Sicherheit der europäischen Länder haben mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Es wurde eine auf höherer Ebene geschlossene Vereinbarung umgesetzt. Bei dem Besuch bei Clinton ging es um Beschlüsse wie: „Wir werden den Widerstand der PKK brechen und das, was danach übrigbleibt, in die türkische Politik integrieren.“ Genau auf dieser Basis wurde das erst einmal in Europa begonnen.

Danach werden sie im Rahmen eines solchen Szenarios als einen Teil einige Kollaborateurskreise in Südkurdistan und in Nordkurdistan mobilisieren. Außerdem wollen sie innerhalb der PKK auch sogenannte „gemäßigte und gegen Gewalt eingestellte Kreise“ hervorbringen und diese dann mobilisieren. Diese Pläne wollen sie dann unter Hinzufügung „türkischer Demokratie“ umsetzen und damit Erfolg erzielen.

Einige konkrete Entwicklungen in diesem Zusammenhang sind auch aus den Statements Dogan Güres' (Generalsekretär) abzulesen. Er sagt, sie wollen diese Angelegenheit spätestens bis Ende Januar erledigt haben, und spricht von „Ausreißen der Wurzeln“ und „Säuberung“. Er will die kämpferischen Eigenschaften unserer Partei niederschlagen und dann die anderen Vorbereitungen umsetzen. Das nennen sie mal „politi-

sche Lösung“, mal „Entwicklung eines neuen Modells“. Einige unter ihnen versuchen in letzter Zeit, eine Partei aus Kollaborateurs-Kreisen gründen zu lassen. Sie entwickeln also Bemühungen, entweder nach der Zerstörung der PKK oder nach der Herstellung einer „entwaffneten PKK“, sie in eine solche Partei hineinzuziehen. Das ist ihr Plan.

Einen solchen Plan versuchten sie schon 1985, 1988 und zu Beginn der 90er Jahre gegen uns durchzusetzen und versuchen das seit dem letzten Jahr wieder. Zu solchen Zeiten brachten sie auch Amnestiegesetze und das „Reuegesetz“ auf den Plan. Das Terrorgesetz ist auch ein Teil davon, nur eben noch umfassender als die vorigen. Sie haben massivere Frühjahrsoperationen, Sommer- und Herbstoperationen durchgeführt. Jetzt sprechen sie von einer Winteroperation. Mit ihrer Einstellung „wir werden ihnen das Rückgrat brechen“ versuchen sie, die Regierung zu retten. Sie versuchen solche Pläne nun mit dem Ziel, zu verhindern, daß die Initiative und die Wahl des Volkes bei den Kommunalwahlen zum Ausdruck kommt, noch umfassender umzusetzen.

**Kann Europa in der kommenden Phase den türkischen Staat zu einer Lösung der kurdischen Frage zwingen? Ist es denkbar, daß die Türkei einige Versprechen abgeben hat?**

Das ist eine Möglichkeit. Es wäre möglich, daß es Absprachen in der Richtung geben hat: „Verbietet die PKK, dann werden wir auch einen Schritt in Richtung einer politischen Lösung unternehmen“. Das ist ein ziemlich wahrscheinliche Möglichkeit. Doch die Regierung der TR hat auch schon in der Vergangenheit viele Versprechen gegeben und keines davon erfüllt. Turgut Özal wollte zum ersten Mal einen Schritt unternehmen. Doch das haben sie auch durch einen harten Eingriff abgeschnitten und danach noch eine Reihe politischer Morde begangen. Es war damals im Grunde beabsichtigt, eine Phase des Waffenstillstands oder einer politischen Lösung zu beginnen. Dem wurde eine harte Haltung entgegengesetzt.

Wir haben dazu bereits in der Vergangenheit Einschätzungen abgegeben. Wir haben erklärt, daß Demirel eine falsche Haltung vertritt. Er begründete alles auf der Basis des Blutvergießens. Wir haben dazu erklärt, daß er auf gefährliche Weise mit der ökonomischen und politischen Zukunft spielt. Ich glaube, Europa hat das ein wenig begriffen. Mit dem PKK-Verbot hat Europa, wenn auch vielleicht nur zur Schau, Demirel, der Regierung oder auch der Armee die Warnung ausgesprochen: „Stellt Euch nicht zu sehr gegen eine politische Lösung“ und wählte dazu eine weiche und freundliche Art. Es ist möglich, daß diese Vorgehensweise (gegen die kurdischen Vereine und Einrichtungen) aus solchen Gründen gewählt wurde . . .

Zusammengefaßt will Europa also sich gegen die PKK stellen, aber gleichzeitig die türkische Seite für einen politischen Dialog gewinnen.

**Werden diese neuen Maßnahmen ihren Kampf beeinflussen oder beeinträchtigen?**

Es ist unvorstellbar, daß die Verbote und Angriffe Europas gegen uns unseren Kampf beeinträchtigen würden. Unser Volk in Europa ist ziemlich gut organisiert und besitzt die Kraft und Fähigkeit, auf jede Art von Unterdrückung und Verbote sofort zu antworten. Schließlich ist ja auch innerhalb kürzester Zeit klar geworden, wie sinnlos diese Verbotsbeschlüsse sind. Unser Volk führt jede Art organisierter Aktivitäten weiter und hat nicht den kleinsten Schritt zurück gemacht. Ganz im Gegenteil, die gegen uns vorgehenden europäischen Kreise wurden gezwungen, einen Schritt zurück zu machen.

Dieser letzte Schritt der Europäer hat vielmehr in der Praxis dazu geführt, uns als politische Kraft anzuerkennen. Unserer Meinung nach findet da kein Rück-

zug, sondern ganz im Gegenteil ein Fortschritt statt. Es wurden (für den Befreiungskampf) sowohl hinsichtlich der Massen als auch auf diplomatischer Ebene und im militärischen Bereich neue Entwicklungen eingeleitet. Die PKK hat sich als offizielle und legitime Kraft selbst dargestellt und ist als solche anerkannt worden. Es hat sich vor allem herausgestellt, wie sehr unsere Massen Widerstand leisten und daß sie, ganz gleich, unter welchen Bedingungen, bezüglich ihrer demokratischen Organisation nicht den kleinsten Rückzieher machen, sondern sich noch mehr radikalisieren werden. Das ist eine sehr wichtige Entwicklung . . .

**Politische Kreise meinen, daß der deutsche Staat die kurdischen Vereine nicht wieder zugelassen und keinen Schritt zurück unternehmen hätte, wenn die kurdischen Massen keinen Widerstand gegen das Verbot geleistet hätten. Denn Deutschland hat ja die Erfahrung von 1973 mit den Palästinensern und dem Dev-Sol-Verbot . . .**

Ich gratuliere unseren Massen in Europa zu ihrem gezeigten Widerstand. Ich möchte ihnen auf diesem Wege meinen Respekt und meine Grüße übermitteln. Das war das richtige und angemessene Verhalten zur Verteidigung ihrer demokratischen Positionen. Es gibt auch keinen Grund dafür, daß sie sich stärker zurückhalten oder zurückziehen sollten. Sie arbeiten ja auch nicht illegal, sie können für ihre demokratischen und menschlichen Rechte auch unter den Bedingungen Europas noch weitergehende Forderungen stellen. Meiner Meinung nach müssen sie mehr Rechte fordern und es muß mehr auf sie gehört werden. Denn es sind die europäischen Staaten, die schuldig und stark sind.

**Können Sie die Haltung Deutschland gegen die kurdische Bewegung und gegen das kurdische Volk etwas mehr bewerten?**

Deutschland hat die gesamten Waffen der ehemaligen NVA der Türkei gegeben und es ist unbestritten, daß diese jeden Tag gegen uns eingesetzt werden. Das ist ein Verbrechen. Eigentlich müßten wir diesen sich schuldig machenden deutschen Staat packen. Wir wollen nichts von Deutschland. Wir wollen nur, daß er sich nicht zum Werkzeug des Völkermords macht. Die deutschen Waffen werden nicht im Rahmen der NATO-Verträge und zur Sicherheit Deutschlands eingesetzt. Sie werden gegen das kurdische Volk, gegen kurdische Dörfer und Zivilist/innen eingesetzt. Diese Waffenlieferungen nicht zu stoppen bedeutet, sich zur Kriegspartei zu machen. Unser Volk weiß das und leistet Widerstand um den Preis seines Lebens. Wir hoffen, daß Deutschland diese negative Politik nicht beharrlich weiter fortsetzt.

Die BRD muß eine andere Haltung zur Türkei annehmen und Respekt vor Demokratie und Menschenrechten entwickeln. Wenn sie das nicht tut, wird das zur Folge haben, daß unsere Methoden gewaltsamer werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang an die deutsche Öffentlichkeit appellieren: Fahrt nächstes Jahr nicht in die Türkei. Vor allem diejenigen, die ein wenig zu unseren Freunden zählen, sollen schon gleich gar nicht in die Türkei fahren. Wer jetzt noch all unsere Warnungen ignoriert und trotzdem noch in die Türkei fährt, den werden wir als Kollaborateur/in der Türkei betrachten, ganz gleich, ob er/sie als Tourist/in, als Geschäftsmann/frau oder mit kulturellen oder politischen Zielen fährt. Wir werden uns gegen alle deutschen Aktivitäten in der Türkei stellen. Entweder müssen die Deutschen ihre negative Haltung, die sie in diesem Krieg bis heute eingenommen haben, verändern und auf eine sich nicht gegen unser Volk richtende Ebene bringen und zeigen, daß sie kein Feind sind, oder sie sagen ganz offen, daß sie Feind sind und bleiben nicht nur bei den Verboten (der kurdischen Organisationen und Einrichtungen in der BRD) und werden zu noch härteren Angriffen greifen. Natürlich

werden wir all unsere Vorkehrungen dagegen treffen. Das ist der Kern der Sache. Deutschland ist seit mindestens 15 Jahren Werkzeug in dem gegen uns geführten ungerechten Krieg. Unser Volk reagiert darauf mit großer Wut und großem Zorn. Wenn wir das bis heute nicht gestoppt hätten, dann hätte unser Volk in Deutschland noch viel größere Aktionen gemacht. Das gilt auch weiterhin. Unser Volk kann zu noch viel gewaltsameren Mitteln greifen, wenn die Existenz des kurdischen Volkes weiterhin so massiv angegriffen und seine Kultur vernichtet werden soll. Es wäre falsch, das anders darzustellen. Hinter der Beschuldigung als „Terrororganisation“ steckt ein Angriff auf die elementarsten Rechte unseres Volkes. Ich hoffe, daß Deutschland einen weiteren Rückzug macht und eine demokratische Haltung annimmt. Wie ich bereits gesagt habe, wir wollen gar nicht, daß die BRD uns aktiv unterstützt. Sie soll nur der türkischen Seite keine direkte Hilfe leisten und sich vor der Unterstützung der blutigen Massaker fernhalten. Wenn sie noch mehr Gutes tun wollen, sollen sie sich als Vermittler anbieten, dann sollen sie sich zwischen die Kriegsparteien stellen und Bemühungen unternehmen, die blinde Gewalt zu stoppen. Das ist eine absolut menschliche Forderung. Unser Volk muß das durchsetzen . . . Unser Volk muß einen Schritt weiter gehen. Diese Verbote und Verunsicherungen dürfen für unser Volk kein Rückzug sein, sondern ganz im Gegenteil dazu führen, daß es noch weiter voranschreitet und in jedem Bereich den Kampf führt und verteidigt . . . Unsere Aktivitäten in Europa werden sich von nun an stärker entwickeln . . .

Abdullah Öcalan ist Generalsekretär der in Deutschland zur Zeit verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Die Zeitung Özgür Gündem hat ihren Sitz in Ankara. Sie ist in Deutschland in türkischer Sprache erhältlich und hier zu erreichen unter der Anschrift: Özgür Gündem (Europavertretung), Sachsenring 29-31, 50677 Köln, Telefon: (0221) 31 1027-28, Fax: (0221) 32 5624. Übersetzung: Kurdistan-Rundbrief, Redaktion.

## Termine

17. 12. Arbeitskonferenz „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ in der Tagungsstätte „Solling“ bei Dassel, Beginn Freitag, 18 Uhr, bis Sonntag, 31.10.27-28, Fax: (0221) 32 5624. Anmeldung über: Frank John, Hafenstr. 110, 20359 Hamburg, Fax 040/3 1725 46

18. — 19. 12. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe in Hamburg. Tagesordnung: Flexibilisierung der Arbeitszeit, Tarifpolitik, Ladenschluß, Publikationstätigkeit.

19. 12. Stichwahlen in Brandenburg

## 1994

21. — 23. 1. Bundesweites Treffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in Berlin. Anmeldungen über: Cuba si, Postfach 100, 10122 Berlin, Tel. 030/28409455.

29. — 30. 1. Delegiertenkonferenz der PDS AG Westl. Landesverbände, Samstag, 11 Uhr, bis Sonntag, 16 Uhr, in Köln.

5. — 6. 3. 14. o. BDK des BWK in Köln.

8. 3. Bundesweiter Frauenstreik- und Aktionstag aus Anlaß des Internationalen Frauentages

11. — 13. 3. 3. Tagung des 3. PDS-Parteitags mit dem Schwerpunkt „Die PDS in den Wahlen 1994“ in Berlin.

13. 3. Landtagswahlen in Niedersachsen.

# In und mit der Gegenwart Vergangenheit bewältigen?

**Neue Bücher aus den GNN-Verlagen  
Zusammengestellt von Beate Roch**

**Z**eitzeugen und Dokumente erzählen in diesem Buch vom Leben und vom Umbruch in der DDR. Eine Zeit wird lebendig, die eigentlich schon Geschichte ist und uns doch allgegenwärtig begegnet, weil sie tief verwoben ist mit den Entwicklungen der Gegenwart und Zukunft. Nur wer die Mühe nicht scheut, sich jene Zeit in ihrer Widersprüchlichkeit zu erschließen, sich die wirklichen Abläufe von damals, die vielfach schon in weite Ferne zu rücken und zu verschwimmen drohen, bewußt zu machen, wird den

Zufall, daß im Oktober 1989 von hier die Signale des Dialogs ausgingen? Was bewegte jene, die in dieser Zeit in und für Dresden Verantwortung trugen oder übernahmen? Wie sehen sie ihr Handeln von damals? Was ist notwendig für das Gelingen der inneren Einheit? Welche Lehren bleiben für nachfolgende Generationen? Ansichten und Motivationen, die nicht Dresden-typisch, sondern symptomatisch für die DDR waren.

Auskunft geben Heinz Bilan, ehemals Generalmajor der NVA, Stellvertreter des Chefs

mals Professor für Ethik an der Technischen Universität Dresden, Bezirksstabsabgeordneter und Funktionär des Kulturbundes der DDR, jetzt Landtagsabgeordneter der Linken Liste/PDS und Dr. Reimund Kokott, Generalmajor der NVA, Beauftragter des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR während der Oktobertage 1989 in Dresden.

Aber nicht nur ehemalige SED-Mitglieder waren bereit, über sich und ihre Motive Auskunft zu geben. So Horst Korbella, langjähriger Stadtrat in Dresden und Bezirksvorsitzender der CDU, stellvertretender Vorsitzender der CDU der DDR unter Lothar de Maiziere, und Dr. Michael Kunze, langjähriger Abgeordneter mit dem Mandat der NDPD und letzter Vorsitzender des Rates des Bezirkes Dresden. „Ich habe versucht, den Spielraum voll auszuschöpfen und zu erweitern“, so das Credo von Dr. Hans Modrow, ehemals 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden und Ministerpräsident der DDR.

Interessant wäre sicher auch ein Gespräch mit Gründungsgliedern der „Initiativgruppe zur Erneuerung der SED“, die sich Ende 1989/Anfang 90 unter diesem oder ähnlichen Namen überall in der DDR gründeten, gewesenen.

Wichtiger Bestandteil des Buches ist der dokumentarische Teil, der noch einmal die dramatischen Ereignisse der Wende in Dresden aufleben läßt. Er beleuchtet wesentliche Hintergründe und Zusammenhänge, die in den „Lebensläufen“ teils nur episodenhaft auftauchen und die auch in bisherigen Veröffentlichungen wenig oder gar keine Beachtung fanden.

In den „Dresdener Lebensläufen“ geben Persönlichkeiten ihre Gedanken und Erfahrungen zu Protokoll, die als Politiker, Wirtschaftler, Bürgerrechtler, Wissenschaftler und Militärs, in der turbulenten Zeit des Umbruchs Einblicke hatten und mit ihrem Denken und Handeln Entwicklungen mit beeinflussen und beförderten. Ihre Überlegungen sind nichts Abgeschlossenes. Es sind Zwischenbescheide über Erlebtes und Erfahrenes. Das Nachdenken bei allen Beteiligten hält an.

Werner Kaulfuß und Johannes Schulz, *Dresdener Lebensläufe, Zeitzeugen berichten vom Leben und vom Umbruch im Bezirk Dresden*, hrsg. von Prof. Dr. W. Böhme, D. Wehnert und A. Graff, GNN-Verlag Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Dezember 1993, ISBN 3-929994-02-X, 248 S., 18,50 DM.



„... da geriet ich in einen Menschenstrom, der über die Elbbrücke zum Allmarkt drängte; es waren Familien mit ihren erwachsenen oder kleinen Kindern, es waren ganze Gruppen junger Leute, aber auch viele ältere Menschen, die meisten von ihnen trugen Kerzen in der Hand, manche auch Plakate und Spruchbänder und alle plauderten miteinander, waren fröhlich und guter Dinge, als ob sie zu einem Familienfest gingen. Mir wurde klar, diese Leute trafen sich zu einer Demonstration, sie wollten unseren Staat nicht mehr, sie demonstrierten für eine neue Ordnung ...“ (Nina Benedict in: „Böse Briefe über Deutschland“). Unser Bild: Kundgebung in Dresden am 8. November 1989. (Foto: Ronald Weckesser)

## Dresdener Lebensläufe

**Zeitzeugen berichten vom Leben und  
vom Umbruch im Bezirk Dresden**

**Von Werner Kaulfuß und Johannes Schulz**

„Vollzogen aber wurde in der Tat im Herbst 1989 ... eine Wende, keine Revolution, und alles, was wir darüber hinaus erleben, ist Restauration, Restauration des Kapitalismus und der Macht des Geldes.“ (Hans Modrow)

„So ist für viele ostdeutsche Christdemokraten der theoretische Staatsatheismus durch den praktizierten Materialismus abgelöst worden.“ (Horst Korbella)

„Wenn man mich heute fragt, habe ich Probleme, mein Weltbild zu formulieren. Das alte ist nicht aufgegangen. Wozu kann ich heute noch stehen, außer zu einigen grundlegenden humanistischen Prinzipien, die ich früher schon hatte ...“ (Michael Kunze)

„Jetzt sind die Zäune weg und man muß sich mit der eigenen Philosophie auseinandersetzen, weil sie ins eigene Kontor schlägt.“ (Günter Flach)

„Wir sind nicht die Eigentümer, sondern die Nutznießer dieser Erde, und wir haben sie als gute Familienväter den zukünftigen Generationen verbessert zu hinterlassen.“ (Helmar Hegewald)

Weg zur Befindlichkeit, zu den Gedanken und Gefühlen, den Hoffnungen und Wünschen der Menschen hierzulande finden.

Das Buch will Denkanstöße zu der mühevollen, oft auch schmerzlichen, aber bitter notwendigen Debatte geben. Es sucht Antwort auf Fragen, die viele bewegen — ob in Ost oder West: Was war die DDR wirklich? Wo liegen Ursachen für ihren raschen Zusammenfall? Welche Rolle spielte Dresden in dieser bewegenden Zeit? War es

der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden, Friedrich Boltz, Gründungsmitglied der „Gruppe der 20“, Prof. Dr. Günter Flach, langjähriger Direktor des Zentralinstituts für Kernforschung in Rossendorf und Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Dr. Edmund Geppert, Oberst der NVA, vormals Leiter der Abteilung Sicherheitsfragen der SED-Bezirksleitung Dresden, Sekretär der Bezirksseinsatzleitung, Prof. Dr. Helmar Hegewald, da-

**D**ies vorweg: Demo-Reports, Wende-Tagebücher, Umbruch-Protokolle — solche autobiografischen Berichte aus jener Zeit gibt es en masse. Aufgeschrieben, festgehalten, um die inneren und äußeren Ereignisse seit jenem Herbst '89 in diesem Land über- und durchschaubar zu machen.

Gleichwohl sind stupides Achselzucken oder gar kritizistisches Abwinken, wenn sich eine neue Publikation dieser Art in jene Reihe einfügt, aller Erfahrung nach deplaziert. Der stattfindende Umpflug erfaßt ja nicht nur Fabrikhallen, Autobahnen oder Häuserzeilen. Er hebt — auch und vor allem — uns hier heute Lebende aus den Angeln, mehr oder weniger abrupt, schmerzlich. In jedem Falle aber löst er Erschütterungen aus, die nicht einfach einzuteilen sind in wichtige/wesentliche/repräsentative hier und unwichtige/unwesentliche/banale da. Frauen, Kinder, Männer — sie alle erfahren ihre jeweilige Variante dieses Prozesses. Aber — wer maßt sich an, über deren Authentizität, Glaubwürdigkeit, Augenzeugenschaft zu rechten?

Die hier editierten Briefe teilen Spezifisches mit, weil ihre Verfasserin über drei Jahrzehnte im DDR-staatlichen Leitungs- und Verwaltungsapparat auf damaliger Bezirksebene als Finanzmitarbeiterin tätig war. Jeder weiß es: Vertreter dieser Spezies gaben — und geben heute noch —, wo Publizistisches über sie kam, die Zielscheibe ab für Verdächtigkeit, als Inkarnation von Betrug und allerlei anderer dunkler Machenschaften, eben als Objekt.

Hier nun meldet sich eine „von denen“ selbst zu Wort. Ih-

re Nachrichten widerlegen zum einen Vor- bzw. Nachurteile deraart, daß nur Desaster, Inkompetenz oder kaschierte Hohlheit die ökonomische Ebene seit 40 Jahren ausgemacht hätten; zum anderen aber vermitteln sie auch, wie schwer es für Menschen ist, die aufrichtig auch in dieser Arbeit eine sozialistische Gesellschaftskonzeption umzusetzen sich bemühten, die sie bisher prägenden Denk- und Wertungshorizonte zu überschreiten.

Ist es ein Zufall, daß es in diesem Umkreis eine Frau ist, die es hartnäckig versucht?

Es sind Briefe, die nie abgeschickt wurden. Wozu dann ge-

vor den Trümmern ihrer Arbeit steht. Enttäuscht tritt sie aus der SED aus. Sie weiß, daß ein Neubeginn für sie nicht mehr infrage kommen kann und ergreift die Möglichkeit, in den Vorruhestand zu gehen. Es ist für sie die einzige Möglichkeit, sich nicht von den zu erwartenden „neuen Leuten“ den Stuhl vor die Tür setzen lassen zu müssen. Ihre Vorstellungen von einer Zukunft ohne Arbeit aber sind harmlos gegen das, was sich tatsächlich vollzieht. Sie wird nicht fertig mit dem Zustand, nichts mehr zu tun, nichts mehr zu verantworten zu haben. Fast scheitert sie daran, trotz eiserner Disziplin. Ihre

## Böse Briefe über Deutschland

**Von Nina Benedict**

schrieben? Das Buch erzählt über Empfindungen und Befindlichkeiten einer Frau von Ende 50 in der Wende- und Nachzeit der DDR. Sie schildert, mit welchen Gefühlen, Erkenntnissen und Ängsten sie den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik erlebt. Welche Ängste, Probleme und Krisen ihr selbst, ihrer Familie, ihren Freunden und Bekannten daraus erwachsen.

Von den Ereignissen im Oktober 1989 ist sie zutiefst betroffen und muß erkennen, daß sie nach einem engagierten Arbeitsleben

Gesundheit verschlechtert sich. ihre Depressionen treiben sie beinahe zum Wahnsinn und sie sieht nur noch einen einzigen Ausweg, der ihr helfen könnte: Es sich „von der Seele“ zu schreiben. So entstanden — von Oktober 1989 bis Oktober 1993 — die „bösen Briefe über Deutschland“.

Nina Benedict, *Böse Briefe über Deutschland*, erschienen im GNN-Verlag Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Dezember 1993, ISBN 3-929994-07-0, 144 Seiten, 15,00 DM.

### Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).

☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Bank Unterschrift)

### Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zöllicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln) (zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 1207 22, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zöllicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, 10829 Berlin).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zöllicher Str. 7, Tel.: 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507. Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo

kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichterstattung: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMA, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

### Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zöllicher Straße 7, Tel.: 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73. GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg, Tel.: 040/220 42 78, Fax: 040/229 74 19. GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Czernikstr. 5, 10829 Berlin, Tel.: 030/7 81 52 22. GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/3 52 08 16. GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zöllicher Straße 7, 50674 Köln, Tel.: 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73. GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 60043 Frankfurt. GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel.: 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 37. GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel.: 089/5 02 65 41, Fax: 089/5 02 81 12. GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel.: 0342/04/20 93.